Ernst Aust „Propaganda"- oder Kampfpartei? — Kampf dem ultralinken Sektierertum! Seite 10/11

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 39, 29. September 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

Werftarbeiter und Stahlwerker kämpfen für ihre Arbeitsplätze



Die Arbeiter der „Howaldtswerke — Deutsche Werft" (HDW) und die Stahlwerker der Klöcknerhütte in Bremen stehen im Kampf gegen Massenentlassungen und Rationalisierung. In Hamburg legten am Donnerstag vergangener Woche 3.500 Kollegen bei HDW für mehrere Stunden die Arbeit nieder und marschierten in einem Protestzug vor das Verwaltungsgebäude. Sie wehren sich gegen die geplante Stillegung des Werkes Reiherstieg und gegen die Entlassung von 1.500 Kollegen auf der Hamburger Howaldts-Werft. Die HDW-Bosse wollen außerdem auch in Kiel ein Werk stillegen und 500 Kollegen um ihren Arbeitsplatz bringen. Eine der Parolen der Werftarbeiter war: „Der Vorstand kann gehen — wir bleiben bestehen!" (siehe Bild). Auch in Bremen gingen die Kollegen auf die Straße. 400 Stahlarbeiter demonstrierten gegen die angekündigte Entlassung von 700 Kollegen auf der Klöcknerhütte. Ausführliche Berichte über die Kampfaktionen lesen Sie auf den Seiten 4 und 5 dieser Ausgabe des „Roten Morgen".

13 Tote bereits in den ersten Tagen der Herbstmanöver

Sallach im Landkreis Donau-Ries am 18.9.78. Eine 32jährige Frau wird in der Ortschaft auf dem Bürgersteig von einem Bundeswehrpanzer zermalmt. Der Panzerfahrer hatte auf der 4,5 Meter breiten Straße einen Personenwagen überholen wollen und die Frau nicht gesehen. In Niedersachsen stirbt ein kleiner Junge, als er zwischen eine Panzerkolonne gerät. In Süddeutschland wird ein 82jähriger Mann von einem Panzer zerquetscht. 13 Menschen sind es, die bereits in den ersten vier Tagen der diesjährigen Herbstmanöver der NATO getötet worden sind.

Dazu der Kommentar von Minister Gscheidle in einem Rundfunkinterview, nachdem die Meldung über den Tod der Hausfrau aus Sallach gemeldet worden war: „Das sind Nebenprodukte, die nicht zu vermeiden sind." Schließlich gehe es ja um die Sicherheit...

Tatsächlich ist der Tod von Soldaten und Zivilisten einkalkuliert bei diesen Manövern, wo schwere Panzer durch die engen Straßen kleiner Ortschaften rasseln; wo völlig übermüdete Soldaten am Steuer ihrer LKWs oder auf den Sitzen ihrer Kräder einschlafen; wo so „realistisch" der Krieg geprobt wird, daß sich dort, wo die NATO-Generäle kommandieren, bereits im Frieden ein Bild von Verwüstung, Zerstörung, Verletzten und Toten bietet. Und wer schon im Frieden so handelt, wie wird der erst im Ernstfall vorgehen?

Deshalb gilt es bereits heute den Kampf aufzunehmen. Nicht Soldat gegen Bauer, Bauer gegen Soldat. Sondern beide gemeinsam, und mit ihnen die anderen Werktätigen gegen die Verantwortlichen für den Manöverterror. So wie es die Rote Garde in ihren Flugblättern zu den Herbstmanövern fordert, in denen sie die Soldaten aufruft, alle Befehle zu verweigern, die das Eigentum der Zivilbevölkerung, insbesondere der Bauern, gefährden oder das Leben von Soldaten und Zivilbevölkerung in Gefahr bringen. So wie es die „Revolutionäre Landvolk-Bewegung" tut, die in einem Extrablatt von „Freies Landvolk" aufruft, sich dem Manöverterror zu widersetzen und für die sofortige Entschädigung der Manöverschäden zu kämpfen.

Schluß mit dem Manöverterror! Besatzertruppen raus aus ganz Deutschland! Austritt aus der NATO und dem Warschauer Pakt! Krieg dem imperialistischen Krieg!

(Siehe auch Seite 13.)

Haushaltsdebatte in Bonn

Weitere Lasten für die Werktätigen

Redeschlachten im Bundestag bei der Haushaltsdebatte. Das Fernsehen nutzte die Gelegenheit und brachte sie alle ausgiebig auf die Mattscheibe, die Schmidt, Strauß, Genscher und wie sie alle heißen. Die Kommentatoren versäumten es auch nicht, ihr Publikum jeweils darauf hinzuweisen, wie „glänzend" diese oder jene Rede wieder gewesen sei (man hätte es sonst vielleicht gar nicht gemerkt). Da nannte dann der eine den anderen einen Schuldenmacher und umgekehrt einen Demagogen. Aber was soll's?

Diese Komödie vor dem halbleeren Plenarsaal des Bundestages konnte doch eins nicht vertuschen: im wesentlichen waren sie sich alle einig, die Herren von der Regierung und die von der Opposition. Ob es darum ging, einen neuen Rekord-Rüstungshaushalt zu diskutieren, oder darum, den werktätigen Menschen noch höhere wirtschaftliche Lasten aufzubürden. Da rührte sich keine Hand zum Nein, da erklang keine Stimme zum Protest.

Bleiben wir beim letzten Punkt, der wirtschaftlichen Zukunft der Bundesrepublik. Was bringt uns der Haushalt '79, den Minister Matthöfer am vergangenen Mittwoch einbrachte? In seiner Rede, fernsehwirksam für die Tagesschau zurechtgemacht, legte der Herr Minister ein flammendes Bekenntnis für die „Wiedergewin-

Fortsetzung auf Seite 2

Wußten Sie schon...?

...daß das Bonner Familienministerium 1979 ein Jahr des Kindes begehen will? Und zwar wie Minister Antje Huber letzten Montag ankündigte, mit „Kongressen, Ausstellungen, Seminaren und Podiumsdiskussionen".

Die Deutsche Bundesrepublik — darüber sprach Frau Huber bezeichnenderweise nicht — hält einen traurigen Weltrekord: sie hat die höchste Rate bei Kinderunfällen (von 100.000 Kindern verunglücken 348; in Schweden zum Beispiel nur 68). Auch bei der Unfallsterblichkeit liegt Westdeutschland an der Spitze. 22 von 100.000 Kindern werden bei Unfällen getötet (zum Vergleich: in der DDR sind es 17, in Italien 16, in Britannien 13, in Schweden 11).

Noch zwei Zahlen, die die Lage der Kinder in unserem Land beleuchten. In der Deutschen Bundesrepublik fehlen über 100.000 Kinderspielplätze. Die Kinderkriminalität stieg von 1975 bis 1977 um 30,8 Prozent.

Nahost

Breite Ablehnung des Camp-David-Pakts



Demonstration der palästinensischen Werktätigen

Hunderttausende von palästinensischen Werktätigen in den von Israel besetzten Gebieten folgten in der vergangenen Woche einem Aufruf zum Generalstreik. In vielen arabischen Städten fanden Massendemonstrationen statt, auf denen der ägyptische Präsident Sadat als Verräter verurteilt wurde. Erste Reaktionen auf das Abkommen von Camp David und den von Sadat betriebenen Ausverkauf der arabischen Sache an die israelischen Zionisten und ihre amerikanischen Hintermänner. (Näheres zum Abkommen auf Seite 12.)

Sprecher der palästinensischen Patrioten betonten, daß sie die im Camp-David-Pakt festgeschriebene Verewigung der israelischen Besatzung über Palästina niemals hinnehmen werden. Am Wochenende trafen sich in Damaskus im Rahmen der sogenannten Ablehnungsfront Vertreter der Regierungen von Algerien, Syrien, des Südjemen, Libyens sowie der PLO. Auf diesem Treffen wurde unter anderem der Abbruch aller politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum Sadat-Regime beschlossen.

Unterdessen verstärken die Diplomaten Washingtons ihre Versuche, die Spaltung der arabischen Welt noch weiter voranzutreiben. So unternahm Außenminister Vance eine Rundreise durch den Nahen Osten, bei der er verschiedene reaktionäre Regime auf die Beschlüsse von Camp David einschwören wollte. Angesichts der starken Empörung unter den arabischen Massen wagten es jedoch weder das jordanische noch das saudi-arabische Regime, ein offenes Bekenntnis zu Camp David abzulegen.

Frauen in die Bundeswehr?

Junge Frauen, die auf den Kasernenhöfen für den nächsten Krieg gedrillt werden. Jungen und Mädchen, die — den Spaten geschultert — in den Arbeitsdienst ziehen. Bilder aus einer schrecklichen Vergangenheit? Nein: so stellt sich der Bundeswehrverband die Zukunft der westdeutschen Jugend vor. Oberst Volland legte in der vergangenen Woche den Plan eines sogenannten Gemeinschaftsdienstes vor. Und der sieht eben vor, daß **alle** Jugendlichen künftig zu einer anderthalb- bis zweijährigen „Dienstleistung für Staat und Gesellschaft" herangezogen werden sollen.

Natürlich kann nicht die gesamte westdeutsche Jugend von der Bundeswehr aufgenommen werden. Das sieht der Herr Oberst auch. Aber er präsentiert eine ganze Latte von Einrichtungen, von der Feuerwehr bis zum Technischen Hilfswerk, in denen die Jugendlichen ihre „Dienstleistung" voll ziehen können. Wichtig ist ihm nur, daß alle diese Einrichtungen unter einheitlichem Kommando — und zwar unter militärischem — stehen. Und diesen Plan, die gesamte westdeutsche Jugend in die Bundeswehr bzw. einen Arbeitsdienst hineinzupressen, nennen die Herren vom Bundeswehrverband auch noch einen Beitrag zur Behebung der Jugendarbeitslosigkeit!

Die Methode ist ja bekannt. So hat nach seiner Machtergreifung auch Hitler sich des Problems der Arbeitslosigkeit angenommen. Und was sagt das offizielle Bonn zu den Plänen des Oberst Volland? Hat man diese Zumutung zurückgewiesen? Im Gegenteil. Für die Herren im Kriegsministerium waren sie „diskussionswürdig", und der FDP-Militärsprecher Möllemann sah in ihnen eine Möglichkeit, „alle jungen Bürger an den Staat heranzuführen".

Faschisten und ihre Helfer

Es ist erst einige Wochen her, da wurde ein Geheimgespräch bekannt, das der CSU-Chef Strauß mit dem türkischen Faschistenführer Türkes geführt hatte. Dieser Türkes befehligt unter anderem auch die Mordkommandos der „Grauen Wölfe", die nicht nur in der Türkei, sondern zunehmend auch in der Bundesrepublik ihrem blutigen Handwerk nachgehen.

Aber auch die italienischen Faschisten können sich massiver Unterstützung aus Bonn erfreuen. Wie jetzt ans Tageslicht kam, hat der Christliche Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB), der im Kielwasser der CDU schwimmt, seit längerem intensive Verhandlungen mit dem Gewerkschaftsbund der italienischen Faschistenpartei MSI geführt. Und diese Verhandlungen waren immerhin so erfolgreich, daß sie in einem gemeinsamen Kooperationsvertrag mündeten. Darin gesteht der CGB den italienischen Faschisten weitgehende Hilfe für seine Tätigkeit in der Bundesrepublik zu. Von gemeinsamen Listen bei Betriebsratswahlen ist da die Rede, vom Druck der CGB-Bonzen und ihrer Hintermänner auf die Rundfunkanstalten, mit dem Ziel, die faschistische Hetze des MSI in den Ausländersendungen unterzubringen usw.

Der CGB verpflichtet sich sogar zur Spitzeltätigkeit für die Faschisten: seine Mitglieder in den Berufsgenossenschaften sollen den MSI-Leuten „alle gewünschten Informationen liefern". Ob „Graue Wölfe" oder MSI — der Zweck einer solchen Zusammenarbeit ist der gleiche. Den faschistischen Banden soll der Weg geebnet werden für ihre Wühltätigkeit unter den ausländischen Kollegen, für Hetze und Mordterror gegen kommunistische und fortschrittliche Arbeiter. Aber die ausländischen Kollegen werden gemeinsam mit den deutschen Arbeitern diesen Faschisten und ihren Helfern die gebührende Antwort erteilen.

Zwergschule wieder im Kommen

Als letztes Bundesland hat in der vergangenen Woche auch Bayern den Schulbetrieb wieder aufgenommen. Kultusminister Maier malte ein rosiges Bild des neuen Schuljahrs. Alles sei besser geworden — mehr Lehrer, kleinere Klassen usw. usf. Proteste von Eltern, Schülern und Lehrern gegen diese verlogene Darstellung wimmelte er ab: man solle doch nicht „auf Einzelfällen herumreiten".

Nun, hier sind einige dieser „Einzelfälle": 48 Prozent der Grundschüler in Bayern müssen sich in Klassen zwängen, die über 30 Personen stark sind. 4.790 Klassen im südlichsten Bundesland haben sogar mehr als 35 Schüler. Überdies hat sich, nach Angaben der GEW, der Trend immer mehr verstärkt, Schüler verschiedener Altersjahrgänge in einer einzigen Klasse zusammenzupferchen. 563 solcher Klassen, in denen zwei Altersjahrgänge zusammengefaßt sind, gibt es in Bayern. Und in 60 Klassen sitzen gar Schüler aus vier und mehr Jahrgängen. Zwergschulen nennt der Volksmund diese Gebilde, in denen von einer wirklichen Ausbildung der Kinder nicht die Rede sein kann.

Und sie sind nicht nur in Bayern wieder im Kommen. Auch NRW hat 40 solcher Schulen aufzuweisen. Nach Berechnungen der GEW werden es dort 1980 schon 150 sein. Ähnliches wird für die anderen Bundesländer vorausgesagt. Und diese Entwicklung vollzieht sich zu einer Zeit, wo über 15.000 Lehrer arbeitslos sind und weitere 19.000 kurzarbeiten.

Aber die Einstellung eines Lehrers kostet eben Geld. Und das brauchen die Herren in Bonn und den Länderregierungen für ihre Milliardengeschenke an die Kapitalisten, für den Aufbau ihres staatlichen Gewaltapparats. Für die Kinder, die Jugend unseres Landes dagegen ist diesen Herren die berüchtigte Zwergschule gut genug.

Haushaltsdebatte in Bonn

Weitere Lasten für die Werktätigen

Fortsetzung von Seite 1

nung der Vollbeschäftigung" und andere schöne Ziele ab. Tatsächlich aber, das wurde dann im Verlauf der Debatte deutlich, geht Bonn nicht im Traum davon aus, daß die Arbeitslosenzahl im nächsten Jahr abnehmen und etwa erheblich unter eine Million sinken würde. Wie sollte sie auch?

Bonn führt den „Kampf" gegen die Arbeitslosigkeit eben weiter auf seine Art, durch Milliardengeschenke an die Unternehmer. Damit sie mehr investieren können, die Bosse. Aber wie sie investieren, das bleibt ihnen überlassen. Da gibt es keine Verpflichtung, daß die Bosse diese Milliarden für die Schaffung neuer Arbeitsplätze einsetzen. Denn, so Matthöfer, die Bundesregierung will „in keiner Weise in die unternehmerische Handlungs- und Entscheidungsfreiheit eingreifen". Natürlich nicht! Und die Bosse nehmen sich dann eben die Freiheit — der RM hat oft darüber geschrieben —, mit den Geschenken aus Bonn in ihre Programme zum Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen zu investieren.

Weitere Glanzpunkte der Eröffnungen des Ministers Matthöfer: die Mehrwertsteuer wird ab 1. Juli 79 von 12 auf 13 Prozent erhöht. Die Folgen werden sich in erheblichen Preissteigerungen niederschlagen. Weiter machte der Minister klar, daß Bonn **nicht** daran denkt, den Gemeinden einen Ersatz für die Lohnsummensteuer zu gewähren, deren Streichung beschlossene Sache ist. Die Folgen für die Werktätigen: die Gemeinden werden ihrerseits das dadurch entstehende Finanzloch stopfen, indem sie soziale Leistungen streichen, öffentliche Dienste verteuern usw.

Das erwartet uns also. Und noch etwas: die Herren Abgeordneten machten noch einmal drohend klar, daß sie alle Kämpfer für eine „maßvolle Lohnpolitik" sind. Und die Sprecher der FDP und der CDU/CSU hielten es außerdem für nötig, von der Bühne des Bundestages aus nach der „Zurücknahme der Forderung für die 35-Stunden-Woche" zu schreien.

204,6 Milliarden Mark soll nach dem Entwurf der Regierung der nächste Haushalt umfassen. Das bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 8,4 Prozent und eine Neuverschuldung von 35 Milliarden Mark. Vorläufige Zahlen, denn wie in diesem, so wird es auch im nächsten Jahr jede Menge Nachtragshaushalte geben. Werden noch einige Milliarden mehr den Unternehmern in die Tasche geschoben, in den Aufbau der Polizei und der Bonner Geheimdienste gesteckt. Werden noch mehr Gelder in den Rüstungshaushalt fließen.

Schon jetzt ist dieser Haushalt der bei weitem umfangreichste unter den Einzelplänen. 59 Milliarden — im Vorjahr noch 54 — sind es, die in die Aufrüstung, in die Vorbereitungen auf einen neuen Krieg gesteckt werden. Das sind die wirklichen Zahlen. Offiziell sieht es anders aus. Denn die Bonner Haushaltsstrategen verstehen es, einen Teil dieser gewaltigen Rüstungslasten in anderen Posten zu verstecken, so daß „offiziell" der „Verteidigungshaushalt" für '79 nur 36,8 Milliarden umfaßt.

Fast ein Drittel des gesamten Bundeshaushalts soll also in die Rüstung gesteckt werden. Und bei derselben Debatte im Bundestag, wo sich kein einziger Widerspruch gegen diese Riesensumme erhob, trat Willy Brandt ans Rednerpult und verkündete mit dem ihm eigenen verlogenen Pathos: es liege im Interesse der Bundesrepublik, „den Rüstungswettlauf zu begrenzen, die Rüstung letztlich zu reduzieren". Die ständig wachsenden Militäraufgaben, die Beschaffungsprogramme für Leopard 2, für Alpha Jet und Tornado, ist das alles etwa nur ein Witz?

Da muß man sich einmal ganz genau das anhören, was am letzten Freitag zum Schluß der Haushaltsdebatte gesagt wurde. Zu dieser Zeit, nach einigen Zänkereien um Egon Bahr und die Moskauer Spione, wurden die Herren nämlich noch einmal grundsätzlich. Derselbe Willy Brandt, der eben noch als Friedensengel posiert hatte, nannte den NATO-Pakt eine „nationale Selbstverständlichkeit". Und Außenminister Genscher wurde noch deutlicher. Die NATO, so sagte er, sei das Fundament der Politik der Bundesregierung. Und auf dieser Basis, im Bündnis mit den USA, gedenke man die „nationale Frage der Wiedervereinigung zu lösen".

Mit der NATO, dem aggressiven Kriegspakt unter der Kontrolle Washingtons, zur Wiedervereinigung — was ist das anderes als eine kaum noch verhüllte Kriegsdrohung? Als ein Bekenntnis der Bonner Herren zu ihren revanchistischen Zielen?

So hat die ganze Haushaltsdebatte, vom Anfang bis zum Ende, das durch und durch reaktionäre Wesen der Bonner Politik schlaglichtartig beleuchtet. Diese Politik steht einzig und allein im Interesse der westdeutschen Imperialisten, ihres Krisenfeldzugs gegen die Werktätigen, ihrer realen Kriegsvorbereitungen. Wir, die arbeitenden Menschen in diesem Land, haben von dieser Politik, von diesem Staat nichts zu erwarten. Wir müssen uns im Kampf um **unsere** Interessen gegen diesen Staat zusammenschließen.

Kurz berichtet

Kitzingen

Die KPD/ML in Kitzingen hat in einem Flugblatt einen neuen empörenden Fall aus dem Treiben der Ami-Besatzer an die Öffentlichkeit gebracht:

Am Sonntag, den 10. 9., wurde in Kitzingen ein deutsches Mädchen von sechs US-Soldaten brutal vergewaltigt. Verletzt ließen die sechs Vergewaltiger das Mädchen zurück, mit herausgerissenen Haaren, zerrissener Hose. Zwei andere Mädchen, die sie so auffanden, alarmierten die Polizei. Die kam allerdings erst nach längerer Zeit. Einen Krankenwagen hatten sie auch nicht verständigt. Vergeblich forderten Passanten die Polizisten auf, sofort für ärztliche Hilfe zu sorgen.

Für die Polizisten stand von vornherein fest: das Mädchen ist selber schuld. Aus diesem Grunde lehnten sie es auch ab, die Adressen der Zeugen festzuhalten. Noch am 12. 9. verbreitete die Kriminalpolizei in einem Artikel der „Kitzinger Zeitung" die Behauptung von der „eigenen Schuld" des Opfers.

Das ganze Verhalten der Polizei zeigt: die Verbrecher werden wieder ungeschoren davonkommen. Es wird wieder so gehen, wie im Fall des Mädchens, das im letzten Jahr an Ostern von einem Amisoldaten überfallen worden war. Der Soldat wurde der amerikanischen Gerichtsbarkeit überstellt, und bis heute hat noch keine Gerichtsverhandlung stattgefunden. Das geschädigte Mädchen hat natürlich auch kein Schmerzensgeld bekommen.

Als die Genossen das Flugblatt verteilten, meldete sich eine Frau bei ihnen, die auch von Ami-Soldaten angefallen worden ist. In ihrem Fall hat ihr die Polizei nicht einmal geglaubt!

Um dem Treiben der Besatzungstruppen ein Ende zu setzen, fordert die Partei in dem Flugblatt, daß das Mainufer und die Parks von Kitzingen zum Sperrbezirk für US-Soldaten erklärt werden. Als Mittel, diese Forderung durchzusetzen, wird angegeben: — Anrufen der Kommunalpolitiker; — Protest beim „Deutsch-amerikanischen Verbindungsbüro" gegen die Vergewaltigungen und Raubüberfälle von US-Soldaten. Außerdem wird eine Kontaktadresse genannt, wo sich diejenigen melden können, die den Kampf gegen die Besatzer aktiv aufnehmen wollen.

Hannover



Im Kampf gegen die katastrophalen Zustände im „Mädchenknast Birkenhof" hat die Rote Garde Hannover jetzt ein Plakat herausgebracht, das in karikierender Form das Bemühen einer „Unabhängigen Untersuchungskommission", die Öffentlichkeit über die wahren Zustände zu belügen, anprangert. Das Plakat wird sicher seinen Teil dazu beitragen, daß den Verantwortlichen in Behörden und Kirche die Lügen im Halse steckenbleiben!

Aus dem Inhalt

Protest gegen die geplante Stillegung der Ilseder Hütte 4
Keine Nachtschicht bei HWB 5
Schwandorf (Oberpfalz): 2.000 demonstrieren gegen Arbeitslosigkeit 5
Astrid Proll darf nicht ausgeliefert werden 6
Polizeiterror in Eschborn 6
Polizeieinsatz gegen Antifaschisten in Mannheim 6
Keine Schonung für die Naziverbrecher 7
Polizeizeuge im Hamburger Antifaschistenprozeß 7
September im Bild 9
KP Neuseelands verurteilt die chinesischen Revisionisten 12
Camp-David-Abkommen: neues amerikanisches Bündnissystem geschaffen 12
Drei Tage im Manövergebiet 13
80. Todestag Theodor Fontanes .. 14
Chotjewitz: „Die Herren des Morgengrauens", Buchbesprechung .. 14
AP-Treffen in Hamburg 15

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund, Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Offen gesagt ...

Das Knie des Uli Hoeneß

Auf dem Pferdemarkt ist es üblich, daß der Käufer einen kritischen Blick in das Maul des Tieres wirft, bevor der Handel per Handschlag abgeschlossen wird. Bei der Fußballbundesliga ist das ganz anders. Ein Vergleich mit dem Viehmarkt verbietet sich von selbst, geht es doch beim An- und Verkauf von Profikickern um gewaltige Summen, oft um Millionen. Man denke nur an den Transfer Franz Beckenbauers zu Cosmos New York.

Verständlich, daß beim Handel mit solch hochwertiger Ware der einfache Blick ins Maul nicht ausreicht. Das mußte jetzt auch der Nationalspieler Uli Hoeneß erfahren, der von Bayern München für eine Saison an den Hamburger SV ausgeliehen worden war. Gegen bare Münze, versteht sich. HSV-Manager Netzer ließ den eingehandelten Kicker gründlich und rundum untersuchen. Ja, und dann wollte er dem Hoeneß auch noch ins Knie schauen, um sich vom einwandfreien Zustand auch dieses Körperteils zu überzeugen.

Netzer: „Ich kann doch nicht 225.000 Mark leichtfertig aufs Spiel setzen und einen Spieler kaufen, der möglicherweise nicht gesund ist." Also wurde — um zu sehen, was denn nun in diesem Knie los ist — eine sogenannte Arthroskopie angeordnet. Was das bedeutet? Eine mehrere Millimeter starke Sonde wird in das Kniegelenk eingeführt. Das Gelenk wird dann mit einem Gas aufgepumpt und durchleuchtet.

Eine heikle Operation, gewiß, aber schließlich — so Netzer — müsse ein Spieler schon mal ein Risiko auf sich nehmen. Denn der Verein trage ja auch ein Risiko, jene 225.000 Mark nämlich. Uli Hoeneß jedenfalls wollte nicht und floh zurück zu den Bayern. Für den HSV-Manager eine ganz unverständliche Reaktion. „Ich bin von Uli Hoeneß tief enttäuscht. Für einen echten Profi ist seine Einstellung nicht in Ordnung." Solche Enttäuschung wäre leicht zu vermeiden. Man könnte doch einfach jedem jungen Mann, der die Laufbahn eines Berufskickers einschlagen will, erst einmal eine Sonde ins Gehirn führen und überprüfen, ob denn auch eine profihafte Einstellung vorhanden ist.

Bonns „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit"

Verschärfte Diffamierung und Entrechtung der Arbeitslosen

Nach den amtlichen Angaben bewegt sich das Arbeitslosenheer zur Zeit knapp unter der Millionengrenze. Das sind aber nur jene Arbeitslosen, die bei den Arbeitsämtern als „dem Arbeitsmarkt verfügbar" registriert sind. Die wirkliche Anzahl der Arbeitslosen ist weitaus höher, als sich aus der amtlichen Statistik ablesen läßt. Immer größer wird auch der Anteil des sogenannten „harten Kerns" unter den Arbeitslosen, also jener Menschen, die schon seit einem oder mehreren Jahren arbeitslos sind. Zu ihnen gehören Jugendliche ohne Berufsausbildung, ältere Arbeiter, die ihre Gesundheit in den Knochenmühlen der Kapitalisten opfern mußten, Frauen, die auf Teilzeitarbeit angewiesen sind, Behinderte und Arbeitslose in den sogenannten „strukturschwachen Gebieten" (Zonenrandgebiete, Saarland u. a.). Viele dieser Dauerarbeitslosen sind verzweifelt wegen der materiellen Notlage und der seelischen Belastung, der sie ausgesetzt sind. Ihre Lage ist trostlos, und sie sehen keinen Hoffnungsschimmer für die Zukunft. Aber gerade diese Menschen werden von der Kapitalistenklasse und vom Staat schamlos diffamiert und systematisch in zunehmendes Elend gestürzt. Teils offen, teils versteckt werden sie von den Politikern, den Unternehmern sowie von Presse und Fernsehen als „arbeitsscheu" verleumdet und als „asozial" abgestempelt. Sie sind am härtesten betroffen vom Abbau der Rechte der Arbeitslosen, der von Regierung und von der Bundesanstalt für Arbeit betrieben wird. Aber nicht nur gegen sie richten sich diese Angriffe. Alle Arbeitslosen und darüber hinaus die gesamte Arbeiterschaft sind betroffen.



Arbeitslose bei Zwangsarbeit auf einem Kölner Friedhof.

Wie Ehrenberg die „Arbeitsbereitschaft" fördert

Monatelang hatte man das Terrain propagandistisch vorbereitet, sprich: die „Diskussion" über die „Dunkelziffer an Arbeitsunwilligen" wieder einmal kräftig angeheizt. Zunächst ließ man sich in den Massenmedien lang und breit über eine „Schätzung" von Unternehmerverbänden aus, nach der ein Drittel aller Arbeitslosen einfach faul und gar nicht willens sei, Arbeit anzunehmen. Gleichzeitig wies man diese Zahl scheinheilig als übertrieben zurück („Wir sind ja schließlich objektiv.") und ließ eine sogenannte Untersuchung des „Infratest-Instituts" groß herausstellen, derzufolge „nur" jeder zehnte Arbeitslose ein arbeitsscheues Element sei.



Auf dem Arbeitsamt

Somit war man also zu einer „wissenschaftlichen Grundlage" gekommen, auf die nun die entsprechenden Angriffe gestützt werden konnten. Und just legte Sozialminister Ehrenberg im Juli dieses Jahres einen Maßnahmenkatalog zur „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" vor. Unter Berufung auf die „zehn Prozent Arbeitsunwilligen" (Marke Infratest) soll dieser dazu dienen, „die Arbeitsbereitschaft zu fördern" und dem „Mißbrauch der Arbeitslosenhilfe" einen Riegel vorzuschieben. Der Ehrenbergplan hat folgende Schwerpunkte:

- Der Begriff der „zumutbaren Arbeit" soll erheblich ausgeweitet werden.
- Die Arbeitslosen sollen zu größerer räumlicher und beruflicher „Mobilität" gezwungen werden.
- Die Möglichkeiten, Sperrfristen zu verhängen bzw. das Arbeitslosengeld und die Arbeitslosenhilfe ganz zu entziehen, sollen ausgeweitet werden.
- „Schwervermittelbare Arbeitslose" sollen verschärften Straf- und Disziplinierungsmaßnahmen unterworfen werden, die teilweise geradezu den Charakter von Zwangsarbeit annehmen.
- Die Möglichkeiten der Unternehmer und des öffentlichen Dienstes, sich aus den Finanzen der Arbeitslosenversicherung zu bereichern, sollen ausgeweitet werden.

Teilweise schlägt Ehrenberg Änderungen am Arbeitsförderungsgesetz (AFG) vor, über die demnächst im Bundestag verhandelt werden soll. Andere Teile seines Katalogs jedoch werden bereits jetzt in die Praxis umgesetzt, u. a. durch entsprechende Richtlinien der Bundesanstalt für Arbeit. So erhielten die Arbeitsämter im August den „Dienstblatt-Runderlaß 230/78", der neue Richtlinien über die Auslegung des § 103 des AFG („Zumutbare Beschäftigung") festlegt. Im allgemeinen Vorspann dieses Dienst-erlasses für die Arbeitsvermittler heißt es:

„Im Interesse der alsbaldigen Beendigung der Arbeitslosigkeit schuldet der Leistungsempfänger der Versichertengemeinschaft eine weitgehende Anpassung seiner Vermittlungswünsche und -vorstellungen an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes."

In menschlichem Deutsch: Die Arbeitslosen sollen gezwungen werden, jede Arbeit anzunehmen, seien die Arbeitsbedingungen auch noch so unverschämt und seien die Umstände auch noch so miserabel. Vor allem sollen die Arbeitslosen kein Recht haben, sich einer fortschreitenden Verschlechterung ihrer sozialen Lage zu widersetzen. Denn wer erst einmal eine Arbeitsstelle angetreten hat, die unter seinem beruflichen Qualifikationsniveau liegt, hat nur geringe Chancen, eines Tages wieder in seine alte Stellung aufzurücken. Außerdem: Wird er erneut arbeitslos, so ist nicht sein ursprünglicher Beruf maßgebend für seine Einstufung beim Arbeitsamt, sondern seine zuletzt ausgeübte Tätigkeit.

Schon bisher haben die Arbeitsämter den Unternehmern kräftig geholfen, die Arbeiter zu entqualifizieren und die Löhne herunterzudrükken. So mußten im vergangenen Jahr 50 Prozent der Arbeitslosen, die vermittelt wurden, den Beruf wechseln und zwar in vielen Fällen von einem qualifizierten Beruf auf einen geringer qualifizierten bzw. auf einen Anlernberuf. Bezeichnend ist auch, daß im vergangenen Jahr von den insgesamt 2,29 Millionen Vermittelten bei 857.800 Kollegen das Beschäftigungsverhältnis nicht länger als sieben Tage dauerte!

In diesem Zusammenhang wird deutlich, wie verlogen und zynisch es ist, wenn in der offiziellen Propaganda immer so getan wird, als wären Facharbeiter in ihrem Beruf gefragt, und nur ungelernte Arbeitskräfte hätten schlechte Chancen. Von einigen Ausnahmen abgesehen ist in der Hauptsache die umgekehrte Tendenz vorherrschend: arbeitslose Facharbeiter werden gezwungen, in ungelernten Berufen zu schlechter Bezahlung zu arbeiten (außerdem werden in vielen Betrieben Facharbeiter durch innerbetriebliche Umsetzungen abqualifiziert). Und nicht umsonst wird in dem erwähnten Diensterlaß für die Arbeitsvermittler als wesentliche Stoßrichtung die Richtlinie ausgegeben:

„Stufenweise Ausweitung der Arbeitsbereitschaft: der Kreis zumutbarer Beschäftigung weitet sich mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit aus. Die Ausweitung erstreckt sich auf die Art der Tätigkeit (berufliche Mobilität), die Lage des Arbeitsplatzes (räumliche Mobilität) und die sonstigen Arbeitsbedingungen."

Arbeitsamt Saarlouis: „Arbeitstraining" für Dauerarbeitslose

Was Ehrenberg in seinem Bündel zur „Förderung der Arbeitsbereitschaft" im Juli ausgeheckt hat, wird in verschiedenen Arbeitsamtsbezirken schon praktiziert. So führt u. a. das Arbeitsamt Saarlouis z. B. bereits das sogenannte „Arbeitstraining" für „schwervermittelbare" Arbeitslose durch. Das sieht so aus, daß in Betrieben im Saarlouiser Arbeitsamtsbezirk Arbeitslose „unter Aufsicht und begleitender Unterweisung von Fachkräften" Zwangsarbeit zu leisten haben. Sie erhalten keinen Lohn, sondern ein „Unterhaltsgeld". Sie haben keinen Arbeitsvertrag und keinerlei Rechte. Den Unternehmer kostet diese Arbeitskraft keinen Pfennig. Das Arbeitsamt bezahlt! Die Herren Arbeitsvermittler in Saarlouis gaben bekannt: sie seien sehr unzufrieden über die Resonanz dieser Maßnahme unter den Arbeitslosen. Die Teilnahme sei häufig nur durch die Furcht vor einer Sperrzeit motiviert, obwohl doch das Unterhaltsgeld höher als das Arbeitslosengeld sei. Zu diesem „Arbeitstraining" kann aufgefordert werden, wer (laut Arbeitsvermittler) eine „völlig unzureichende berufliche Qualifikation" aufweist bzw. eine „Unfähigkeit zur sozialen Integration" bzw. eine „mangelnde Arbeitsmotivation". Es stellt sich die Frage: Wann wird der nächste Schritt getan? Wann werden die Menschen, die jahrelang keine Arbeit gefunden haben, als „arbeitsscheue und asoziale Elemente" ins Konzentrationslager gesperrt? *(Siehe hierzu auch auf Seite 5 „Arbeiterkorrespondenzen".)*

Staat und Kapitalisten plündern die Kasse der Arbeitslosenversicherung

Es ist ein Hohn! Was da großartig als „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" (ABM) deklariert wird, dient faktisch zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit und läuft zugleich darauf hinaus, daß der Staat und die Unternehmer die Kasse der Arbeitslosenversicherung ausplündern.

Wie sehen diese Maßnahmen nun aus? Arbeitslose werden (begrenzt auf höchstens ein Jahr) an Behörden oder Privatunternehmer „ausgeliehen". Für die betroffenen Arbeitslosen bedeutet diese Maßnahme natürlich zunächst eine vorübergehende Milderung ihrer Notlage, denn statt Arbeitslosengeld oder -hilfe kommen sie nun während der Maßnahme wenigstens auf ein halbwegs normales Einkommen. Aber dieses Einkommen wird größtenteils nicht von den entsprechenden „Arbeitgebern" (öffentlicher Dienst oder Privatunternehmer) bezahlt, sondern aus der Arbeitslosenversicherung, und zwar zu mindestens 80 Prozent. Praktisch bedeutet das: die Werktätigen bezahlen. Für die „Arbeitgeber" sind das fast kostenlose Arbeitskräfte. Und ihr Profit ist ein doppelter, denn sie können auf diese Weise zugleich die eigentliche Belegschaft entsprechend niedrig halten bzw. „abbauen".

Der Skandal, den diese Maßnahmen darstellen, ist um so größer, als bereits ein riesiges Loch in der Arbeitslosenversicherung klafft. So wird das Finanzdefizit der Bundesanstalt für Arbeit im kommenden Jahr drei Milliarden Mark betragen und bis 1981 wird es nach amtlichen Hochrechnungen auf 14,5 Milliarden Mark angewachsen sein. Also: Der Pleitegeier schwebt über der Arbeitslosenversicherung. Den Staat aber hindert das nicht, Milliarden aus der Versicherungskasse zu rauben und sie den Unternehmern in den Rachen zu stopfen. Dieser Raub wurde mit dem Andauern und der Verschärfung der Massenarbeitslosigkeit immer unverschämter betrieben: 1974 wurden 3.208 Arbeitslose im ABM-System beschäftigt; 1975 waren es bereits 15.810, die als fast kostenlose Arbeitskräfte verliehen wurden. 1976 wuchs ihre Zahl auf 37.754, und im April dieses Jahres belief sie sich bereits auf 51.500 Arbeitslose. Von diesen 51.500 wurden übrigens 17.300 in den öffentlichen Dienst gesteckt. In diesem Zusammenhang muß man wissen, daß der Staat die Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten im vergangenen Jahr um rund 27.000 „abgebaut" hat.

Außer den „ABMs" gibt es noch eine ganze Reihe anderer Methoden der Plünderung unserer Arbeitslosenversicherung. So werden den Unternehmern unter verschiedenen Vorwänden Zuschüsse für „arbeitsfördernde" Maßnahmen in den Rachen gesteckt (z. B. wenn sie die „Gnade" haben, Arbeitslose einzustellen, die als „schwer vermittelbar" gelten). In solchen Fällen erhalten die Unternehmer bis zu 80 Prozent der Lohnkosten für die betreffenden Arbeitskräfte aus der Arbeitslosenversicherung ersetzt. Es ist unglaublich aber wahr: je mehr sich die Arbeitslosigkeit verschärft, desto größere Teile des Etats der Bundesanstalt für Arbeit schustert der Staat in die Taschen der Kapitalisten, während gleichzeitig aber die Leistungen an die Arbeitslosen immer mehr abnehmen! 1975 betrugen die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit für Arbeitslosengeld bzw. -hilfe noch 17,8 Milliarden. Im vergangenen Jahr waren sie bereits auf 15 Milliarden geschrumpft. Gleichzeitig **verringerte** sich der prozentuale Anteil der Leistungen für die Arbeitslosen im Verhältnis zu den Gesamtausgaben der Bundesanstalt für Arbeit. Betrug er 1975 noch 43,5 Prozent, so sank er bis zum vergangenen Jahr auf 41,7 Prozent. Die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld ging von über 700.000 im Jahr 1975 zurück auf rund 530.000 im vergangenen Jahr. Lediglich die Zahl der Bezieher von Arbeitslosenhilfe ist gestiegen: von rund 100.000 im Jahr 1975 auf 170.000 im letzten Jahr. Das spiegelt die wachsende Zahl der „Dauerarbeitslosen" wider.

§§ Die wichtigsten Bestimmungen §§ im Runderlaß 230/78

- **In der ersten Zeit der Arbeitslosigkeit** darf der Arbeitslose „seine Arbeitsbereitschaft nicht auf eine Beschäftigung in seinem erlernten, überwiegend oder zuletzt ausgeübten Beruf beschränken". Der Arbeitslose ist zur Aufnahme „artverwandter" beruflicher Tätigkeiten verpflichtet, „auch wenn hierfür ein Wechsel vom Angestellten zum gewerblichen Arbeitnehmer erforderlich ist". War der bisherige Beschäftigungsort der Wohnort, so muß der Arbeitslose auch bereit sein, eine Stelle an einem „gut erreichbaren Nachbarort" anzunehmen. Ferner ist er verpflichtet, „geringfügig ungünstigere Arbeitsbedingungen" zu akzeptieren. „Geringfügige" Verschlechterungen sind laut Diensterlaß z. B. Einkommenseinbußen bis zu zehn Prozent gegenüber dem früheren Einkommen.
- **Ist nach längstens sechs Monaten eine Vermittlung nicht zustandegekommen,** so muß der Arbeitslose bereits Stellen annehmen, die in der „nächstunteren Qualifikationsstufe" liegen. Zum Beispiel ein Facharbeiter muß grundsätzlich jede Beschäftigung annehmen. Jetzt sind bereits Einkommensverschlechterungen über zehn Prozent zumutbar. Ein Ingenieur muß z. B. Beschäftigungen annehmen, die einer Facharbeitertätigkeit entsprechen. Ferner muß nun jede Tätigkeit außerhalb des Wohnorts mit Anfahrtszeiten bis zu anderthalb Stunden angenommen werden. Aber auch Arbeitsstellen, die so weit entfernt liegen, daß sie nur durch Wochenendpendeln erreichbar sind.
- **Nach längstens einem Jahr Arbeitslosigkeit** ist grundsätzlich auch die Aufnahme einer Dauerbeschäftigung zumutbar, die einen Umzug erfordert, und zwar im Prinzip ohne Rücksicht auf Bindungen an Verwandtschaft und Freundeskreis, auf schulpflichtige Kinder, auf Hauseigentum, auf Berufstätigkeit des Ehegatten und auf Teilnahme an beruflichen Bildungsmaßnahmen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Steinkühler gegen 35-Stunden-Woche

Der Stuttgarter IG-Metall-Bezirksleiter Franz Steinkühler (Experte im Schwingen scheinradikaler Reden) hat sich vor den drei Tarifkommissionen der IG Metall in Baden-Württemberg offen gegen den Kampf für die 35-Stunden-Woche ausgesprochen. Er vertrat den Standpunkt, daß bei der Tarifbewegung 1979 auf Forderungen zur Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit verzichtet und stattdessen lediglich eine Verlängerung des Jahresurlaubs angestrebt werden soll. Er versuchte diesen Standpunkt, der den Interessen der Arbeiter frontal entgegengesetzt ist, mit einem sehr merkwürdigen Argument zu rechtfertigen: die Verkürzung der Arbeitszeit — so Steinkühler — sei eine „defensive gewerkschaftliche Forderung", sie ziele nur darauf ab, eine Ausdehnung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, nicht aber darauf, diese Krankheit zu heilen. In einer Beziehung hat Steinkühler ja recht: heilen kann man diese Krankheit des Kapitalismus nur durch einen politischen Kampf! Nämlich durch den revolutionären Sturz des kapitalistischen Systems und die Errichtung des Sozialismus. Wenn aber Steinkühler den „defensiven" gewerkschaftlichen Kampf gegen die Ausweitung der Arbeitslosigkeit abwürgen will, so geht es ihm darum, den Kapitalisten zu helfen, ihre Profite zu sichern.

Druck-Unternehmer drohen wieder mit Aussperrung!

In der Druckindustrie fordern die Arbeiter und Angestellten im Zusammenhang mit den Manteltarifverhandlungen die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Die Kapitalisten versuchen nun, durch Einschüchterung die Kampfbereitschaft der Kollegen zu schwächen. „Die Aussperrungsbereitschaft der Arbeitgeber in der Druckindustrie ist in diesem Jahr nicht geringer als im vorigen", drohte in unverfrorener Manier Gerold Mack, der Verhandlungsführer des Bundesverbands Druck. Mack und Konsorten sei gesagt: Auch die Kampfbereitschaft der Druckereiarbeiter ist nicht geringer als im vorigen Jahr! Im Gegenteil! Die Druckereiarbeiter haben aus dem letzten Streik gelernt. Sie haben gesehen, daß sie stark sind, wenn sie fest zusammenstehen. Und sie haben gelernt, daß sie die verräterische Schwerpunktstreiktaktik der Gewerkschaftsführung sprengen müssen, um den Aussperrungsterror der Kapitalisten erfolgreich zu kontern.

Metzeler-Werke: Entlassungen auch im Werk Breuberg (Odenwald)

Der Chemiekonzern Bayer plant (der RM berichtete in den letzten Ausgaben darüber) die Stillegung des Münchner Werkes der Metzeler Kautschuk AG. Dadurch wird 2.300 Arbeitern und Angestellten der Arbeitsplatz geraubt. Die Produktion der LKW- und PKW-Reifen soll ganz eingestellt werden. Die Motorradreifenproduktion dagegen, die höheren Profit einbringt, soll in das Odenwalder Werk verlagert werden. Bedeutet das nun, daß wenigstens die Arbeitsplätze im Odenwalder Werk für absehbare Zeit gesichert sind? Keineswegs!

Denn auch hier kriselt es schon lange, und inzwischen hat Metzeler-Boß Trautwein angekündigt, daß jetzt auch hier die PKW-Reifenproduktion, die schon seit Jahren verkleinert worden ist, ganz eingestellt werden soll. Auch in anderen Bereichen des Werkes wurden in letzter Zeit Einschränkungen durchgeführt. Bereits in den letzten vier Jahren wurde die Belegschaft von über 2.000 Beschäftigten auf gegenwärtig 1.400 Beschäftigte verkleinert. Und nun muß damit gerechnet werden, daß trotz der Übernahme der Motorrad- und Fahrradreifenproduktion sowie der Gummi-Metall-Produktion aus München mehrere hundert Arbeitsplätze vernichtet werden.

Die Belegschaft im Werk Breuberg ist beunruhigt über die Pläne der Konzernherren. Um die Wogen zu glätten, wurde deshalb vor kurzem eine Betriebsversammlung einberufen, auf der Vorstandsvorsitzender Trautwein persönlich erschien. Er und die „firmentreuen" Vertreter des Betriebsrats versuchten der Belegschaft weiszumachen, durch die Umstellung würden „nur" 100 Arbeitsplätze vernichtet. Ferner würde man versuchen, durch Frühpensionierungen, Umsetzungen und „natürliche Fluktuation" direkte Entlassungen zu vermeiden.

Abgesehen davon, daß die Vernichtung von 100 Arbeitsplätzen so oder so schon eine Schweinerei wäre, halten die meisten Kollegen die Behauptungen der Bosse und Betriebsratsverräter für eine Verharmlosung. Und mit Recht! Denn mit Sicherheit werden durch die Umstellung und die Durchrationalisierung des Werkes einige hundert Arbeitsplätze vernichtet.

Tarifrunde Brau-Industrie: Auch in Niedersachsen keine echte Arbeitszeitverkürzung

Inzwischen haben sich die Brauereikapitalisten auch in Niedersachsen mit den Führern der Gewerkschaft Nahrung Genuß Gaststätten auf neue Mantel- und Lohntarifverträge geeinigt. Es wurden die gleichen Abschlüsse durchgezogen wie vor kurzem in Nordrhein-Westfalen. Die Arbeitszeit wird lediglich für Kollegen ab 60 Jahre verkürzt, sofern sie mindestens zehn Jahre in einer Brauerei gearbeitet haben. Die Lohn- und Gehaltserhöhung beträgt ebenfalls nur 4,7 Prozent. Betroffen sind hier insgesamt 3.500 Beschäftigte. In Bayern haben die Tarifverhandlungen für die Brauindustrie am Dienstag letzter Woche begonnen.

Hessen: Tarifverhandlungen im Hotel- und Gaststättengewerbe gescheitert

Die Manteltarifverhandlungen für die rund 35.000 Beschäftigten im hessischen Hotel- und Gaststättengewerbe wurden für gescheitert erklärt. Es konnte keine Einigung über die Frage der Arbeitszeit erreicht werden. Die Gewerkschaft NGG fordert zweimal im Monat eine 5-Tage-Woche.

Schmalbach-Lubeca Heilbronn: RGO ruft zum Kampf gegen Entlassungen auf

In dem Heilbronner Werk von Schmalbach-Lubeca (Metallindustrie) wollen die Bosse 67 Kollegen auf die Straße werfen. Schon seit 1975 wurde die Belegschaft von über 600 auf knapp 450 Beschäftigte „abgebaut". Bislang konnten die Schmalbach-Kapitalisten ihre Rationalisierungspläne durchziehen, ohne auf starken Widerstand zu stoßen. Das aber wird sich jetzt ändern. Denn seit der Betriebsratswahl, bei der ein revolutionärer Kollege auf einer eigenen Liste mit mehr als der Hälfte der abgegebenen Stimmen in den Betriebsrat gewählt wurde, hat die RGO die Arbeit an diesem Betrieb aufgenommen. Die RGO hat nun die Belegschaft in einem Flugblatt über die Pläne der Schmalbach-Kapitalisten informiert und zum Kampf gegen die Rationalisierungsmaßnahmen aufgerufen. Ein Erfolg ist es auch, daß der Betriebsrat den Plan der Geschäftsleitung generell abgelehnt hat. In dem RGO-Flugblatt heißt es dazu: „Das ist schon mehr, als er bisher getan hat. (Die Mehrheit des Betriebsrates wurde über eine Liste des IGM-Apparats gewählt. Diese Liste bekam erheblich weniger Stimmen, als die Liste des revolutionären Kollegen — RM.) Aber genügen tut das nicht. (...) Warnstreik und Streik, das sind die Maßnahmen, die jetzt diskutiert werden müssen. Setzen wir uns zusammen und packen wir's an."

Howaldtswerke Hamburg

Streikaktion: 3500 Kollegen zogen durch das Werk

3.500 Kollegen der „Howaldtswerke-Deutsche Werft" (HDW) in Hamburg warfen am Donnerstag letzter Woche die Brocken hin. Die Streikenden formierten sich zu einem machtvollen Demonstrationszug und marschierten vor das Verwaltungsgebäude der HDW-Bosse. Der Kampf der Werftarbeiter richtet sich gegen die angekündigte Stillegung von zwei Betrieben der Howaldtswerke in Hamburg und Kiel, durch die mindestens 2.000 Kollegen von Entlassung bedroht sind, davon 1.500 in Hamburg.

Schon auf der Betriebsversammlung am Dienstag und Mittwoch zeigte sich, daß die Werftarbeiter nicht gewillt sind, die skrupellose Vernichtung ihrer Arbeitsplätze kampflos hinzunehmen. Eine solche Betriebsversammlung wie diese hat es bei HDW noch nie gegeben. Sowohl was die Beteiligung anbetrifft als auch die kämpferische Stimmung. Es meldeten sich so viele Kollegen zu Wort, daß die Versammlung am Mittwoch fortgesetzt werden mußte! Die Arbeiter, die auf der Versammlung sprachen, gingen mit den HDW-Bossen scharf ins Gericht. Auch Vertreter der „Kollegengruppe" (eine klassenkämpferische Gruppe von Werftarbeitern, die bei den letzten Betriebsratswahlen mit einer eigenen Liste drei Betriebsratssitze erringen konnte) ergriffen das Wort. Sie betonten die Notwendigkeit des selbständigen Kampfes der Arbeiter und kleinen Angestellten, ohne den die Stillegungen nicht verhindert werden können. Und sie warnten davor, auf die Gewerkschaftsführung zu vertrauen.

An der Frage: „Was tun, um die Arbeitsplätze zu verteidigen?" schieden sich dann auch die Geister auf der Versammlung. Vertreter des IGM-Apparats und der Verräterclique um den Betriebsratsvorsitzenden Werner Peters versuchten, von der Notwendigkeit des entschlossenen Kampfes gegen die Arbeitsplatzkiller abzulenken und die Hoffnungen der Kollegen ganz auf Verhandlungen zwischen Bossen und IGM-Bonzen zu konzentrieren. Als Peters auf der Versammlung mahnte, hier dürfe nicht zu Kampfmaßnahmen aufgerufen werden, erhob sich ein regelrechtes Pfeifkonzert. Und verschiedene Kollegen ließen sich auch nicht davon abhalten, zum Kampf aufzurufen, wobei sie natürlich geschickte Redewendungen benutzten, um den Bossen nicht eine billige Handhabe für Maßregelungen zu bieten.

Der Streik am Donnerstag, der alles in allem drei Stunden dauerte, wurde von den Kollegen im Werk Reiherstieg (eines der Werke, die stillgelegt werden sollen) begonnen. Sie marschierten, 400 Mann stark, zum Werk Roß und riefen dort die Kollegen auf, sich ihnen anzuschließen. So bildete sich schließlich ein Zug von 3.500 Kollegen, der vor das Verwaltungsgebäude zog. Sprechchöre wurden gerufen: **„Wenn wir fest zusammenstehen, brauchen wir nicht stempeln gehen!"** Transparente wurden mitgetragen: **„Hände weg von unseren Arbeitsplätzen!"** oder: **„Der Vorstand kann gehen, wir bleiben bestehen!"**

Die „Kollegengruppe" brachte ein Flugblatt heraus, in dem aufgerufen wurde, den Streik auf den ganzen Tag auszudehnen. Auch kämpften Kollegen aus dem Werk Reiherstieg dafür, daß der Streik auf die gesamte Werft ausgedehnt wird. Aber es gelang dem IGM-Apparat noch einmal, die Aktion einzudämmen. Vertreter des Gewerkschaftsapparates waren es, die die Streikenden drei Stunden nach Beginn der Aktion aufforderten, wieder an die Arbeit zu gehen. Praktisch hat der IGM-Apparat die Streikaktion abgewürgt, denn ein großer Teil der Streikenden war dafür, daß zumindest bis zum Schichtende keine Arbeit mehr angefaßt wird. Aber trotz dieser Schattenseiten war die Aktion am Donnerstag ein erster wichtiger Erfolg im Kampf gegen die Stillegungen.





Hamburg: Parole der Partei gegen die Entlassung der 2.000 Kollegen.

„Wir wollen keinen Sozialplan, wir wollen Arbeit!"

Proteste gegen die geplante Stillegung der Ilseder Hütte

Die Arbeiter der Ilseder Hütte erfuhren es aus dem Radio. Dort wurde am Freitag, dem 15. 9. 78 gemeldet, daß die Stahlwerke Salzgitter-Peine AG, die zum bundeseigenen Salzgitter-Konzern gehören, das Ilseder Hochofenwerk schließen wollen. Das bedeutet die Vernichtung von 500 bis 600 Arbeitsplätzen!

Die Empörung unter den Stahlarbeitern in Ilsede war groß. Und am nächsten Morgen, beim Wechsel der Nacht- und Frühschicht, kam es zu einer spontanen Protestversammlung, wo umfassende Informationen über die Pläne der Werksleitung verlangt und entschieden die Zurücknahme der Stillegungspläne gefordert wurde. Mit den Kollegen in Ilsede solidarisierten sich sofort die Arbeiter und Angestellten des nahegelegenen, ebenfalls zum Peine-Salzgitter-Werk gehörenden Peiner Blas- und Walzwerks. Denn im Raum Peine/Ilsede glaubt kaum jemand, daß es bei der Verlagerung der Rohstahlproduktion nach Salzgitter bleiben wird. Überall hört man: „Das ganze Peiner Walzwerk soll systematisch kaputtgemacht werden!" Sollten diese umfassenden Rationalisierungspläne der Salzgitter-Bosse tatsächlich Wirklichkeit werden, so hätte das für die Werktätigen im Raum Peine/Ilsede verheerende Folgen. Bereits jetzt ist die Arbeitslosigkeit in diesem Gebiet überdurchschnittlich hoch, in Peine wurden in den letzten sieben Jahren ca. 4.500 Arbeitsplätze vernichtet, in Ilsede waren es in den letzten fünf Jahren 3.000.

Angesichts der großen Empörung über die Stillegungspläne, die nicht nur für die Arbeiter der Ilseder Hütte selbst, sondern für den gesamten Ort schwerwiegende Folgen haben würden, spielen die Herren der Peine-Salzgitter AG jetzt die Unschuldigen. Auch er habe von diesen Plänen erst aus dem Radio erfahren, verkündete etwa der stellvertretende P + S-Vorstandsvorsitzende Putsch in der Lokalpresse. Alles sei ohne sein Wissen in Salzgitter beschlossen worden. Ähnliches hörte man vom Betriebsratsvorsitzenden Köllner. Aber beide Herren lügen. Und das konnte man diesmal sogar schwarz auf weiß in der Presse lesen. Allerdings in einer Zeitung, die nicht für die Werktätigen geschrieben wird, im „Handelsblatt" nämlich. Dort hieß es am 18. 9. 78: „Auch die Stahlwerke Peine-Salzgitter AG (P + S) muß ihre Kapazitäten an die veränderten Marktverhältnisse in Europa und in der Welt anpassen. In diesem Zusammenhang hat der Vorstand des Unternehmens in Abstimmung mit dem Vorstand der Salzgitter AG ein Konzept zur Konzentration der Roheisenkapazitäten auf das Werk Salzgitter entwickelt... Das Konzept wurde dem Arbeitsausschuß des Aufsichtsrats der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG am 1. September zu einer ersten Unterrichtung vorgelegt. Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat haben daraufhin einen Arbeitskreis gebildet, der die vorgelegte Konzeption prüfen will."

Alle wußten also Bescheid. Nur die Arbeiter nicht. Sie sollten überrumpelt und vor bereits vollendete Tatsachen gestellt werden! Und diese Geheimhaltungspolitik wird im Grunde genommen nicht erst seit September, sondern bereits seit Jahren betrieben. Ein Volkskorrespondent aus Peine schreibt uns:

„Das begann schon vor zehn Jahren, als das damals selbständige „Peiner Walzwerk" (Peine-Ilsede) zur Fusion mit dem Stahlwerk Salzgitter gedrängt wurde. Damals hieß es, jetzt mit Staatsbeteiligung (die Salzgitter AG gehört zu 100 Prozent dem Bund — RM) seien die Arbeitsplätze besonders sicher! In den ersten Jahren dieser „Stahlehe" schien das auch so zu sein. Doch dann standen Entlassungen an. Allein im Geschäftsjahr 1976/77 wurden 800 Arbeitsplätze bei Peine-Salzgitter vernichtet. Die Belegschaft wurde abgebaut, die Kapazität blieb. Die 59-Regelung (wonach die Kollegen bereits mit 59 Jahren in Rente gingen) wurde erkoren, und bald war die 58-Regelung im Gespräch. Dann, Anfang 1978, wurde die Hauptverwaltung der Peine-Salzgitter Werke von Peine nach Salzgitter verlegt. Die über 200 Angestellten durften zwar bleiben, aber wer nicht in Salzgitter arbeiten konnte, der flog. Erzgruben um Peine herum wurden geschlossen, eingeführte Erze waren billiger. Jetzt soll es dem Werk in Ilsede an den Kragen gehen. Und in naher Zukunft wird auch nur noch in Salzgitter gewalzt werden, und man wird auch das Walzwerk in Peine schließen. Peine ohne Stahl — das aber würde eine tote Stadt mehr im Grenzgebiet zur DDR bedeuten."

Aber die Arbeiter der Ilseder Hütte und auch ihre Kollegen vom Peiner Walzwerk haben bereits gezeigt, daß sie diesen Angriff auf ihre Arbeitsplätze nicht kampflos hinnehmen werden. Und sicher wird es nicht bei Protestversammlungen bleiben, werden die Kollegen zu wirkungsvolleren Kampfaktionen übergehen. Das fürchten die Salzgitter-Bosse bereits heute. Nicht umsonst hieß es am 18. 9. in einem Peiner Lokalblatt: „Von Streik war noch nicht die Rede..."

Schwandorf (Oberpfalz):

2.000 demonstrierten gegen Arbeitslosigkeit

Die oberpfälzische Stadt Schwandorf (Bayern) war am Freitag vorletzter Woche Schauplatz eines für Schwandorf ungewöhnlichen Ereignisses: 2.000 Arbeiter und Angestellte zogen demonstrierend durch die Straßen. Sie trugen zahlreiche Transparente mit Parolen gegen die wachsende Arbeitslosigkeit in der Oberpfalz und gegen jene Herren, die dafür verantwortlich sind.

Der DGB hatte zu einer Kundgebung gegen die Arbeitslosigkeit aufgerufen. Auch in solchen Gebieten wie der Oberpfalz sind die Werktätigen sehr unruhig geworden, sind sie nicht bereit, länger stillzuhalten. Mit wachsender Empörung sehen sie, wie die Kapitalisten und ihre Treuhänder, die Herren Politiker und Minister, völlig gewissenlos ihre Profitgier austoben und dabei durch Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung immer mehr Werktätigen die Existenzgrundlage rauben.

Im Bereich Schwandorf liegt die offizielle Arbeitslosenquote heute bei 7,5 Prozent. Faktisch aber ist mindestens jeder zehnte Werktätige ohne Arbeit, und besonders die Jugendarbeitslosigkeit in Schwandorf ist alarmierend. Viele Jugendliche verlassen ihre Heimat, weil ihre Chancen auf eine berufliche Existenz hier gleich null sind.

Die meisten Demonstranten waren in Sternmärschen nach Schwandorf gekommen: aus den Werken der Maxhütte (Klöckner-Konzern), aus dem Braunkohlenrevier Wackersdorf und aus den Vereinigten Aluminiumwerken Schwandorf. Auf einem der Transparente stand: „Arbeitsplätze statt Diätenerhöhungen". Auf einem anderen: „Recht auf Arbeit, Recht auf Leben". Auf der Kundgebung sprach der DGB-Landesvorsitzende und SPD-Abgeordnete Jakob Deffner. Deffner sagte sicherlich viel Richtiges über die schlechten Lebensverhältnisse des arbeitenden Volkes in der Oberpfalz. Und wenn er erklärte: „Wie Hohn muß es für diese Menschen (die Arbeitslosen — RM) klingen, wenn es in der bayrischen Verfassung heißt, daß die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dem Gemeinwohl zu dienen hat", so hat er damit vielen Kollegen aus der Seele gesprochen.

Aber was sagte Deffner darüber, wie der Kampf gegen die Profithaie und Arbeitsplatzkiller geführt werden soll? Er faselte von einem Investitionsplan, mit dem die Unternehmer zu sozialem Wohlverhalten verpflichtet werden sollten.

Was Deffner verschwieg: das schöne Wort vom „Gemeinwohl" ist im kapitalistischen Profitsystem nur eine verlogene Phrase. Nur wenn die Arbeiter die Angriffe der Unternehmer mit militanten Kampfaktionen beantworten, wenn sie sich auf nichts anderes verlassen als auf ihre eigene Kraft, auf den unversöhnlich geführten Klassenkampf gegen das Kapital samt seinem Staatsapparat — nur dann können Arbeitsplätze verteidigt und Zugeständnisse von den Kapitalisten erzwungen werden.

Deffner und Konsorten geben sich heute ziemlich radikal. In Wahrheit aber sind sie verzweifelt bemüht, die wachsende Unruhe und Kampfbereitschaft der Arbeiter und kleinen Angestellten zu „neutralisieren", damit die Unternehmer und die Regierung nicht ernsthaft in Bedrängnis kommen. Der DGB-Apparat kommt heute nicht mehr darum herum, Demonstrationen und andere Aktionen zu organisieren. Er tut es nur widerwillig, aber er ist dazu gezwungen, um überhaupt noch „mitmischen" zu können. Daß es nun zunehmend auch in solchen, bislang relativ „ruhigen", Regionen wie in der Oberpfalz zu solchen Demonstrationen kommt, ist sehr ermutigend! Es zeigt klar, wie die Arbeiterklasse in Bewegung kommt. Die Empörung über Ausbeutung und Unterdrückung wächst überall, und überall wächst der Wille zum Kampf.

„Roter Gartenfelder"/Westberlin fordert:

Nein zur Einführung der Nachtschicht!

Schritt für Schritt soll im Siemens-Bosch-Hausgeräte-Werk (HWB) in Westberlin der Drei-Schicht-Betrieb eingeführt werden. Kollegen einzelner Abteilungen müssen bereits jetzt zur Nachtschicht kommen. Der „Rote Gartenfelder", Betriebszeitung der KPD/ML bei HWB, schreibt: „Zahlreiche Kollegen sind darüber empört, denn was Nachtarbeit bedeutet, ist wohl jedem klar: Ruinierung der Gesundheit!"

In welchem Ausmaß das der Fall ist, darüber gibt unter anderem eine Untersuchung Aufschluß, die die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD in Auftrag gegeben hat. Danach haben 66 Prozent von 2.750 befragten Schichtarbeitern über Schlafstörungen (bei anderen Arbeitern waren es 11 Prozent), 64 Prozent nervöse Störungen (bei Normalschichtarbeitern dagegen 25 Prozent), 34 Prozent haben gastritische Beschwerden (10,5 Prozent bei Normalschichtarbeitern), wobei etwa Magengeschwüre bei Schichtarbeitern achtmal so häufig auftreten wie bei anderen Arbeitern.

Diese Folgen der Drei-Schicht-Arbeit kennen natürlich auch die Bosse von HWB. Sie sind auch all den anderen Unternehmern bekannt, die in den letzten Jahren ihre Betriebe auf das Drei-Schicht-System umgestellt haben (die Zahl der Schichtarbeiter stieg von 2,2 Mio. im Jahre 1960 auf 3,6 Mio. im Jahre 1978). Aber was kümmert sie die Gesundheit der Arbeiter! Sie interessiert, daß auf diese Weise die Maschinen besser ausgelastet werden, also der Profit steigt.

Deshalb schrecken sie auch vor Drohungen und Erpessungen nicht zurück, um das Drei-Schicht-System in den Betrieben durchzusetzen. Der „Rote Gartenfelder" schreibt: „Empört sind die Kollegen vor allem über die erpresserischen Methoden, mit denen sie zur Nachtarbeit gezwungen werden. Da heißt es: ...aufgrund der Produktionssteigerung müssen Sie nachts arbeiten. Einverstanden? ... Und wenn nicht, dann wird gedroht, daß der Arbeitsplatz ‚anderweitig besetzt' werden muß... So erzwingen die Bosse das ‚Ja' zur Nachtarbeit. Und dann heißt es: ‚Das Einverständnis des Mitarbeiters liegt vor.'!"

Aber noch ist es beim Siemens-Bosch-Hausgeräte-Werk nicht so weit. Zwar hat die Mehrheit des Betriebsrats der Einführung der Nachtarbeit zugestimmt, die Kollegen aber nicht. Deshalb ruft der „Rote Gartenfelder" dazu auf, den Vorgesetzten einheitlich entgegenzutreten, wenn sie in die Abteilungen kommen, um sich die Zustimmung der Kollegen zur Nachtarbeit zu holen: „Wichtig ist, einheitlich aufzutreten. Einigkeit macht stark! Deshalb müssen wir uns in den Abteilungen absprechen. Lehnen fast alle die Nachtarbeit ab, ist es für die Vorgesetzten bzw. für die Kapitalisten schwerer, gegen alle vorzugehen als gegen einzelne. Lassen wir uns nicht einschüchtern! Einer für alle, alle für einen! Weg mit der Nachtarbeit im HWB!"

Demonstration der Klöcknerarbeiter in Bremen

DKP-Funktionäre verhinderten, daß mehr Kollegen mitmarschierten

Am Dienstag vergangener Woche demonstrierten in Bremen 400 Kollegen der Klöcknerhütte gegen die geplante Entlassung von 700 Stahlwerkern. Die Demonstration war auf Initiative klassenkämpferischer Stahlarbeiter zustandegekommen. Durch einen hinterhältigen Schachzug verhinderten reaktionäre Betriebsräte und DKP-Funktionäre, daß sich eine größere Zahl von Kollegen an dem Protestmarsch beteiligen konnten.

Am 14. September hatte bei Klöckner eine Vertrauensleute-Vollversammlung stattgefunden, auf der eine kämpferische Stimmung vorherrschte. Aus Abteilungen, in denen die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition aktiv arbeitet, wurden Protesterklärungen der Kollegen gegen die Rationalisierungs- und Entlassungspläne in die Versammlung getragen. So verlas ein revolutionärer Jugendvertreter eine Resolution, die von 20 Jugendlichen unterschrieben war. Darin wurde den von den Entlassungsplänen betroffenen Kollegen die Solidarität ausgesprochen. Außerdem wies die Resolution darauf hin, daß auch die Auszubildenden von der Arbeitsplatzvernichtung betroffen sind, weil sie dadurch befürchten müssen, nach ihrer Ausbildung entlassen zu werden. Die Jugendlichen brachten mit dieser Resolution zugleich ihre Opposition zu dem Versuch des Betriebsrats zum Ausdruck, den Kampf für die Erhaltung der Arbeitsplätze in ein Betteln um einen guten Sozialplan umzufälschen.

Auf Initiative eines revolutionären Vertrauensmanns nahm die Vollversammlung eine Entschließung an, die den kompromißlosen Kampf gegen die Entlassungspläne fordert und vom Betriebsrat verlangt, keiner Entlassung und keinen Überstunden mehr zuzustimmen. Ferner wurde auf Vorschlag dieses Kollegen der Beschluß gefaßt, im Anschluß an die Betriebsversammlung, die am 19. 9. angesetzt war, in der Bremer Innenstadt zu demonstrieren.

Zur Vorbereitung der Demonstration wurden in mehreren Abteilungen Transparente angefertigt: „Kein Abbau der vierten Schicht im Warmwalzwerk!", „35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!", „Sechs Stunden im Schichtbetrieb sind genug!". Die RGO brachte auf Vorschlag von Kollegen auch einen Aufruf zur Demonstration in türkischer Sprache heraus.

Entgegen dem Beschluß der Vertrauensleute, daß die Demonstration um 17 Uhr beginnen sollte, rief dann auf der Betriebsversammlung ein Betriebsrat plötzlich vorzeitig auf loszumarschieren. Und sofort formierte die DKP-Clique, die im Betriebsrat den Ton angibt, einen kleinen Zug, der unverzüglich losmarschierte. Die Konsequenz: ein großer Teil der Kollegen, die sich an der Demonstration beteiligen wollte, konnte nicht mitmarschieren, unter anderem auch die Angestellten, die stark mitbetroffen von den Entlassungsplänen sind. Nach der Demonstration protestierten Kollegen vom Hochofen mit einem Schreiben an die Leitung der Vertrauensleute gegen dieses hinterhältige Vorgehen.



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Eine „betriebliche Trainingsmaßnahme"

Ich war ca. neun Monate arbeitslos. Ich habe keine Berufsausbildung, und die Arbeit im Tiefbau, die ich vor meiner Arbeitslosigkeit hatte, konnte ich nicht weitermachen, weil ich ein Rückenleiden habe. Laut ärztlichem Gutachten darf ich nämlich nicht schwer heben, in keiner Zwangsstellung (z. B. dauernd gebückt) und nicht in Zugluft arbeiten.

So versuchte ich also, eine leichtere Arbeit zu bekommen; die Tatsache, daß ich neun Monate arbeitslos war, zeigt, daß dies nicht klappte. Außerdem versuchte ich, zum Schweißer umgeschult zu werden, denn ich habe bereits einmal einen Schweißerlehrgang gemacht. Der „Herr" auf dem Arbeitsamt meinte jedoch nur, daß mit Leuten wie mir, die keinen Hauptschulabschluß haben, Umschulungen nicht gemacht werden, denn die Durchfallquote sei zu hoch. Auch als ich ihm erklärte, daß ich bereits etwas von der Arbeit verstehen würde und eine Berufsausbildung die einzige Möglichkeit ist, meiner Familie und mir eine Existenzgrundlage zu geben, meinte er nur, er wolle sich mal um die Sache kümmern, ansonsten müsse ich eben warten.

Obwohl ich mich nicht auf die „Bemühungen" des Herrn vom Arbeitsamt verließ und selbständig nach Arbeit suchte, die ich gesundheitlich und körperlich durchhalten kann, klappte gar nichts. So lebten ich und meine Familie am Rande des Existenzminimums. Vom Arbeitsamt hörte ich lange Zeit nichts.

Plötzlich flatterte mir ein Wisch ins Haus, worin es hieß, ich solle eine „betriebliche Trainingsmaßnahme" mitmachen.

Wie aber sieht die aus. Sie hat nichts mit einer Umschulung zu tun, sondern ist ganz normale Arbeit in der Produktion am Fließband. Und der Klopfer: als „Belohnung" würde ich weiterhin meine Arbeitslosenhilfe plus 22 Prozent erhalten. Im Klartext heißt das: Mit drei Personen müßten wir von 700 DM im Monat leben (vom Sozialamt wären mir außerdem verschiedene Beträge gestrichen worden, so daß ich im Endeffekt weniger als vorher gehabt hätte). Falls ich auf das „großzügige Angebot" nicht einginge, drohte man mir, die Unterstützung für sechs Wochen zu sperren.

So wollte man mir also meine Arbeitslosigkeit beenden, weiterlernen durfte ich nicht, eine leichtere Arbeit bekam ich nicht, stattdessen verfiel ich einem Arbeitsdienst nach Hitlers Vorbild. Die einzigen, die daran verdienen, sind die Kapitalisten, denn sie bekommen Arbeitskräfte, die sie keinen Pfennig kosten. Die paar Pfennige, die ich bekommen hätte, kommen noch vom Arbeitsamt und somit von unseren Steuern.

Was ich schließlich machte? Na, was schon! Ich suchte mir wieder einen ganz normalen Hilfsarbeiterjob auf dem Bau. Ich weiß zwar, daß ich mich dadurch kaputt mache und, wenn ich die Stelle überhaupt behalte, in ca. fünf Jahren an Krücken gehe, aber was soll ich in diesem System sonst machen?

Ich glaube nicht, daß ich ein Einzelfall bin. Doch ändern wird sich das nur, wenn wir uns zusammen dagegen wehren.

Ein Leser des „Roten Morgen" aus Minden

Arbeitsamt Herford
Dienststelle [redacted]
Bundesanstalt für Arbeit

Arbeitsamts-Dienststelle [redacted] Neue [redacted]
Fernsprecher [redacted]
Nebenstelle [redacted]

Herrn
[redacted]

Datum und Zeichen Ihres Schreibens — Mein Zeichen
[redacted] [redacted]

Betreff
Förderung der Teilnahme an einer beruflichen Bildungsmaßnahme
hier: Teilnahme an einer betrieblichen Trainingsmaßnahme

Sehr geehrter Herr [redacted]

am [redacted] April 1978 habe ich mit Ihnen die Teilnahme an einer beruflichen Bildungsmaßnahme besprochen. Aufgrund der Gesamtsituation halte ich eine Teilnahme von Ihnen an der betrieblichen Trainingsmaßnahme bei der Fa. [redacted] in [redacted] ab [redacted] Mai 78 für notwending und arbeitsmarktlich zweckmäßig. Ich darf Sie daher bitten, sich am

Zum ersten Mal gestreikt!

In den Kleinbetrieben im Baubereich ist es schwer, eine gemeinsame Aktion zu machen. Die Kollegialität ist nicht so groß wie in anderen Betrieben. Die Arbeiter in der Belegschaft wechseln häufiger. Um so erfreulicher ist es, daß wir letzte Woche in unserem Dachdeckerbetrieb in Freiburg an einem Nachmittag die Arbeit verweigerten.

Die Arbeit ist bei uns körperlich sehr anstrengend, Feierabend haben wir oft erst eine Stunde später als vorgesehen. Akkord gibt es zwar keinen, faktisch arbeiten wir aber mit Hilfe eines Antreibers (Vorarbeiters) akkordmäßig, ohne dafür allerdings eine entsprechende Bezahlung zu bekommen.

Eben an diesem Antreiber, der uns am Montag wie Dreck behandelte, entzündete sich das Ganze. Nach der Mittagspause blieben wir einfach in der Wirtschaft sitzen. Ein Kollege rief den Chef an und stellte unseren Unwillen dar. Dieser schrie erst mal rum. Am nächsten Morgen tat er dasselbe. Dies ist Arbeitsverweigerung, sagte er und drohte mit der Kündigung. Die ganze Woche über war bei uns der Teufel los. Mit der Methode kam der Meister aber nicht an. So etwas hatte es vorher ja auch noch nie gegeben. Aber offensichtlich ging die Arbeit ohne uns nicht. So mußte der Chef uns Zugeständnisse machen und auf uns eingehen. Ab nächster Woche wird genauer Buch geführt über die Überstunden. Ich zum Beispiel bekomme noch Überstunden nachgezahlt.

Es war so wie ein Kollege am Montag in der Wirtschaft gesagt hat: „Ich finde es gut, daß wir wirklich zum erstenmal gemeinsam gehandelt haben."

Ein Genosse aus Freiburg

– GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS! –

Polizei in Eschborn:

Zwei Brüder bewußtlos geschlagen!

In zunehmendem Maße — ermuntert durch die neuen Polizeigesetze und die allgemeine Terroristenhatz — geht die Polizei dazu über, völlig willkürlich, ohne sich an irgendwelche Gesetze zu halten, die Bevölkerung zu terrorisieren. Ein neuer, unglaublich brutaler Fall wurde jetzt aus Eschborn bekannt. „Blitztip", Wochenblatt für kritische Verbraucher" aus Frankfurt, berichtete ausführlich über diesen Vorfall.

Aus bisher unbekannten Gründen betreten am 5.9. gegen 24 Uhr drei Polizeibeamte der Dienststelle Eschborn die Gaststätte „Plaka" in Niederhöchstadt. Hier treffen sich vorzugsweise die jüngeren Einwohner der näheren Umgebung. Einer der Polizisten streift im Vorbeigehen den 17jährigen Klaus Uhlemann. Gleich darauf erhält Klaus von dem Beamten einen harten Faustschlag auf den Mund, worauf er zu Boden geht, denn Klaus Uhlemann ist schon angetrunken. Sofort fesseln ihn die Polizisten. Klaus' Bruder Horst wendet sich an die Beamten und will sich vermittelnd einschalten, da erhält er aus etwa 50 Zentimeter Entfernung einen Schuß aus einer Tränengaspistole ins Gesicht.

Klaus Uhlemann wird in Handschellen vor die Tür geschleift und dort von allen drei Beamten verprügelt und getreten. Nachdem er zur Wache gebracht worden ist, schleift man ihn über den Boden, wodurch er sich auf dem Rücken starke Schürfwunden zuzieht, in die Zelle. Hier wird er weiter verprügelt, wodurch er am ganzen Körper starke Verletzungen davonträgt. Draußen vor der Wache steht inzwischen der durch das Tränengas stark angeschlagene Bruder Horst und ruft, man solle seinen jüngeren Bruder endlich in Frieden lassen. Da stürmen plötzlich sechs Polizisten heraus und, mit dem Ruf, „Da steht ja die Drecksau", halten ihn zwei Polizisten fest, während die anderen vier ihn bewußtlos schlagen. Dabei nehmen sie keine Rücksicht darauf, daß Horst Uhlemann, was ihnen bekannt ist, schwer körperverletzt ist. Während Horsts Freundin mit den Worten „Hau ab, du dumme Kuh" abgefertigt wird, wird Horst unter Prügeln in die Wache geschleppt. Auch hier wird der am Boden liegende Bewußtlose weiter mit Schlägen traktiert.

Der inzwischen alarmierte Vater verlangt, bei der Vernehmung des Minderjährigen dabei zu sein. Die Antwort: „Hier haben Sie überhaupt kein Recht, und wenn Sie noch ein bißchen machen, fliegen Sie hier raus!"

Nach der Entlassung begeben sich beide Brüder sofort in ärztliche Behandlung, wo ihnen in seitenlangen Attesten Verletzungen bescheinigt werden. Wie sich herausstellte, hatten die Polizisten das Ziel, die Gaststätte zu schließen, was inzwischen auch geschehen ist. Gleichzeitig wollten sie sich mit ihrer Provokation an den Brüdern Uhlemann rächen. Horst Uhlemann hatte bereits vor einiger Zeit durch seinen Rechtsbeistand Beschwerde gegen das Verhalten der Polizisten eingelegt, weil er von diesen permanent verfolgt und drangsaliert wurde.

Jetzt ließ Horst durch seinen Anwalt auch Anzeige gegen die Polizisten erstatten. Diese Anzeige liegt im Interesse aller Einwohner von Eschborn und Umgebung, die empört über die Vorfälle sind! Die Betroffenen sind nur gut beraten, wenn sie nicht auf die Anzeige und Justiz vertrauen. In bisher fast allen ähnlichen Fällen hat die Polizei vor Gericht Recht bekommen. Das wirksamste Mittel gegen den Eschborner Polizeiterror ist der Zusammenschluß der betroffenen Bevölkerung gegen diesen Terror!

Trotz schöner Worte aus Bonn:

Die Praxis des Radikalenerlasses wird verschärft!

Während in Bonn in letzter Zeit von der „Liberalisierung" des Radikalenerlasses geredet wird, zeigt die Wirklichkeit an deutschen Schulen, was von diesem Gerede zu halten ist. Bekannt wurde jetzt der Fall, in dem das schwäbische Regierungspräsidium der Lehrerin Christina Lichtwarck-Aschoff die Einstellung verweigerte. Die Art und Weise, wie hier vorgegangen worden ist, stellt eine weitere Verschärfung der Berufsverbotspraxis dar.

Die Lehrerin hatte 1975 ihre Zulassung zum Vorbereitungsdienst in mehreren Verfahren durchsetzen müssen. Ihr war damals zur Last gelegt worden, Anfang der siebziger Jahre an der Universität für die „Demokratische Front" kandidiert zu haben. Sowohl das Verwaltungsgericht Augsburg als auch der bayrische Verwaltungsgerichtshof hatten damals den Ablehnungsbescheid zurückgewiesen. Nach der Beendigung des Vorbereitungsdienstes beantragte die Pädagogin jetzt, gestützt auf diese Urteile, die Übernahme in das Lehramt. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

In der Begründung wird das Urteil des Verwaltungsgerichtshofes als fehlerhaft bezeichnet. Damit setzt man sich über den Richterspruch der höchsten Instanz einfach hinweg! Weiterhin wird angeführt, daß das untadelige Verhalten der Bewerberin während der Probezeit als Argument für die Einstellung nicht stichhaltig sei. Denn das würde nur dann eine Rolle spielen, „wenn der Bewerber völlig unvoreingenommen und ohne Kenntnis darüber, daß aufgrund seiner bisherigen politischen Aktivitäten Zweifel an seiner Verfassungstreue im Raum stehen könnten, seinen Vorbereitungsdienst abgeleistet hat". Mit anderen Worten, wenn man weiß, daß man beschattet wird, kann man während der Ausbildungszeit machen, was man will, man wird doch nicht übernommen!

An diesen Tatsachen muß man die Phrasen eines Willy Brandt — „Ich weiß, daß damit (Radikalenerlaß) viel Unsinn gemacht worden ist." — oder auch die neueste Propaganda der FDP, die ihr angeschlagenes Image aufbessern will, messen. Nach Ansicht des FDP-Fraktionschefs Mischnick sollte „nicht mehr automatisch beim Verfassungsschutz angefragt werden, sondern nur noch, wenn die Einstellung eines Bewerbers beabsichtigt und die Verfassungstreue nur noch letzte Voraussetzung sei". Dieser lächerliche Unterschied, den Mischnick hier macht, ist in Wirklichkeit gar keiner. Dem Bewerber kann es schließlich egal sein, ob seine Bewerbung an der „automatischen" Überprüfung oder an der Überprüfung „im Nachhinein" scheitert. **Der ganze Radikalenerlaß muß weg!**

Astrid Proll darf nicht ausgeliefert werden!

Astrid Proll befindet sich in England in Abschiebehaft! Das ist ein sicheres Zeichen, daß die britischen Behörden die Absicht haben, Astrid an den Bonner Staat auszuliefern, obwohl sie mit einem Engländer verheiratet ist. Durch ihren Rechtsanwalt ließ sie erklären, daß sie sich mit allen Mitteln dagegen zur Wehr setzen wird. Astrid Proll wird in der Bundesrepublik im Rahmen der allgemeinen „Terroristen"jagd gesucht, obwohl ihr der 1971 vorgeworfene „Mordversuch" an Polizisten genausowenig nachgewiesen werden konnte wie zum Beispiel Werner Hoppe. Er wurde dennoch verurteilt und in der fünfeinhalbjährigen Haftzeit bis an den Rand der physischen Vernichtung getrieben. Astrid Proll weiß, daß es ihr genauso ergehen wird, sollte sie nach „Stammheim-Deutschland" ausgeliefert werden.

In England hat Astrid große Sympathien. Alle, die mit ihr zu tun hatten, schildern sie als zuverlässigen und freundlichen Menschen. An ihrem Arbeitsplatz als Lehrlingsausbilderin genoß sie ein hohes Ansehen. Sie setzte sich für die Jugendlichen ein, und ihr Werkstattleiter lobte ihre pädagogischen und beruflichen Fähigkeiten. Neben ihrer Arbeit in der Autoreparaturwerkstatt besuchte Astrid nach Feierabend noch einen Schweißerlehrgang. Sie wollte sich eine neue Existenz aufbauen, unbehelligt von den Fahndungskommandos der deutschen Polizei.

Aber die deutschen Staatsschutzbehörden beschränken sich bei ihrer Menschenjagd keineswegs auf Westdeutschland. Sie strecken ihre Finger über die Grenzen aus und wirken in fremden Ländern, so als wären sie dort zu Hause. Unter den britischen Werktätigen wächst die Empörung über das anmaßende Treiben der westdeutschen Behörden. **Astrid Proll muß in England bleiben!**

„Nachsetzen, rausgreifen..."

Es war ein blutiges Wochenende. Mit brutaler Gewalt knüppelte am vorletzten Sonnabend und Sonntag die Polizei in verschiedenen Städten der Bundesrepublik auf antifaschistische Demonstranten ein (der RM berichtete darüber). Die Bilder in diesen Spalten stammen aus Mannheim. Sie zeigen, wie die Polizeitruppen den Befehl ihres Kommandanten — „Nachsetzen, rausgreifen, in Gewahrsam nehmen" — in die Tat umsetzten.



Berittene Polizisten knüppeln auf flüchtende NPD-Gegner ein.

Aber nicht nur zu Pferde, mit dem Knüppel und der chemischen Keule war die Polizei an diesem Wochenende aktiv. Da ist zum Beispiel von dem Polizeibeamten Jürgen Schützinger zu berichten. Er war an dem besagten Sonntag auch in Mannheim, sogar am Rosengarten, mitten im Zentrum der Schlacht um den Parteitag der NPD-Faschisten also. Dennoch griff Herr Schützinger nicht in das Geschehen ein, war er nur — allerdings interessierter — Zuschauer der Terroreinsatzes seiner Kollegen. Herr Schützinger hatte nämlich andere Aufgaben an diesem Tag: ist er doch der Boß der baden-württembergischen Nazis, deren Parteitag die Antifaschisten verhindern wollten. Sein Kommentar zum gelungenen Zusammenspiel zwischen SPD-Stadtrat und Länderpolizei, die für die „ordnungsgemäße" Durchführung des Parteitags sorgten: „Hier in Mannheim sind wir goldrichtig."

Überrascht werden diejenigen Mannheimer Antifaschisten sein, die nach den Ereignissen vom Wochenende einen Blick in die DKP-Presse, etwa die UZ, geworfen haben. Dort konnten sie nämlich erfahren, daß an ihrer Seite auch die SPD und die CDU standen. Des Rätsels Lösung: Wie das so Brauch ist, hatten sich die Herren gegen den Faschismus im allgemeinen ausgesprochen. Was sie natürlich nicht daran hinderte, am Sonntag dann die Antifaschisten niederknüppeln zu lassen. Aber die DKP hat eben Größeres im Auge: die begierig ersehnte Aktionseinheit mit den bürgerlichen Parteien, so wie sie von ihren italienischen Gesinnungsfreunden schon lange praktiziert wird.

Deshalb verschandelte sie die Spalten ihrer UZ auch nicht mit solch häßlichen Bildern, wie sie hier zu sehen sind, sondern empfahl sich ihren Wunschpartnern von SPD und CDU lieber mit der Parole: „Auch weiterhin gemeinsam gegen rechts."

Noch ein Letztes zur Polizei. Als am vorletzten Wochenende in Bünde die NPD ihren NRW-Parteitag unter dem Schutz der Polizei durchführte, setzte der DGB-Apparat als Redner auf einer abwieglerischen Kundgebung sinnigerweise einen Polizisten ein, einen Herrn von der Gewerkschaft der Polizei. So kann man sich die Aufgaben teilen. Der eine beschwört den Rechtsstaat und die Gewaltlosigkeit (natürlich die des Volkes), und die anderen Herren Kollegen sind unterdessen beim „Nachsetzen, Rausgreifen...". Ihre Gesinnung zeigte die Polizeigewerkschaft auch nach der Frankfurter Demonstration gegen den tausendfachen Mord des Schahregimes. Sie bekundete nämlich ihre Solidarität in der Weise, daß sie „die zuständigen Behörden" aufforderte, „gegenüber der CISNU alle gesetzlichen Möglichkeiten ... voll anzuwenden", indem sie — im Klartext — das Verbot der CISNU forderte.

So war es an jenem Wochenende mit der Polizei wie in der Geschichte vom Hasen und vom Igel. Sie war überall schon da, sei es als Gewerkschaftsbonze, als Nazichef oder als Knüppelgarde. Bleibt nur noch anzumerken, daß — wie man hören konnte — die antifaschistischen Demonstranten sich kräftig zur Wehr setzten und vor allem in Mannheim und Frankfurt manch einer der Schläger in Uniform seine verdiente Abreibung bekam.



Ein wehrloser Demonstrant wird von einem Polizisten aus nächster Nähe mit der „Chemischen Keule" (Kreis) beschossen und geblendet abgeführt.



Polizeizeuge im Antifaschistenprozeß:

Vom „Zeugenmacher" präpariert!

Immer skandalöser wird die Art und Weise, mit der im Hamburger Antifaschistenprozeß mit den Zeugenaussagen der beteiligten Polizisten manipuliert wird, um den angeklagten neun Antifaschisten den Prozeß zu machen. Aber auch der Kampf gegen diese Praktiken und die Empörung der Bevölkerung wachsen an. So bejammerte der Polizeizeuge Wilkens während seiner „Aussage", daß er jetzt überall als Polizeischerge dastehe und die Nachbarn ihn scheel ansehen würden (die Nachbarn des Herrn Wilkens hatten in ihren Briefkästen ein Flugblatt vorgefungen, das sie über dessen Rolle in dem Prozeß aufklärte)!

Zu der Verhandlung vom 11.9., die wieder im Staatsschutzsaal stattfand, ist Polizeizeuge Klünder extra eingeflogen worden, der inzwischen beim BKA arbeitet.

Es kann ihm nachgewiesen werden, daß er sofort, nachdem er auf dem Flughafen ankam, den „Zeugenbetreuer" Stöhlmacher aufgesucht hat.

Wie diese „Zeugenbetreuung" aussieht, enthüllte ein anderer Polizeizeuge in der Verhandlung am 19.9. Er platzte mit der Bemerkung heraus, daß ihm in dem „Betreuungsgespräch" gesagt worden sei, was er zu sagen hätte! Sofort verbesserte er sich: „Was mir erlaubt ist zu sagen." Dieser Zeuge weigerte sich dann auch, Aussagen darüber zu machen, wie er während des Polizeieinsatzes ausgerüstet war. Er berief sich dabei auf die vom „Zeugenvater Stöhlmacher" erteilte Aussagegenehmigung, die genau vorschreibt, was der Zeuge aussagen soll und was er nicht aussagen darf! Diese Verweigerung der Antwort auf die Frage nach der Ausrüstung ist einmalig! Der Beisitzer, Richter Meißner, war dem bedrängten Zeugen auch sofort zu Hilfe geeilt: „Diese Frage wird nicht zugelassen!" Auch der Staatsanwalt griff ein und beantragte, daß der Zeuge sich mit seiner Rechtsabteilung in Verbindung setzen dürfe. Mit anderen Worten: damit er sich absprechen kann! So offen wollte das Gericht aber nicht vorgehen. Deshalb lehnte es den Antrag ab und — vertagte die Verhandlung, was auf das gleiche hinausläuft!

Zu der nächsten Sitzung am 26.9. ist der Zeugenmacher Stöhlmacher nun höchstpersönlich eingeladen worden. Er soll ständig während der Verhandlung die Zeugen „betreuen"! Damit hofft man, die bisher so zahlreichen Pannen mit den Zeugen der Anklage vermeiden zu können. Immer mehr „gerät der Prozeß zum absurden Theater", wie die Anwälte der Angeklagten in einer Pressemitteilung feststellten. Gleichzeitig aber wächst die Solidarität mit den Angeklagten. Als in der Verhandlung vom 29.8. über hundert Zuschauer erschienen, fand das Gericht sogleich einen Vorwand, um die Öffentlichkeit auszuschließen!

Wenn es aber geglaubt hatte, dadurch die Angeklagten von der Öffentlichkeit isolieren zu können, hatte es sich getäuscht. Obwohl jede Woche ein Termin stattfindet, fanden sich zum Beispiel auf der letzten Verhandlung am 19.9. wieder über 40 Zuschauer ein. Unter ihnen auch mehrere, die zum ersten Mal gekommen waren, weil sie durch ein Flugblatt der „Front gegen Reaktion und Faschismus" auf diesen Prozeß aufmerksam gemacht worden waren. Die Öffentlichkeitsarbeit der „Front" und die Geldsammlungen der Roten Hilfe Deutschlands hatten Erfolg! Über zwanzig Kollegen, die bisher nichts von dem Prozeß wußten, wandten sich schriftlich oder telefonisch an die Angeklagten und bekundeten ihre Solidarität! Diese Solidarität macht es der Justiz immer schwerer, in diesem Prozeß ihr Ziel zu erreichen.



Mit gebrochemem Nasenbein wird der Arbeiter Wolfgang Kochan, der heute vor Gericht steht, aus dem Polizeiwagen gebracht.

Veranstaltung der

FRONT GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS

für die Angeklagten im Hamburger Antifaschistenprozeß: am 30.9.78, um 20 Uhr, in der „Jarrestadt", Jarrestraße, Hamburg-Barmbeck. Programm:

- **Ein Rechtsanwalt spricht**
- **Eine Gerichtsszene wird gespielt**
- **Weitere Prozeßberichte**
- **Der Film „Unternehmen Teutonenschwert" wird gezeigt**

Gegen die Verschleppungstaktik der Bonner Justiz:

Keine Schonung für die Naziverbrecher!

Seit dem 11. 9. steht in Köln der ehemalige SS-Hauptscharführer Walter Knop vor Gericht. Knop, der seit 1944 Leiter des KZs Gassen bei Cottbus war, wird zur Last gelegt, allein oder mit anderen mindestens 159 polnische und sowjetische Häftlinge ermordet zu haben. 1945, als die sowjetische Rote Armee immer näher rückte, ist Knop zusammen mit einem Oberscharführer aufgebrochen, um 200 französische, italienische, polnische, tschechische und sowjetische KZ-Häftlinge ins KZ Buchenwald zu bringen.

Daß von den 200 Häftlingen nur 41 ankamen, kann sich Knop angeblich nicht erklären. Diese Behauptung ist eine Provokation angesichts dessen, was zahlreiche Zeugen berichten können. Danach hat Knop zusammen mit seinem Kumpan jeden Gefangenen, der nicht das von ihnen bestimmte Tempo mithalten konnte, kaltblütig erschossen oder auf andere Weise umgebracht. So wurde berichtet, daß zwei völlig erschöpfte Gefangene, die zusammengebrochen waren, von scharf abgerichteten Schäferhunden zu Tode gebissen wurden. Knop, der sich nach eigenen Angaben den Ruf eines „Fachmannes" für den Aufbau von Arbeitslagern erworben hatte, konnte sich natürlich auch nicht mehr an den Namen seines Kumpans erinnern.

Man hat sich ja auch genügend Zeit gelassen, um die Chance des „Vergessens" zu erhöhen. Vier Jahre lang wurde ermittelt, bevor man Anklage erhob, und dann dauerte es noch einmal vier Jahre, bevor der erste Verhandlungstermin auf den 14. August 1978 festgesetzt wurde. Und der konnte dann noch nicht einmal stattfinden, denn der Herr Knop war verhandlungsunfähig — wegen eines Magen- und Darmleidens!

Und wenn jetzt die 28 Zeugen aus Polen, der Tschechoslowakei und Österreich kommen um auszusagen, werden sie sich darauf einstellen müssen, nach den bewährten Methoden der Bonner Strafjustiz in Naziprozessen verhöhnt, beleidigt und unglaubwürdig gemacht zu werden. Das Ausmaß der Beleidigung und der Verharmlosung der Leiden der KZ-Häftlinge, zum Beispiel im noch laufenden Maydanek-Prozeß, war derart, daß sich selbst der Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken einen Protest dagegen abrang, aus Sorge um das Ansehen der Bundesrepublik und ihrer „rechtsstaatlichen Politik der Wiedergutmachung"!

Diese Taktik des Bonner Staates, die darauf hinausläuft, durch Sabotage an der Strafverfolgung die Naziverbrecher eines Tages zu rehabilitieren, muß von allen Menschen, die ein neues '33 verhindern wollen, durchkreuzt werden. Ein Schritt dazu ist, daß man die Gerichtssäle, in denen Naziprozesse stattfinden, nicht dem braunen Gesindel und den Richtern überlassen darf. Man sollte jede Gelegenheit nutzen, damit diese skandalöse Strafpraxis die notwendige Öffentlichkeit erhält und in jedem konkreten Fall Druck hinter die Forderung nach strenger Bestrafung der Naziverbrecher gesetzt wird. Möglichkeiten dazu gibt es genug:

- So läuft seit dem 18.9. in Bielefeld ein Prozeß, bei dem es um die Ermordung von mindestens 9.000 Juden geht. Dieser Prozeß ist von vornherein auf eine Dauer von über einem Jahr festgelegt worden. Mehr als sechzig Zeugen sind geladen.
- Seit dem 15.9. muß sich in Hannover der ehemalige „Kapo" im KZ Maydanek, Karl Johann Galka, verantworten, dem vorgeworfen wird, 21 Gefangene des Konzentrationslagers gehenkt, erdrosselt, erschlagen oder ertränkt zu haben.
- Am 28.9. beginnt in Bochum ein Prozeß, bei dem die Verantwortlichen für 7.000 ermordete Juden angeklagt sind.

In einer Zeit, wo die CDU/CSU-Bundestagsfraktion offen die Verjährung der NS-Verbrechen fordert, wo ein „linker" Demagoge wie Willy Brandt die Maske fallen läßt und auch für Verjährung eintritt, müssen sich alle Antifaschisten zusammenschließen und auf der strengen Bestrafung der Nazimörder bestehen. Denn nur diese unnachgiebige Haltung kann den Bonner Parteien den Weg verlegen bei ihrer Absicht, den Nazismus zu rehabilitieren, faschistisches Gedankengut wiederaufzuwerten und ein neues '33 vorzubereiten!

Demonstration gegen den Schah

Am 16.9. fand in Westberlin eine Demonstration gegen den Faschismus im Iran statt, die auch von der KPD/ML unterstützt wurde. In provokatorischer Weise machte die Polizei die Auflage, daß der Schah nicht als Mörder bezeichnet werden dürfe. Als der Redner der Demonstration diese Auflage bekannt machte, schallte es aus etwa 700 Kehlen: „Schah — Mörder! Schah — Mörder!" Die Polizei wagte nicht einzugreifen.

Erst nach der Demonstration griff sie sich in einem Überfall den Redner. Da andere Demonstranten ihren Genossen mutig zu befreien suchten, schlugen die Polizisten brutal um sich und nahmen vier Genossen fest. Daraufhin legten sich Demonstranten vor das Fahrzeug, das die Gefangenen abtransportieren sollte. Wieder gingen die Polizisten mit einem brutalen Knüppeleinsatz vor und hauten so die Straße frei.

Ein Autofahrer, der dies alles beobachtet hatte, scherte — vor Empörung über die Brutalität der Polizei — aus der Mittelspur aus und fuhr auf die rechte Spur, genau vor den Polizeiwagen, der gerade losfahren wollte und nun wieder halten mußte. Diese Solidaritätsbekundung war eine von vielen unter der anwesenden Bevölkerung!

Polizist schlug Rentner nieder

BREMEN

Einem 74jährigen Rentner versetzte ein Polizeibeamter mehrere Schläge mit dem Gummiknüppel über den Kopf, als kürzlich in Osterholz-Tenever die Polizei zur Schlichtung einer Mieterstreitigkeit gerufen wurde. Der Rentner erstattete Anzeige, und der betreffende Polizist wurde vorläufig vom Dienst beurlaubt, „aber nicht wegen dieser Vorwürfe", wie das Stadt- und Polizeiamt verlauten ließ. Die Mieter werden bestimmt nicht mehr den Fehler machen, die Polizei zu holen, wenn sie Streitigkeiten haben!

Eine bodenlose Unverschämtheit

Die Angeklagten im Grohnde-Prozeß erhielten jetzt ein Schreiben der Bezirksregierung Hannover. In diesem Schreiben heißt es:

„Am 19. 3. 1977 ist es anläßlich einer Demonstration gegen den Bau des Kernkraftwerkes in Grohnde zu Gewalttätigkeiten gekommen. Dabei sind zahlreiche der zum Schutz der Demonstration und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eingesetzten Beamten der Polizei und des Bundesgrenzschutzes verletzt worden. Außerdem entstand erheblicher Sachschaden. An diesen Gewalttätigkeiten haben Sie sich beteiligt... Der gesamte Schaden beträgt 233.926,09 DM. Davon entfallen auf Heilbehandlungskosten 12.888,57 DM, Dienstbezüge der verletzten Beamten während der Dienstunfähigkeit 97.341,89 DM, Beschädigung und Verlust von Polizeimaterial 123.695,63 DM.

Für diesen Schaden haften Sie... Ich fordere Sie auf, ... zunächst einen Teilbetrag in Höhe von 12.995,89 DM an die Regierungskasse Hannover ... zu überweisen..."

Diese Unverschämtheit leistete sich die Behörde sogar bei dem im Grohnde-Prozeß freigesprochenen (!) Klaus-Werner Hahn. Mit diesen brutalen Methoden soll der Kampf gegen den Bau von Kernkraftwerken erstickt werden. Diese Forderungen müssen vom Tisch!

Bei der letzten Verhandlung im Grohnde-Prozeß am 21.9. wurden wiederum 90 Zuschauer durch prügelnde Polizisten und mit Chemical Mace aus dem Gerichtssaal getrieben!

Hausdurchsuchung in Westberlin

Am 17. 9. stürmte die Polizei mehrere Wohnungen in Westberlin und nahm Hausdurchsuchungen vor. Der Einsatz richtete sich gegen Personen, die presserechtlich verantwortlich für das „Bug-Info" waren und gegen die Druckerei „Kontrast", die verschiedene Nummern des „Bug-Info" gedruckt hatte. Insgesamt wurden 18 Personen festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Drei davon auf offener Straße und mit vorgehaltener MP.

In der Begründung heißt es, daß die Gesamtheit der Beiträge des „Bug-Infos" darauf ausgerichtet gewesen sei, „bestehende psychologische Hemmungen gegen terroristische Vereinigungen abzubauen". Das bedeutet nichts anderes, als daß jede Zeitung, die die „Terroristen"hysterie nicht mitmacht, sich der Unterstützung „terroristischer Vereinigungen" schuldig macht!

Mit Stahlkugeln gegen Antifaschisten

Wieder einmal rotteten sich am Sonnabend in Hamburg die Faschisten zusammen. In schwarzen Uniformen stolzierten sie bei einer Hetzkundgebung herum, um es allen zu zeigen: seht her, hier marschiert die neue SS. Und brutal wie ihre Vorbilder gingen sie gegen eine Gruppe von Antifaschisten vor, die mit Sprechchören und Trillerpfeifen ihre Hetztiraden störte. So beschossen sie einen der Antifaschisten aus einer Entfernung von nur drei Metern mit einer Stahlkugel. Einen anderen verletzten sie erheblich im Gesicht.

Und die Polizei? Die stand dabei und sah sich das alles ruhig an. Ja, sie weigerten sich sogar, den von der Stahlkugel getroffenen Genossen abzutransportieren, obwohl sie einen Polizeikrankenwagen dabei hatten. Aber der war wohl auch für etwaige verletzte Faschisten reserviert.

Bei den Menschen, die sich dieses Zusammenspiel zwischen Polizei und Nazis ansehen mußten, herrschte helle Empörung. „So etwas muß man an die Öffentlichkeit bringen", sagte ein Hamburgbesucher aus Holland. „Das glaubt einem ja keiner, was hier in Deutschland schon alles wieder passiert." Und ein älterer Kollege, der den Terror des Hitlerregimes am eigenen Leib erfahren hatte, rief in höchster Erregung aus: „Diese Banditen! Da müßte man doch mit der MP reinhalten!"

Erneute Verhandlung gegen Anti-Schah-Demonstranten

Am 26.9. beginnt in Westberlin die Berufungsverhandlung gegen Werner A., Fritz M. und Josef K., die bereits zu 18 bzw. 12 Monaten Haft mit Bewährung verurteilt worden sind. Ihnen wird zur Last gelegt, bei einer Demonstration gegen eine pompöse Feier faschistischer iranischer SAVAK-Agenten die „Polizei überfallen zu haben"! In Wirklichkeit war es umgekehrt!

Dem Staatsanwalt paßt nun die „Bewährung" an dem Urteil nicht. Deshalb werden die Genossen erneut vor Gericht gezerrt. Aber auch die Angeklagten haben Berufung eingelegt.

Auf einer Solidaritätsveranstaltung der RHD, zu der etwa 200 Personen kamen, wurden schon jetzt 500 DM an Spenden gesammelt. Freispruch für die Angeklagten! Kommt zu den Verhandlungsterminen am 26. 9./3. 10./10. 10./17. 10. ins Landgericht Moabit, Turmstraße, Saal 501, jeweils um 9 Uhr!

So wird den Urlaubern das Geld aus der Tasche gezogen

Volkskorrespondenz aus Bochum

Im „Roten Morgen" Nr. 37 beschreibt ihr, wie Urlauber in italienischen und griechischen Hafenstädten von Touristikunternehmern geprellt wurden. Ich meine, daß bei einer solchen Aufzählung die DBR selber nicht fehlen dürfte. Vielleicht läuft das bei uns weniger über „Pannen", ist aber trotzdem ein ausgeklügeltes Geschäft mit dem Urlaubsbedürfnis des Volkes.

Ich war dieses Jahr zum Beispiel in Garmisch-Partenkirchen. Weil wir bei Verwandten wohnen konnten, dachten wir — gut, dann wird es wohl nicht so teuer. Denkste! Um in das landschaftlich sehr schöne Hinterrißtal zu fahren, muß man — um überhaupt hinzukommen — Maut (Straßengeld) bezahlen (die Straße ist Privatstraße!). Auf halber Talfahrt — wieder Geld zücken — wieder Maut.

Eine Seil- bzw. Zahnradfahrt zur Zugspitze ist für eine Familie mit zwei Kindern schon fast unerschwinglich — pro Person 30 Mark. Und im Ort selber schröpfen einen die Geschäftsleute weiter. Als ich und mein Freund auf einem Terassenrestaurant jeder ein Eis mit Sahne bestellten (drei kleine Bällchen) mußten wir acht Mark blechen.

Es ist hier — ähnlich wie in den südländischen Touristenzentren — so, daß für die werktätigen Garmischer die Lebenshaltungskosten höher sind als bei uns im Ruhrgebiet, während die Löhne unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Und die Geschäftsleute machen den dicken Reibach — auf dem Rücken der Arbeiter und aus den Geldbeuteln der Urlauber.

Leserbriefe

Redaktion „Roter Morgen" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

„Folkszene"

In unserem Artikel über die erste LP der „Elbspeelers" („Da gewöhn' wir uns wohl dran!" — RM Nr. 36) hatten wir folgenden Ausspruch der Elbspeelers zustimmend zitiert: „Von der sogenannten Folkszene grenzen wir uns ganz klar ab. Diese Folkgruppen sind doch auf einem richtigen Nostalgietrip. Wir finden's ja gut, wenn Gruppen alte deutsche Volkslieder spielen. Bloß — nur vom lustigen Wanderburschen und der Frau Müller singen, nee, das ist bei uns nicht drin. Politisch neutral sind wir auch nicht..." Hauptsächlich zu dieser Passage des Artikels erreichten uns zwei kritische Briefe:

Eine Genossin aus Kiel schreibt: „...In meinen Augen wirkt das doch etwas arrogant den anderen Gruppen gegenüber. Auch wenn diese sich politisch nicht so äußern wie die ‚Elbspeelers', so muß man sich doch trotzdem mit ihnen auseinandersetzen. Ich finde es falsch, wenn gesagt wird, mit denen haben wir nichts zu kriegen, die singen ja nur Wanderlieder. Es ist doch auch wichtig für uns, sich in solchen Bereichen zu verankern. Ich meine, daß die ‚Elbspeelers' da mal etwas kritischer rangehen sollten, und eventuell gewinnt man auch aus der sogenannten Folkszene Menschen, die auf diesem Gebiet den Kampf aufnehmen. Auch hier ist doch die Parole der Partei ‚Tiefer in die Massen' anzuwenden — oder nicht?"

Ein Genosse aus Frankfurt schreibt uns: „Schlecht fand ich auch die sogenannte Abgrenzung gegen die Folkgruppen. Erstens wurde sie, meiner Meinung nach, inhaltlich nicht genug begründet, und zweitens sieht das so aus, als wäre alles außer den ‚Elbspeelers' schlecht."

Die Genossen haben recht. Man kann die Folkszene so pauschal, wie es in dem Artikel geschehen ist, nicht abtun. Viele Folkgruppen und Folksänger bringen schon seit Jahren gute und fortschrittliche Lieder. Sie haben dadurch eine gewisse Tradition geschaffen, auf der nicht zuletzt auch die „Elbspeelers" aufbauen konnten.

Die von uns zitierte Äußerung der „Elbspeelers" sollte sich polemisch gegen die in der Folkszene stark auftretende Tendenz richten, sich aus den Auseinandersetzungen der Gegenwart in eine idyllisch verklärte Vergangenheit zurückzuziehen. Sie sollte, obwohl sie so verstanden werden muß, kein Angriff auf die gesamte Folkszene mit ihren fortschrittlichen Bestrebungen sein. Denn von diesen wollen sich die „Elbspeelers" nicht abgrenzen und abkapseln — im Gegenteil! Das haben uns die „Elbspeelers" auf Anfrage noch einmal ausdrücklich bestätigt.

Der Genosse aus Frankfurt schreibt außerdem, daß nicht — wie wir schrieben — die „Elbspeelers" das Lied „Min Vaterland" ausgegraben hätten, sondern die Volksliedergruppe „Moin". Das ist richtig, und wir möchten hiermit unsere fehlerhafte Darstellung korrigieren.

Das AKW in Esenshamm nimmt den Betrieb auf

Für das Gericht ein Restrisiko: atomverseuchte Wesermarsch!

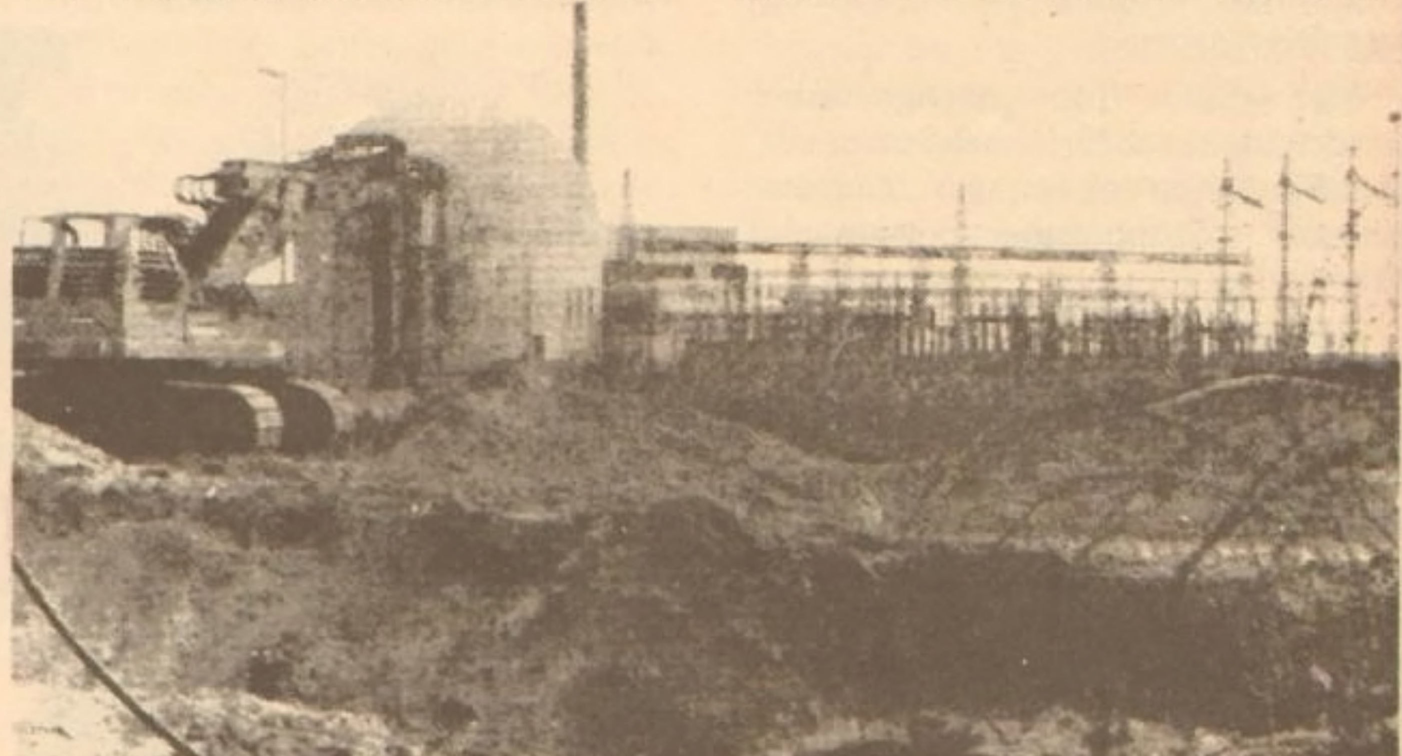
Volkskorrespondenz aus Bremen

Am 15.9.78 hat das Verwaltungsgericht Oldenburg alle Klagen gegen die Inbetriebnahme des AKWs Esenshamm abgewiesen. Der Betrieb ist freigegeben. Der erste Atomstrom aus der Wesermarsch wird ab Anfang Oktober fließen, der Vollastbetrieb beginnt ein halbes Jahr später. Die Menschen der Wesermarsch, Bremerhavens, Oldenburgs bis hin nach Bremen sollen dann mit dem tödlichen Atomrisiko im Nacken leben.

„Ein Restrisiko" nennt es das Gericht. Und zwar ein Restrisiko, das bei der Verabschiedung des Atomgesetzes voll kalkuliert worden sei. Natürlich kennen die Herren Gesetzgeber, diese Handlanger der Großindustrie, die Risiken von Atomkraftwerken — wer würde sie heute noch bestreiten? Doch ebenso natürlich kennen die Gesetzgeber ihren Auftrag: Profite sichern und nochmal Profite sichern, koste es, was es wolle! Und wenn der Preis wie beim Atomstrom so offenkundig ist, dann muß man eben auch ihn gesetzlich verankern: Restrisiko heißt dann die ständige Belastung von Mensch, Tier und Umwelt, die der Normalbetrieb eines Atomkraftwerkes mit sich bringt. Restrisiko heißt dann die tödliche Gefahr eines Unfalls.

Das Oldenburger Gericht stellte fest, die Kläger hätten nicht nachweisen können, daß ihr Leben durch den Betrieb des Atommeilers bedroht sei, auch durch einen Störfall seien die Kläger in ihren Rechten nicht betroffen, und mit dem Restrisiko müßten sie eben leben. Die Urteilsbegründung entspricht dem Gesetz, so wie es von den Monopolherren in Auftrag gegeben worden ist. Restrisiko — damit kann jede Klage gegen ein Atomkraftwerk zurückgewiesen werden. Restrisiko — das zeigt uns wieder einmal, wessen Interessen die Gesetze vertreten. Wir werden mit diesen Gesetzen nie unser Recht bekommen. Das müssen wir uns erkämpfen!

Die Bürgerinitiativen schreiben in einem Flugblatt zu dem Unfall: „Der juristische Kampf gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Esenshamm hat mit einer Niederlage geendet. Sechs Jahre ist es her, seit dieser Prozeß von der BAK angestrengt worden ist. Es sollte uns allen klargeworden sein, daß man sich auf die Rechtsprechung der Gerichte nicht mehr verlassen sollte..." Und weiter heißt es: „Der praktische Widerstand gegen Esenshamm ist viel zu sehr vernachlässigt worden, weil wir zu sehr auf einen Prozeßausgang zu unseren Gunsten gehofft haben." Diese Lehren müssen unseren weiteren Kampf gegen die Atomkraftwerke bestimmen.



Nachdem am 31. Juli 1977 2.000 Menschen gegen das AKW Esenshamm demonstriert hatten, wurde um das Kraftwerk ein fünf Meter breiter Wassergraben ausgehoben, rundum wurde ein NATO-Draht ausgelegt. Parallel zum Wassergraben wurde eine befestigte Straße mit Wendeschleifen für Wasserwerfer angelegt.

Katholikentag: Falsche Hoffnung — trügerische Zukunft

Volkskorrespondenz aus Freiburg

„Ich will euch Zukunft und Hoffnung geben." Unter diesem Motto fanden sich die Teilnehmer des Katholikentags in Freiburg zusammen. 10.000 von ihnen waren Jugendliche, fast ausschließlich Schüler und Studenten. Deutlich wurde die enge Verquickung von Staat und Kirche demonstriert. Angefangen bei Helmut Schmidt waren reihenweise die bürgerlichen Politiker angereist, um hier ihre Reden zu schwingen. Die Polizei — zum Schutz der Besucher in den Freiburger Schulen einquartiert (die Schüler durften dafür zum Katholikentag) — löste ein Straßentheater auf, das der Bevölkerung die Verbrechen der Kirche vor Augen führen wollte. Es soll die religiösen Gefühle der Zuschauer verletzt haben.

Und was gab's in den Veranstaltungen zu hören? Da war zum Beispiel die Rede von „radikaler Umgestaltung", und man konnte erfahren, daß damit der „freiwillige Verzicht auf Lebenssicherung" gemeint war. Da wurde die „Apokalypse (Weltende) von Rüstunswahn, Terror, Umweltvernichtung und Atombedrohung" beschworen. Und als einzige Alternative dazu wurde empfohlen, „eine aus dem messianischen (erlösenden) Christentum entspringende Mobilisierung der Moralreserven".

Oder weiter: Die Zukunft könne nur dann eine Chance haben, wenn „dem Geist auch Raum gegeben wird, seine Freiheit zu entfalten und damit auch die Menschen freizumachen". Außerdem müsse das „Gewissen geschärft werden", zum Beispiel gegenüber der „Dritten Welt" usw. usf. Angesichts der Probleme also, die nicht mehr geleugnet werden können, empfiehlt man eine neue „Innerlichkeit". Das wird der Jugend geboten. Angesichts der sich verschlechternden Lebensbedingungen spricht man vom freiwilligen Verzicht und von den Moralreserven. Viele der Jugendlichen, die hier anwesend waren, werden sich für solche Empfehlungen bedankt haben.

Ich selbst mußte mir unterwegs solche Dinge anhören wie: ich müßte mit meinem Kind frühzeitig beten, sonst würde es früh anfangen zu stehlen. Was ich hier gehört habe, war eine Bestätigung von dem, was die Partei in ihrem Flugblatt mit der Überschrift „Religion ist Opium fürs Volk" geschrieben hat. Bei den Teilnehmern des Katholikentags hat dieses Flugblatt für einige Aufregung gesorgt, viele Freiburger Bürger hingegen freuten sich darüber.

Die Gewerkschaft aber ließ sich von der kritischen Stimmung, die hier bei vielen Werktätigen gegenüber dem Katholikentag herrschte, nicht anstecken. Vor dem Büro der ÖTV hing jedenfalls ein Schild: „Gemeinsam in der Kirche — gemeinsam in der ÖTV."

Veranstaltungen

Essen: am 1.10., um 11 Uhr, Veranstaltung mit der Arbeitertheatergruppe „Rotes Sprachrohr" und den „Elbspeelers" aus Hamburg im Bürgerhaus, Essen-Kray, Meistersingerstraße 50

Veranstaltung der „Front gegen Reaktion und Faschismus" zur Unterstützung der Angeklagten im Hamburger Antifaschistenprozeß: Hamburg, 30.9.78, 20 Uhr, Gaststätte Jarrestadt.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Spendenkampagne zum 10. Jahrestag der Gründung der KPD/ML

In der vergangenen Woche gingen folgende Spenden auf die Konten der KPD/ML ein:

I. Spenden anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung des KPD/ML

18.9.	C. B., Hamburg	100 DM
18.9.	Kunden des Buchladens RM Köln	200 DM
18.9.	W. H., Augsburg	50 DM
18.9.	D. F., Benningen	10 DM
18.9.	W. K., Duisburg	100 DM
18.9.	K. H. K., Worms	10 DM
18.9.	W. M., Nördlingen	100 DM
18.9.	L. A. R., Iserlohn	30 DM
18.9.	R. L., Idar-Oberstein	10 DM
18.9.	W. W., Roßtal	20 DM
18.9.	D. V., Bochum	300 DM
18.9.	R. L., St. Augustin	30 DM
18.9.	P. M., Kassel	200 DM
18.9.	Kunden des Buchladens RM Stuttgart	150 DM
19.9.	Stadtteilzelle Bochum-Laer	300 DM
19.9.	P. L., Flensburg	20 DM
19.9.	A. K., Mannheim	30 DM
19.9.	B. W., Michelstadt	20 DM
19.9.	R. Sch., Schaafheim	10 DM
20.9.	A. Sch., Bremen	260 DM
20.9.	H. M., Dortmund	30 DM
20.9.	R. B., Köln	500 DM
20.9.	G. K., Uetersen	5 DM
20.9.	H. B., Berlin	30 DM
20.9.	U. M., Berlin	50 DM
21.9.	Genossen aus Heilbronn und Pfedelbach	30 DM
21.9.	A. K., Hamburg	50 DM
22.9.	C. St., München	300 DM
22.9.	B. K., Essen	540 DM
22.9.	J. W., Köln	100 DM
22.9.	R. H., Wiesbaden	50 DM
22.9.	E. D., Ostfildernz	20 DM
	gesamt	3.655 DM

II. Spenden für die Rote Garde

Kunden des Buchladens RM Stuttgart	210 DM

Damit gingen bisher für die Spendenkampagne anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung der KPD/ML 9.269,93 DM an Spenden bei uns ein. Wir danken allen Freunden und Genossen herzlichst für ihre Spenden.

100.000 DM für die KPD/ML

Spendet auf die Konten der KPD/ML:

Postscheckamt Dortmund Ko.-Nr.: 6420-467

Stadtsparkasse Dortmund Ko.-Nr.: 321004547

Stichwort: 10 Jahre KPD/ML

SEPTEMBER IM BILD



Karlsruhe. Gegen die zunehmende Antreiberei, die Einführung von Spät- und Nachtschichten an Samstagen und die Streichungen von Sozialleistungen traten die Arbeiter von Michelin in einem militanten, selbständigen Streik, der vier Tage dauerte.



Auch in anderen Städten schlossen sich Antifaschisten gegen die immer frecher auftretenden braunen Banden zusammen. Hier ein Bild von einer Protestkundgebung in Oberhausen.



Peine/Ilsede. Die Bosse der Salzgitter AG wollen das Hochofenwerk Ilsede stillegen. Gegen diesen Angriff auf ihre Arbeitsplätze führten die Kollegen des Stahlwerks verschiedene Kampfaktionen durch.



Über 200.000 NATO-Soldaten übten bei den Herbstmanövern für den imperialistischen Raubkrieg. Unfälle — wie hier beim Manöver „Bold Guard" — und schwere Flurschäden waren an der Tagesordnung.



Westberlin. Hier und in mehreren Städten des Bundesgebietes fanden Demonstrationen gegen die blutigen Massaker des faschistischen Schahregimes statt.



In vielen Orten fanden auch in diesem Jahr Kundgebungen und Veranstaltungen zum Roten Antikriegstag statt. Hier eine Kundgebung in Düsseldorf.



Mannheim. Tausende von Antifaschisten demonstrierten gegen einen provokatorischen Landesparteitag der faschistischen NPD. Die Polizei schützte das Nazitreffen mit einem brutalen Knüppeleinsatz gegen die Demonstranten.

Auszüge aus dem Referat des Genossen Ernst Aust vor dem ZK der KPD/ML

„Propaganda"- oder Kampfpartei? Kampf dem ultralinken Sektierertum!

Der III. Parteitag der KPD/ML hat die Aufgabe gestellt, sich tiefer in den Massen, vor allem in der Arbeiterklasse, zu verankern. Bereits seit längerer Zeit wird in der Partei darüber diskutiert, daß wir dieses Ziel nur erreichen können, wenn wir bestimmte sektiererische Haltungen der Vergangenheit überwinden. Und zu verschiedenen Fragen vertritt unsere Partei heute auch eine andere Ansicht als früher, wie regelmäßige Leser des „Roten Morgen" sicher festgestellt haben werden. Auf dem 5. Plenum des ZK der KPD/ML nach dem III. Parteitag hielt Genosse Ernst Aust, der Vorsitzende unserer Partei, nun ein Grundsatzreferat mit dem Titel: „Propaganda"- oder Kampfpartei? — Kampf dem ultralinken Sektierertum! , das mit diesen Fehlern grundsätzlich abrechnet.

Dieses Referat, das die sektiererischen Abweichungen in der Arbeit der Partei analysiert und den Weg zur Korrektur dieser Fehler weist, wurde nach eingehender Diskussion vom Zentralkomitee als Ausrichtung für die Partei beschlossen und wird gegenwärtig in den Grundeinheiten der Partei diskutiert. Wir drucken im folgenden Auszüge aus diesem Referat ab. Wobei es uns besonders wichtig schien, unseren Lesern mit den Ausführungen des Genossen Ernst Aust über die Bedeutung des Kampfes um Reformen bekanntzumachen, weil der „Rote Morgen" hierzu lange Zeit eine falsche Haltung eingenommen und propagiert hat.

Zu Beginn seines Referats gab Genosse Ernst Aust einen kurzen Ausblick auf die in den nächsten Jahren zu erwartende Verschärfung des Klassenkampfes in unserem Land. Anschließend untersuchte er die Anforderungen, die die Partei erfüllen muß, will sie in einer revolutionären Situation in der Lage sein, die Arbeiterklasse und die Volksmassen zum Sieg in der sozialistischen Revolution zu führen. Das sind vor allem zwei grundlegende Anforderungen:

1. **Die Partei muß über eine klare, revolutionäre marxistisch-leninistische Linie verfügen.**
2. **Die Partei muß nicht nur die Vorhut des Proletariats für den Kommunismus gewonnen haben, sondern darüber hinaus tief in den Massen verankert sein, vor allem im Proletariat, aber auch in den Bündnisschichten.**

Wie erfüllt unsere Partei diese Anforderungen? Genosse Ernst Aust sagte dazu:

„Es ist wichtig, bei der Beantwortung dieser Frage absolut selbstkritisch vorzugehen. Alles andere wäre verantwortungslos gegenüber der Arbeiterklasse, den Werktätigen. Kommen wir zu der ersten Forderung, daß die Partei über eine revolutionäre marxistisch-leninistische Linie verfügen und entsprechend den marxistisch-leninistischen Prinzipien aufgebaut sein muß.

Hierzu können wir feststellen, daß mit dem III. Parteitag, mit der Verabschiedung des Programms der Partei, die Linie der Partei im wesentlichen festgelegt und ausgearbeitet ist, daß die Partei nicht nur über eine revolutionäre Linie verfügt, sondern daß auch tatsächlich auf dieser revolutionären Linie die Einheit der Partei basiert. Wohlgemerkt: Die Verteidigung der revolutionären Linie und des revolutionären Charakters unserer Partei ist eine Aufgabe, die immer vor der ganzen Partei stehen und niemals erledigt sein wird. Immer wird es Tendenzen zum Zurückweichen, zur Kapitulation vor der Bourgeoisie geben, rechte und ‚linke' Abweichungen von der revolutionären Linie, von den marxistisch-leninistischen Prinzipien der bolschewistischen Partei. Gerade mit solchen Abweichungen werden wir uns heute zu beschäftigen haben. **Dennoch meine ich, können wir mit Fug und Recht feststellen, daß unsere Partei heute über eine revolutionäre Linie verfügt, daß sich unsere Genossen in so manchen Schlachten mit dem Klassenfeind bewährt und revolutionären Kampfgeist gezeigt haben.**

Wie aber steht es mit der zweiten Forderung, der tiefen Verankerung der Partei in den Massen?"

Hier stellte Genosse Ernst Aust zusammenfassend fest:

„...müssen wir selbstkritisch sagen, daß der allgemeine Einfluß der Partei unter den Massen noch recht gering ist, daß die Partei so ihrer Aufgabe, die Arbeiterklasse zur Revolution, die Massen zum Sozialismus zu führen, keinesfalls gerecht werden kann. Sicher gibt es dafür auch objektive Bedingungen. Es ist eben viel schwerer, als Revolutionär unter Bedingungen zu arbeiten, in denen die Massen noch nicht die Notwendigkeit revolutionärer Methoden des Handelns sofort begreifen. **Um so notwendiger ist es, flexibel zu sein, sich Gedanken zu machen, wie man die derzeitige Isoliertheit der Partei von den Massen überwinden kann. Keinesfalls aber ist es erlaubt, sich auf eine Haltung nach dem Motto ‚klein aber fein' zurückzuziehen."**

Die Hauptverantwortung für die Losgelöstheit der Partei von den Massen trägt das ultralinke Sektierertum

Eine solche Tendenz gab es aber in der Vergangenheit in der Partei. Genosse Ernst Aust sagte in seinem Referat:

„Die Hauptschuld, die Hauptverantwortung für die — noch lange nicht überwundene — Losgelöstheit der Partei von den Massen trägt das ultralinke Sektierertum. Dieses Sektierertum stellt derzeit immer noch die Hauptgefahr in der Partei dar.

Ich sage dies trotz des Geheuls, das wohl einige Zirkel anstimmen werden, wenn sie dies hören. Wir kennen ihren Rechtsopportunismus und brauchen sie nur zu fragen: wo bleibt denn eure Massenverbindung? Wir scheuen uns — im Gegensatz zu ihnen — nicht, Fehler, die wir gemacht haben, auch zuzugeben.

Was sind nun ‚linke' Abweichungen, ‚linkes' Sektierertum? Seinem Wesen nach ist es **eine kleinbürgerliche Strömung, die die Partei daran hindert, sich mit den Massen zu verbinden**, das heißt, sie von den Massen isoliert, zu einer Sekte macht, die weder in der Lage noch fähig ist, als Vorhutpartei die Arbeiterklasse, die werktätigen Massen auf den Weg der sozialistischen Revolution zu führen. Rechte Abweichungen bedeuten unter den Bedingungen des Kapitalismus dagegen die Tendenz, die Neigung, von der revolutionären Linie des Marxismus-Leninismus zum Revisionismus hin abzuschwenken. **Beide Abweichungen von der Linie des Marxismus-Leninismus, die rechte wie die ‚linke., führen in der Konsequenz zu ein und demselben Ergebnis, wenn auch von verschiedenen Seiten her: Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse, Verzicht auf den Kampf für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats, den Kommunismus.** Der Genosse Stalin antwortete auf die Frage, welche dieser Gefahren schlimmer sei: ‚Ich glaube, beide sind »schlimmer«.'

Die Massen lernen vor allem im Kampf!

Worin bestanden bzw. bestehen bei uns im wesentlichen diese ‚links'-opportunistischen und sektiererischen Auffassungen und Fehler?

1. **In der einseitigen und damit antimarxistischen Auffassung von der Partei als Propagandapartei,** was sich darin äußert, daß man:

a) **die von Stalin analysierten Phasen des Parteiaufbaus schematisch einander gegenüberstellt.** Mit dem Argument, die Partei müsse zunächst die Vorhut des Proletariats für den Kommunismus gewinnen, wird dagegen aufgetreten, daß die Partei in die Massenkämpfe eingreift;

b) **die Vorstellung hegt, die Partei würde die klassenbewußten Arbeiter und andere Werktätige hauptsächlich durch schriftliche Propaganda für ihre Ziele gewinnen.**

Natürlich muß die Partei, die Vorhut des Proletariats, die besten, unbestechlichen, kämpferischsten Kolleginnen und Kollegen für den Kommunismus, für die Partei gewinnen. **Doch wie macht man das?** Indem man den Kollegen ein Flugblatt, eine Zeitung, eine Broschüre in die Hand drückt in der Erwartung, sie würden sie lesen und mit fliegenden Fahnen zur Partei kommen? Schön wär's. Und was für die Vorhut des Proletariats zutrifft, trifft erst recht für alle Arbeiter, für alle Werktätigen zu:

Die Massen lernen vor allem im Kampf! Es ist, wie der Genosse Lenin in seiner Schrift ‚Der »linke« Radikalismus' betont, so, **daß sich die Massen vor allem im Kampf, durch eigene Erfahrungen von der Richtigkeit der politischen Führung durch die Avantgarde, von der Richtigkeit ihrer politischen Strategie und Taktik überzeugen müssen. Die Massen lernen nicht in Seminaren oder auf den Volkshochschulen den Kommunismus kennen. Die Schule der Massen ist der Klassenkampf, und wenn die Partei den Massen den Kommunismus lehren will, dann kann sie das nicht, wenn sie diese Schule erst gar nicht betritt.**

Es ist doch so, daß die Kollegen in ein paar Tagen Streik durch eigene Erfahrung viel schneller lernen, als wir ihnen in vielen Seminaren oder Broschüren vermitteln konnten. Sie lernen die Brutalität der Unternehmer kennen, ihre Einigkeit, mit dem Mittel der Aussperrung gegen die Arbeiter vorzugehen, den Terror der Polizei im Einsatz gegen Streikposten und Streikende, den Verrat der Gewerkschaftsbonzen und Revisionisten, aber sie sehen auch, ob wir Marxisten-Leninisten nur eine große Klappe haben oder ob wir im Kampf an ihrer Seite, an ihrer Spitze stehen, ob das, was wir sagen, mit ihren eigenen Erfahrungen übereinstimmt. **Ihre eigenen Erfahrungen müssen sie lehren, daß es für sie — wie wir es ihnen sagen — keinen anderen Ausweg aus ihrer elenden Lage gibt als die Errichtung des Sozialismus durch die Revolution.**

Natürlich macht das unsere schriftliche Propaganda nicht überflüssig. Wie sollten sich die Massen von der Richtigkeit unserer Anschauungen überzeugen können, wenn wir sie ihnen nicht sagen. **Nur dürfen wir uns von unserer schriftlichen Agitation und Propaganda keine Wunder versprechen.**

Organisierte Verbindungen mit den Massen schaffen!

Ein weiterer ‚linker' Fehler ist:

2. **Die Unterschätzung der Wichtigkeit der parteilosen Massenorganisationen als Transmissionsriemen, als Hilfsorgane, die die Partei mit der Klasse, mit den Massen verbindet. Die Vorstellung, daß die Partei bestrebt sein müsse, alle Massenorganisationen auf kommunistischer Grundlage zu stellen**, also die führende Rolle der Partei, die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution und der Diktatur des Proletariats in Statut und programmatischen Dokumenten dieser Organisationen zu verankern.

Wir sind keine Gruppe Rote Fahne, kein KBW, die am laufenden Band ‚Massen'organisationen produzieren, die praktisch nur aus ihren eigenen Mitgliedern bestehen. Schließlich soll sich die Partei nicht mit der Partei, sondern mit den Massen verbinden. Das heißt, eine Massenorganisation, die diesen Namen verdient, sollte in ihrer großen Mehrheit aus Menschen bestehen, die eben nicht der Partei angehören.

Aus dieser Forderung ergibt sich schon die Absurdität, Parteiforderungen wie die nach gewaltsamer Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats in den programmatischen Dokumenten dieser Organisationen zu verankern. Genossen, die solche Forderungen aufstellen, verstehen offensichtlich nicht die Notwendigkeit, daß die Partei sich nur dann mit den parteilosen Massen verbinden kann, wenn sie eine Politik der Einheitsfront verfolgt. Sie verstehen offensichtlich vor allem nicht, daß die Einheitsfrontpolitik der Partei ja gerade deshalb notwendig ist, weil parteilose, aber in vielen Fragen zum Kampf entschlossene Menschen — auch klassenbewußte Arbeiter — zunächst nicht bereit sind, auf der Grundlage eines kommunistischen Programms und im organisatorischen Rahmen der kommunistischen Partei zu kämpfen.

Wichtig ist nicht, ob und wieweit die Forderung nach Sozialismus in den programmatischen Erklärungen der verschiedenen Organisationen verankert ist, sondern daß die Genossen, die in diesen parteilosen Organisationen arbeiten, es verstehen, alle Mittel der Überzeugung anzuwenden, um diese Organisationen in ihrer Tätigkeit der Partei des Proletariats möglichst nahezubringen. Das ist auch sowohl vom Charakter der Organisation als auch von der politischen Situation abhängig.

Durch die richtige Führung im gemeinsamen Kampf überzeugen!

3. **Ein weiterer sektiererischer Fehler kommt in der falschen, kleinbürgerlichen Vorstellung von der führenden Rolle der Partei zum Ausdruck. Man geht nicht davon aus, daß die politisch-ideologische Führung einer Bewegung oder einer Organisation bei der Partei liegen muß, sondern davon, daß die Partei nach außen hin auch ja mit Namen und Zeichen in Erscheinung tritt, im Vordergrund steht.**

Eine solche formale, oberflächliche, von kleinbürgerlichem Geltungsbedürfnis geprägte Vorstellung von der führenden Rolle der Partei untergräbt in Wirklichkeit die politisch-ideologische Führung durch die Partei, weil sie die Partei immer wieder den parteilosen Massen gegenüberstellt, statt sich an ihre Sptitze zu stellen, weil sie noch bestehende Widersprüche parteiloser Menschen zur Partei in den Vordergrund rückt, anstatt diese Menschen im gemeinsamen Kampf durch die richtige Führung dieses Kampfes zu überzeugen, sie mit Umsicht, Takt und Fingerspitzengefühl an die Partei heranzuführen.

Das Argument, was man in diesem Zusammenhang hoch hören kann — ‚Die Partei versteckt sich doch nicht hinter den Massen' — geht voll an der Sache vorbei und zeigt nur den kleinbürgerlich-sektiererischen Standpunkt des so Argumentierenden. **Hier liegt oft bei den Genossen ein ausgeprägtes subjektivistisches Herangehen zugrunde. Sie sehen das Bewußtsein der Arbeiter, ihrer Nachbarn nicht so, wie es ist, sondern wie sie es sehen wollen.** In gewisser Weise ist das sogar typisch für den ‚Links'-opportunismus.

In seiner Schrift ‚Der »linke« Radikalismus' sagt Lenin dazu: **‚Es ist klar, daß die »Linken« in Deutschland ihren eigenen Wunsch, ihre eigene ideologisch-politische Stellung für die objektive Wirklichkeit halten. Das ist der gefährlichste Fehler, den Revolutionäre machen können.'"**

Der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die Massen Schritt für Schritt an die Positionen der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorhutpartei herangeführt werden müssen, hat nichts damit zu tun, die Ideologie der „Rückständigkeit der Massen" zu vertreten. Natürlich hat Mao recht, wenn er sagt, „Das Volk und nur das Volk ist die Triebkraft der Geschichte". Aber ein Volk ohne Kompaß, ohne den Marxismus-Leninismus, wäre eine Triebkraft ohne Ziel, eine Triebkraft, die uns auch in die Irre führen kann. Denn wie sagte Lenin über die Massen:

„Alle sozialdemokratischen Parteien haben vorübergehend eine Apathie der Massen" (armer Lenin, unsere Ultralinken würden ihm schon hier die Ideologie von der „Rückständigkeit der Massen" unterstellen) „oder ihre vorübergehende Begeisterung für irgendeinen Fehler oder eine Mode (Chauvinismus, Antisemitismus, Anarchismus, Boulangismus usw.) erlebt, aber niemals lassen sich konsequente revolutionäre Sozialdemokraten von jeder Wendung in der Stimmung der Massen mit fortreißen." (Lenin, Bd. 15, Seite 292). Und auf Seite 293 ebenda:

„Ein lebhaftes Interesse der Massen für die Politik würde bedeuten, daß die objektiven Bedingungen für eine heranreifende Krise vorhanden sind, das heißt, würde bedeuten, daß ein gewisser Aufschwung bereits zu

verzeichnen sei und daß sich die Stimmung der Massen, bei einem bestimmten Grad dieses Aufschwungs, zwangsläufig in einer Massenaktion niederschlägt."

Genosse Ernst Aust fährt fort: **„Was wir daraus lernen müssen, ist — wie schon gesagt — immer von dem gegebenen Bewußtsein der Massen ausgehen, sie organisieren und kundig und geschickt an die Position der Partei heranführen.**

Laßt uns zum Schluß auf einen ‚linken' Fehler eingehen, der entscheidend zu unserer Isolierung von den Massen beigetragen hat:

Die Bedeutung des Kampfes um Reformen

4. Der Kampf um Reformen wurde bzw. wird als nebensächlich betrachtet, als ‚ökonomistisch' abgelehnt oder gar als ‚reformistisch' bezeichnet.

Dies zeigt sich schon in der Tatsache, daß die Partei nun schon fast zehn Jahre besteht und immer noch über **kein Minimalprogramm** verfügt, ein Programm, dessen Wesen Lenin darin sah: **„...den Klassenkampf des Proletariats zu organisieren und diesen Kampf zu leiten, dessen Endziel die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft ist.'**

Worin der Klassenkampf des Proletariats besteht, formulierte Lenin so: **‚Der Klassenkampf des Proletariats besteht aus dem ökonomischen Kampf (Kampf gegen die einzelnen Kapitalisten oder gegen einzelne Kapitalistengruppen für die Verbesserung der Lage der Arbeiter) und dem politischen Kampf (Kampf gegen die Regierung für die Erweiterung der Rechte des Volkes, das heißt für Demokratie, sowie für die Erweiterung der politischen Macht des Proletariats'** (Bd. 4, Seite 206).

Und um keine Zweifel über die Bedeutung des politischen Kampfes aufkommen zu lassen, noch ein Lenin-Zitat: ‚Was heißt das: der Kampf der Arbeiterklasse sei ein politischer Kampf? Das bedeutet, daß die Arbeiterklasse den Kampf um ihre Befreiung nicht führen kann, ohne sich Einfluß auf die Staatsangelegenheiten, auf die Lenkung des Staates, auf Erlaß von Gesetzen zu verschaffen.' (Bd. 2, Seite 110)

Nun liegt klar auf der Hand, daß man sowohl den ökonomischen, den Kampf um die Verbesserung der Lage der Arbeiter, als auch den politischen, den Kampf gegen den Abbau, für die Erweiterung der demokratischen Rechte des Volkes, nicht führen kann ohne konkrete Umgestaltungen, Abänderungen, Neuerungen — kurz Reformen zu erkämpfen.

Niemals, zu keinem Zeitpunkt, hat Lenin den Kampf für Reformen unterschätzt, sondern er hat ihn gefordert. Fragt man aber unsere Genossen nach dem Verhältnis von Reform und Revolution, so antworten sie oft mit dem Lenin-Zitat, man müsse ‚in jeder halbstündigen Rede 5 Minuten von den Reformen, 25 von der kommenden Revolution sprechen'. Oder: ‚Die Sozialdemokratie betrachtet die Reform als Nebenprodukt des revolutionären Klassenkampfes des Proletariats...'

Dabei wird nicht berücksichtigt, wann Lenin dies sagte. Nämlich im ersten Weltkrieg, im Dezember 1916 beim Herannahen einer akuten revolutionären Situation. Verschwiegen wird auch, daß Lenin im gleichen Artikel ‚Prinzipielles zur Militärfrage' (Bd. 23, Seite 158) schrieb:

‚Es wäre ganz und gar falsch, anzunehmen, daß wir, um für die sozialistische Revolution unmittelbar zu kämpfen, den Kampf für Reformen fallenlassen müssen oder dürfen. Nicht im geringsten. Wir können nicht wissen, wie bald es gelingen wird, wie bald die objektiven Verhältnisse es zulassen werden, daß die Revolution ausbricht. Jede Besserung, jede wirkliche Besserung in der Lage der Massen, sei es eine ökonomische oder ein politische, müssen wir unterstützen.'

Wir aber haben noch nicht einmal ernsthaft angefangen, den Kampf um Reformen überhaupt zu führen. "

Ja, es wurde sogar — wie auch Außenstehende anhand des „Roten Morgen" oder des Theoretischen Organs feststellen konnten — praktisch jeder Versuch in dieser Richtung zeitweilig als rechtsopportunistisch abqualifiziert.

„Da heißt es zum Beispiel im ‚Roten Morgen' (30/76) als Beweis dafür, daß der KABD den Kampf für die Revolution dem Kampf um Reformen unterordnet:

‚Das jüngste »Arbeiterkampfprogramm« des KABD gibt darüber eindeutig Aufschluß. Dort werden als zentrale Parolen ausgegeben: »**Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!**« und »Für ein allseitiges und vollständiges gesetzliches Streikrecht!« Im Text heißt es dazu: »Der Kampf um diese wirtschaftlichen und politischen Forderungen, die den Charakter von Reformen haben, stehen für die nächste Zeit im Vordergrund.«'

Unsere Polemik dazu: **‚Von proletarischer Revolution keine Rede**, geschweige denn, daß ihre Propagierung als wichtigste Aufgabe bezeichnet wird. Dieses neue »Arbeiterkampfprogramm« ist die konsequente Fortsetzung des »Aktionsprogramms gegen die Monopoloffensive«, das 1972 vom ersten zentralen Delegiertentag des KABD verabschiedet wurde: das Wort »Revolution« taucht in dem ganzen Aktionsprogramm nicht auf. Lediglich auf der letzten Seite wird verschämt in einer Zeile von der »sozialistischen Befreiung ganz Deutschlands« gesprochen.'

Abgesehen von ihrem Unsinn von der ‚Monopoloffensive' ist unsere Beweisführung absurd. **Demnach wäre unser RGO-Programm reformistisch.** Aber selbst wenn man einwendet, das sei ja auch das Programm einer Massenorganisation, sticht das nicht, oder man ist der Meinung, daß es Aufgabe der Massenorganisation sei, für Reformen zu kämpfen, die der Partei aber für den Sozialismus. Das allerdings wäre antimarxistisch-leninistisch. **Offensichtlich ist für unsere Ultralinken ein ‚Aktionsprogramm', ein ‚Minimalprogramm' der Ausbund des Reformismus.** Wir sollten uns einmal überlegen, wieso unsere Partei es fertigbrachte, obwohl — offensichtlich nur als leere Phrase — davon geredet wurde, daß die Partei von Anfang an an Aktionen teilnehmen müsse, wir bis heute noch kein ‚Aktionsprogramm' besitzen? Da ist doch der Wurm drin.

Sicher, ein Aktionsprogramm, der Kampf um Reformen ohne die grundsätzliche Ausrichtung der Partei (in einem Programm, einer Grundsatzerklärung) auf den Sozialismus, die immer wiederholte Propagierung der Notwendigkeit der sozialistischen Revolution durch die Partei, wäre rechtsopportunistisch.

Doch ‚links'-opportunistisch, sektiererisch ist es, die Partei als eine Institution zur Propagierung des Sozialismus zu betrachten und sich vornehm, außer in Worten, vom tagtäglichen Kampf um kleine und kleinste Reformen fernzuhalten und ihn dazu noch als ‚rechtsopportunistisch' zu diffamieren, wie dies noch vor Jahresfrist hier von Genossen im Zentralkomitee geschah. Oder auch nur solchen Kampf, solche Aktionen wie die zum Roten Antikriegstag 1972 in München, in Brokdorf, gegen die offen auftretenden Faschisten als nicht-reformistisch gelten zu lassen.

Was heißt überhaupt Reformismus? Der Reformismus ist eine opportunistische Richtung in der Arbeiterbewegung, die sich die soziale Veränderung durch Reformen zum Ziel setzt. Diese Reformen sollen auf der Basis der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie durchgeführt werden und rühren die Grundlagen der kapitalistischen Ordnung nicht an. **Sie bedeuten Verzicht auf den revolutionären Klassenkampf der Arbeiter, auf die sozialistische Revolution und auf die Diktatur des Proletariats, sie sollen die kapitalistische Sklaverei verewigen.** Oder wie Lenin sagte: ‚Der Reformismus besteht allgemein darin, daß sich die Menschen auf die Agitation für Änderungen beschränken, die nicht die Beseitigung der Hauptgrundlagen der alten herrschenden Klassen erforderlich machen, die mit der Erhaltung dieser Grundlagen vereinbar sind.'

Doch tun wir das? Beschränken wir uns darauf, das Streben und Wirken der Arbeiterklasse auf Reformen zu beschränken? Beschränken wir unsere Agitation auf Änderungen, Reformen, die die Hauptgrundlagen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unangetastet lassen? Ich glaube nicht. **Keine Gruppe, kein Zirkel, keine Partei in der Bundesrepublik, die sich kommunistisch nennt, hat auch nur annährend ein so klares Programm wie unsere Partei mit ihrem 11-Punkte-Programm, das klar auf die Beseitigung des Kapitalismus abzielt, das klar das Endziel benennt, den Sozialismus, und den Weg dahin weist.**

Wer aber den Kampf um das Endziel anerkennt, die Bedeutung des Kampfes um Reformen aber nicht sieht oder gar leugnet, ist ebenfalls kein Marxist-Leninist. Auf diese Leute trifft zu, was Stalin über die utopischen Sozialisten schrieb, die — ihre Aufmerksamkeit nur auf das Endziel gerichtet und, durch dieses Endziel geblendet — die reale Arbeiterbewegung, die sich vor ihren Augen entfaltete, gar nicht bemerkt oder abgelehnt hatten.

Ich denke, daß es diese Tendenz — die reale Arbeiterbewegung, die sich naturgemäß im Kampf um Teilforderungen entwickelt — zu ignorieren, nicht an ihr teilzunehmen, sie bestenfalls als Aufhänger für bestimmte propagandistische Aktivitäten herzunehmen, in unserer Partei in starkem Maße gegeben hat und noch jetzt gibt. Eine von der realen Arbeiterbewegung isolierte Sekte aber wird die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen niemals in irgendeiner Frage führen können, geschweige denn zum Sieg in der sozialistischen Revolution.

Worauf müssen wir bei unserem Kampf um Reformen achten? Einmal darauf, nicht solche Reformen zu fordern, wie beispielsweise die ‚Mitbestimmung', die in der Arbeiterklasse Illusionen über den Charakter der bürgerlichen Gesellschaftsordnung hervorrufen. Zum anderen nicht solche Reformen zu fordern wie beispielsweise der KBW mit seiner Wahl der Offiziere und Richter durch das Volk, die in anderen Situationen durchaus richtig sein können, bei uns aber sinnlos sind, weil jeder Arbeiter sie für unsinnig und nicht durchführbar halten würde. Für Reformen, die wir fordern, die wir durchsetzen wollen, muß immer eine Bereitschaft der Arbeiterklasse, der Werktätigen vorhanden sein, dafür auch zu kämpfen.

Immer müssen wir berücksichtigen, daß jede Reform im Kapitalismus einen doppelten Charakter hat. Einmal ist sie ein gewisser Schritt, eine ‚Etappe' zum Besseren (‚Wir nehmen auch Abschlagszahlungen an', sagte Engels). Zum anderen ist sie ein Zugeständnis, das die herrschende Klasse macht, um den revolutionären Kampf aufzuhalten, zu schwächen oder zu unterdrücken, um die Kraft und Energie der revolutionären Klassen zu zersplittern, ihr Bewußtsein zu trüben.

Deshalb ist es unbedingt notwendig, den Kampf um Reformen ‚nicht auf jede Art und Weise', wie Lenin sagt, zu führen, sondern ‚nur auf sozialdemokratische, nur auf revolutionäre Weise'. Nehmen wir den Kampf um den erwähnten Kinderspielplatz. Das ist nur ein kleiner, alltäglicher Kampf, und doch läßt er sich auf verschiedene Art und Weise führen. Was würden zum Beispiel die modernen Revisionisten in solch einem Fall tun? Sie würden versuchen, die Nachbarn zu mobilisieren, um den Kinderspielplatz sauber zu machen, in Ordnung zu bringen. Dafür gibt es Beispiele genug. Wir dagegen müßten fordern, daß die Stadt sich um den Spielplatz kümmert. Schließlich zahlen wir nicht umsonst unsere Steuern. Wir würden eine Abordnung ins Rathaus schikken, um unsere Forderung zu vertreten. Wenn das nichts nützt, würden wir entsprechende Transparente aus den Fenstern hängen, Demos organisieren usw. usf. **Entscheidend ist für uns der Kampf, die Aktion.**

Das ist es, was Lenin meint, wenn er sagt: **‚Die Sozialdemokratie betrachtet die Reform als Nebenprodukt des revolutionären Klassenkampfes des Proletariats und nutzt die Reformen als solche aus'** (Bd. 12, Seite 230). Der Kampf ist entscheidend. Was lernen unsere Nachbarn zum Beispiel im Kampf um einen Kinderspielplatz? Sie lernen, daß die Parteien, daß man im Rathaus, daß die Herrschenden sich einen Dreck um ihre Forderungen kümmern. Und sollte man Erfolg haben, lernen sie, daß — wenn sich die Menschen im Kampf zusammenschließen — sie etwas erreichen können. Und für die Partei, die ihren Kampf unterstützt, wird Sympathie, wenn nicht mehr, übrig bleiben.

So muß man den Kampf führen. Und es ist schon sehr schlecht, wenn die Partei in einer Stadt, in der die Bullen so nach und nach an die vier Menschen abknallten, andere verletzten und zusammenschlugen — so daß sich sogar die bürgerliche Presse darüber empörte — nichts weiter zustande brachte als ein Flugblatt der Partei. Dabei wäre dies doch eine einmalige Gelegenheit gewesen, zusammen mit der Bevölkerung eine Initiative gegen den Polizeiterror zu gründen, die man dann später vielleicht in die Front gegen Reaktion und Faschismus eingebracht hätte. (Der Name ist dabei nicht die Hauptsache, sondern der Inhalt, der Kampf, die Aktion.) **Aber der KBW wird als revisionistisch angegriffen, weil er zum Beispiel den Rücktritt des Polizeipräsidenten gefordert hatte.** Revisionistisch? Weil ein neuer kommt? Warum sollte man nicht die Absetzung eines Polizeipräsidenten fordern, dafür kämpfen dürfen? **Oder war es etwa revisionistisch, daß unsere Genossen in Stuttgart den Rücktritt Filbingers forderten?** Nach dieser Logik dürfte man auch keine höheren Löhne fordern, weil die Kapitalisten ja doch wieder die Preise erhöhen, keine 35-Stunden-Woche, weil sie ja doch versuchen werden, durch Rationalisierung die gleiche Leistung aus unseren Knochen herauszuschinden.

Nein, die Massen zur Revolution erziehen heißt zuerst und vor allem, sich im täglichen Kampf um kleine und kleinste Reformen an ihre Spitze zu stellen. Diesen Kampf über den Boden des Erlaubten hinauszutragen, ihn revolutionär zu führen. Nur im Kampf Klasse gegen Klasse erzieht man die Menschen zur Revolution, das ist die Hauptseite, die Propaganda in Schrift und Bild ist dabei eine —zwar unbedingt notwendige — Nebenseite.

Worin liegen die Ursachen für die „linken" Fehler und Abweichungen?

Wo sind nun die Ursachen für die ‚linken' Fehler und Abweichungen von der Parteilinie zu suchen? Eine dieser Ursachen habe ich bereits benannt:

Es ist der früher starke, heute weniger starke, aber immer noch vorhandene Einfluß kleinbürgerlicher Intellektueller auf die Partei. Intellektuelle und Kleinbürger aber sind — wie schon gesagt — die soziale Basis des ‚Links'opportunismus. Das hat sich auch in unserer Partei bestätigt. Immer haben sich kleinbürgerliche Intellektuelle (natürlich nicht alle) wegen ihrer Praxisfremdheit, ihrem Eklektizismus, ihrer Angst vor den Massen, ihres oftmals mangelnden Parteistandpunktes und ihrer persönlichen Schwäche als ultralinke, störende Elemente auf dem Kurs zur Gewinnung der Massen erwiesen.

Eine weitere, auch bereits erwähnte Ursache, ist der Einfluß der vom Marxismus-Leninismus abweichenden Auffassungen Mao Tsetungs auf unsere Partei. Dazu heißt es in unserem Theoretischen Organ ‚Weg der Partei' 4/1978:

‚So akzeptierten wir zum Beispiel lange Zeit die antibolschewistische Theorie vom »Kampf zweier Linien in der Partei«, stellten sie als »besonderes Verdienst Mao Tsetungs« und »glänzende Weiterentwicklung« der Lehren Lenins vom Aufbau der Partei hin (u. a. TO, Nr. 2/1974). Die Übernahme dieser Theorie, die davon ausgeht, daß es in der kommunistischen Partei gesetzmäßig eine proletarische und eine bürgerliche Linie geben muß, führte in unserer Partei vor allem zu einer Verfälschung des marxistisch-leninistischen Prinzips von Kritik und Selbstkritik und zu einer gewissen Isolierung der Partei von der Arbeiterklasse und vom Klassenkampf. **Nicht das Problem der erfolgreichen Arbeit der Partei unter den Massen stand oftmals im Vordergrund der Parteidiskussion, sondern abstrakter Linienkampf. Nicht die Verbesserung dieser Arbeit war oft das Ziel der Anwendung des Prinzips von Kritik und Selbstkritik, sondern die, von der falschen Vorstellung des »Kampfes zweier Linien« ausgehende, Ausrottung der bürgerlichen Linie in den Köpfen der Genossen. Dadurch kam es zu Fehlern bei der Ausbildung und Erziehung. Bei Genossen, die Fehler gemacht hatten, wurde die kämpferische Einheit, Solidarität und Kameradschaft unter Genossen, ihre Liebe und Achtung untereinander und das Vertrauen in die Partei und ihre Grundorganisationen zum Teil empfindlich beeinträchtigt.'**

Eine andere Ursache, die das Entstehen der ‚linken' Fehler begünstigte, war der Umstand, daß unsere Partei im Kampf gegen den Verrat der modernen Revisionisten entstanden war. Das Feuer der Partei richtete sich hauptsächlich auf den rechten Opportunismus, der die Hauptgefahr in der Arbeiterbewegung ist und der nicht nur von der DKP, sondern auch von den diversen Zirkeln und anderen ‚Linken' gehegt und gepflegt wird. Dabei wurde aber die Gefahr der ‚linken' Abweichung übersehen und unterschätzt. Hinzu kam, daß das Entstehen der ‚linken' Fehler nach einem Höhepunkt im Klassenkampf im Jahre 1973, durch ein Abflauen dieser Kämpfe in den Jahren 1974 bis 1977 begünstigt wurde."

Genosse Ernst Aust betonte, daß es sicher nicht leicht sein werde, die linkssektiererischen Fehler zu korrigieren, sich tief in den Massen — vor allem dem Proletariat, aber auch in den Bündnisschichten — zu verankern. „Doch die Grundlagen", sagte Genosse Ernst Aust, „sind gelegt. Der erste, wenn auch noch nicht vollständige Sieg, war die Ausrichtung anläßlich des III. Parteitages, der zweite Sieg war das 5. Plenum, das die ultralinken Fehler, die ‚links'-opportunistischen Abweichungen der Vergangenheit klar benannte."

Abschließend heißt es in dem Referat:

„Worüber wir hier gesprochen haben, ist keine neue Linie der Partei. Sie hatte stets ihre korrekte marxistisch-leninistische Linie, wie sie in der Gründungserklärung, im Programm unserer Partei, zum Ausdruck kommt. **Was wir getan haben und tun müssen, ist, die Fehler und falschen Tendenzen, die innerhalb unserer Linie zutage traten, zu analysieren, um aus den begangenen Fehlern zu lernen.** Was uns passiert ist: unser Schiff ist etwas außer Kurs geraten, nach ‚links' abgedriftet. Wir müssen das Ruder fester packen und es wieder auf Kurs bringen und darauf achten, daß es nicht auch nach rechts abdriftet. Immer klar der Kompaßnadel folgen: zur Revolution, zum Sozialismus, zur Diktatur des Proletariats.

Wir haben eine gute Partei, mit kampfbereiten, revolutionären Genossen. Eine gefestigte, disziplinierte Partei, die in ihrer Geschichte schon gute — wenn auch nicht sehr große — Erfolge errang. Doch der Weg ist offen, ist klar: **Werfen wir jedes Sektierertum über Bord, gewinnen wir im Kampf die Vorhut des Proletariats für den Kommunismus, verankern wir uns tief in den Massen, heben wir sie auf das Niveau, auf dem sie die Klasseninteressen des Proletariats erkennen, führen wir sie auf den Weg der sozialistischen Revolution!"**

In Nicaragua wütet der weiße Terror

Nach Berichten aus Nicaragua haben die Truppen des faschistischen Diktators Somoza in der vergangenen Woche Esteli, die letzte der befreiten Städte, erobert. Ein Arzt des örtlichen Krankenhauses, der aus der Stadt entkommen konnte, sprach von einem Völkermord des Regimes an den Bewohnern Estelis. Vor dem Anrücken der Truppen war die Stadt mit Fliegerbomben und Panzerkanonen sturmreif geschossen worden.

Und auch die schon eroberten Straßenzüge wurden noch bombardiert und mit Raketen beschossen, um „alle Widerstandsnester zu vernichten". Vorher jedoch waren die Häuser von Somozas Soldateska geplündert worden. In den Straßen Estelis liegen Hunderte von Toten. Die männlichen Jugendlichen, deren die faschistischen Truppen habhaft wurden, sind entweder auf der Stelle erschossen oder in Lager abtransportiert worden.

Ähnlich sind die Mordbanden Somozas auch in den anderen Städten vorgegangen. Aus Chinandege zum Beispiel berichten Augenzeugen, daß Jugendliche und Halbwüchsige zusammengetrieben und dann niedergemacht wurden. Die Provinzstädte Nicaraguas sind zu 50 Prozent zerstört — ein Ergebnis vor allem der Bombenangriffe, die Somozas Luftwaffe geflogen hat. Schon lange ist es nicht mehr allein die Nationalgarde, die von Washington ausgerüstete und ausgebildete Armee Somozas, gegen die das Volk kämpft. Über 1.000 ausländische Söldner, allen voran amerikanische Vietnamveteranen, sind zur Unterdrückung des Aufstands eingesetzt worden. Wie Ende letzter Woche berichtet wurde, beteiligen sich auch Einheiten aus Guatemala und El Salvador auf der Seite Somozas an den Kämpfen. In beiden Ländern sind Lakaienregime der US-Imperialisten an der Macht.

Trotz des weißen Terrors konnte das faschistische Regime die Kämpfe der Werktätigen nicht ersticken. Der Generalstreik in Nicaragua, durch den ca. 80 Prozent der Wirtschaft lahmgelegt wurde, ist seit einem Monat ungebrochen. Auch der bewaffnete Kampf gegen das Regime hält — vor allem im Süden des Landes — weiter an. In den Nachbarländern wächst die aktive Solidarität mit dem nicaraguanischen Volk. So wurden in Panama und anderen Ländern Einheiten von Freiwilligen aufgestellt, die sich am bewaffneten Kampf gegen die Somoza-Diktatur beteiligen. In Guatemala wurde der Botschafter Nicaraguas, ein hoher Offizier, niedergeschossen und schwer verletzt.

Nachdem wochenlang der weiße Terror des Somoza-Regimes tobt, nachdem mit Esteli auch die letzte befreite Stadt gefallen ist, ließ sich auch Carter wieder hören. Er forderte Somoza auf, „unnötiges (!) Blutvergießen zu vermeiden". Diese zynische Erklärung wurde sogar vom Korrespondenten der reaktionären „Frankfurter Allgemeinen" als „Manöver zur Reinwaschung der amerikanischen Außenpolitik" gewertet. Genau das gleiche gilt auch für die jüngste Erklärung aus Washington, man wolle die Hilfe für Somoza einstellen. Solche Sprüche konnte man aus dem Weißen Haus schon oft hören. Aber nach wie vor mordet Somoza mit US-Waffen, die von US-Söldnern bedient werden.

USA: VW-Streik erfolgreich

Mit einem zweitägigen „wilden" Streik erkämpften die 1.800 Arbeiter des VW-Werks in New Stanton die Wiedereinstellung von zwei Kollegen. Sie waren „aus disziplinarischen Gründen" entlassen worden.

Iran: Keine wirksame Hilfe für Erdbebenopfer

Den Haß des Volkes bekam die iranische Kaiserin Farah Diba zu spüren, als sie das Erdbebengebiet besuchte. Dort sind nicht nur vorher keine Vorkehrungen gegen die Auswirkungen eines Bebens getroffen worden. Auch nach der Katastrophe haben einige Dörfer überhaupt keine Hilfe bekommen, und in anderen Orten machten sich die „Helfer" des Schahs erst einmal ans Plündern.

Britannien/Rhodesien: Lügen aufgedeckt

Jahrelang hatte die britische Regierung behauptet, sie hätte einen Wirtschaftsboykott gegen das rhodesische Regime verhängt. Man ließ sogar einige Kriegsschiffe vor dem Hafen von Beira (Mosambik) patrouillieren, die angeblich den Boykott überwachen wollten. Jetzt kam die Warheit ans Tageslicht: mit dem Wissen der Regierungen Wilson, Heath und Callaghan liefern die britischen Multis BP und Shell seit Jahren Öl an das rhodesische Regime.

Mosambik: Überfall der rhodesischen Rassisten

Bodentruppen des rhodesischen Regimes haben mit Luftunterstützung die Grenze nach Mosambik überschritten und dort Orte sowie Flüchtlingslager, in denen Angehörige des Volkes von Simbabwe leben, angegriffen. Wie berichtet wird, haben sich die Truppen des Rassistenregimes mehrere Tage in Mosambik aufgehalten und sind über 100 Kilometer ins Landesinnere vorgestoßen.

„A.P.E.P." wieder zu haben



Seit einiger Zeit erscheint der deutschsprachige Nachrichtendienst der Presseagentur Espana Popular wieder. Die letzte Ausgabe beschäftigt sich vor allem mit der neuen monarchistischen Verfassung Spaniens. Das Einzelheft kostet 1 DM, das Jahresabonnement 12 DM plus Versandkosten. Bestellungen an G. Grasse, Mühlheimer Str. 142 (Gewerbehof), 41 Duisburg 1.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	206 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



KP Neuseelands verurteilt die chinesischen Revisionisten

Anfang September fand ein erweitertes Plenum des Nationalen Komitees der Kommunistischen Partei Neuseelands statt. Die über 40 Delegierten aus allen Teilen des Landes traten zusammen in einer Atmosphäre der festen Einheit auf dem Boden der Parteilinie und der kämpferischen Solidarität mit der Führung der Partei. Einstimmig wurde ein Bericht angenommen, in dem die chinesischen Revisionisten und ihre Anhänger wie V. G. Wilcox (der ehemalige Vorsitzende der KP Neuseelands) scharf verurteilt werden. Im folgenden einige Auszüge aus dem Bericht, nach einer Übersetzung aus „Peoples Voice", Zentralorgan der Partei, vom 11. September.

Die sogenannte Theorie der drei Welten, wie sie von der Kommunistischen Partei Chinas und ihren neuseeländischen Mitläufern wie V. G. Wilcox propagiert wird, ist eine konterrevolutionäre Theorie und eine Waffe des Imperialismus, die benutzt wird, um die marxistisch-leninistische Weltbewegung zu spalten und im internationalen Maßstab die Arbeiter und die unterdrückten Völker zu Marionetten der chinesischen Großmachtambitionen zu machen...

Das Zentralkomitee der chinesischen Partei und die Regierung von China haben die Hilfe für die Sozialistische Volksrepublik Albanien abgebrochen, alle wirtschaftlichen Verträge gebrochen, ihre Techniker abgezogen und sogar die Blaupausen mitgenommen. Das ist ein Versuch, der Partei der Arbeit den neuen Revisionismus der Hua-Deng-Clique aufzuzwingen.

Dieser Versuch wird an der heldenhaften Haltung der Partei und des Volkes des sozialistischen Albanien scheitern, so wie in den sechziger Jahren der Versuch der Chruschtschow-Revisionisten, China und Albanien mit genau den selben Mitteln ihren Willen aufzuzwingen, scheiterte.

Die Kommunistische Partei Neuseelands hat am eigenen Leib die chauvinistischen, von Großmachtpolitik geprägten Methoden der chinesischen Revisionisten erfahren. Sie standen hinter den jüngsten Versuchen ihres australischen Handlangers und Provokateurs E. F. Hill sowie einer kleinen Gruppe kleinbürgerlicher Spalter in Neuseeland, die Kommunistische Partei Neuseelands zu zerschlagen und sie durch die revisionistische Wilcox-Ross-Ewen-Clique zu ersetzen.

Die Partei der Arbeit Albaniens ist heute der erste Bannerträger der marxistisch-leninistischen Weltbewegung und die Sozialistische Volksrepublik Albanien ist das sozialistische Vaterland. Die Verteidigung Volksalbaniens ist die Aufgabe des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker...

Die neue chinesische Revisionisten-Clique hat vollständig die grundlegende marxistisch-leninistische Theorie über Krieg und Frieden revidiert. Ihre Sprecher reden über den Widerstand gegen beide Supermächte. Tatsächlich aber unterstützen sie den imperialistischen Block der USA gegen den sowjetischen Block. Im vollständigen Widerspruch zu Lenin rufen sie die Arbeiter überall dazu auf, in einem imperialistischen Krieg um die Neuaufteilung der Welt ihr „kapitalistisches Vaterland" zu verteidigen...

In Neuseeland vertieft sich die kapitalistische Krise, und der Klassenkampf entwickelt sich im Umfang wie auch in der Schärfe. Die Renegatengruppe um Wilcox spielt die Rolle von treuen Stiefelleckern des Imperialismus. Sie hat sich für die Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse und für den Verrat an den grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes entschieden.

Die Einheit der ganzen Partei, von der Führung bis zu den einfachen Mitgliedern, so wie sie sich auf dem erweiterten Plenum zeigte, war eine klare und entschlossene Antwort auf Wilcox' Verteidigung des Bürokratismus. Eine solche Einheit entspringt dem bewußten gemeinsamen Willen, sie kann niemals von oben erzwungen werden.

Camp-David-Abkommen

Neues amerikanisches Bündnissystem geschaffen

Seit 30 Jahren halten die israelischen Zionisten arabisches Gebiet besetzt. In diesen 30 Jahren haben sie Millionen palästinensische Araber aus ihrer Heimat vertrieben, haben sie — mit der Unterstützung der imperialistischen Staaten, vor allem der amerikanischen Supermacht — immer wieder Kriege gegen die arabischen Länder vom Zaun gebrochen, haben sie ihren Besatzerstiefel auf immer neue Teile der arabischen Welt gesetzt. Deshalb befinden sich seit 30 Jahren die arabischen Länder im Kriegszustand mit Israel.

Und jetzt will der ägyptische Präsident Sadat noch in diesem Jahr einen separaten Friedensvertrag mit dem zionistischen Gangsterstaat abschließen. Ohne daß auch nur eine einzige der gerechten arabischen Forderungen von Tel Aviv erfüllt worden wäre. Das bedeutet, daß damit das volkreichste und militärisch stärkste arabische Land aus der Front gegen die israelischen Aggressoren herausgebrochen und diese Front entscheidend geschwächt wäre. Das bedeutet, daß sich ein langgehegter Traum der amerikanischen Imperialisten bei ihrem Bestreben, den ganzen Nahen Osten unter ihre Kontrolle zu bringen, erfüllt hätte.

Die „Süddeutsche Zeitung" zum Beispiel sprach es ganz offen aus: in Camp David sei nicht nur ein Abkommen geschlossen worden, sondern ein neues „Bündnissystem" entstanden. Tatsächlich trägt alles, was in Camp David zu Papier gebracht wurde, die eindeutige Handschrift Washingtons. Und noch in dem Abkommen ist festgehalten, daß die USA an allen weiteren Verhandlungen beteiligt sein werden. Ägypten und Israel sollen aber nur der Kern dieses neuen Bündnissystems unter amerikanischer Hegemonie sein. Gegenwärtig schwärmen Carters Sendboten durch den Nahen Osten, um auch andere arabische Staaten (vor allem Jordanien und Saudi-Arabien, die beide unter der Herrschaft reaktionärer proamerikanischer Regime stehen) fest in dieses Bündnis einzubeziehen.



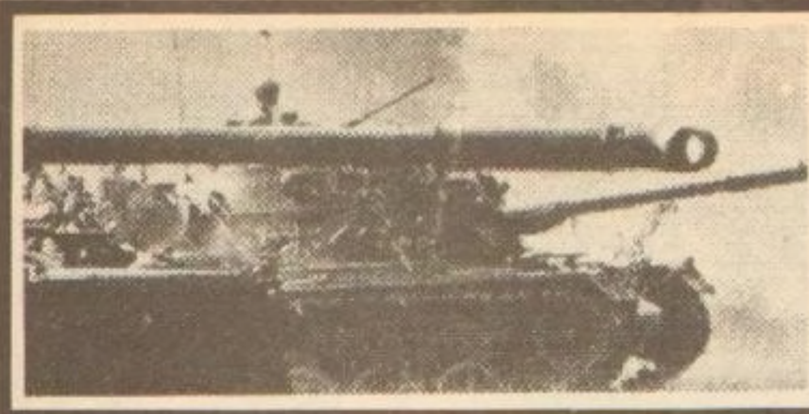
Für die Völker des Nahen Ostens erwächst aus diesem Bündnissystem eine zweifache Gefahr. Zum einen werden dadurch die Positionen der amerikanischen Imperialisten in dieser Region gestärkt, werden ihre Agenturen, vor allem die israelischen Zionisten, zu weiteren Aggressionen gegen die arabischen Völker ermutigt. Zum anderen erhöht dieser Schritt der amerikanischen Supermacht auch die Kriegsgefahr im Nahen Osten. Denn ihr russischer Konkurrent wird diesem Vorstoß Washingtons nicht tatenlos zusehen. Schon jetzt pocht Breschnew auf das „Recht" des Kreml, über das Schicksal des Nahen Ostens mitzubestimmen.

Welche konkreten Bestimmungen enthält das in Camp David geschlossene Abkommen? Außer um den schon erwähnten Friedensvertrag, mit dem Sadat ausdrücklich die Sicherheit Israels garantiert, geht es um die Gebiete, die auf unserer Karte mit Gaza und Westjordanien bezeichnet sind. Dazu ist festzuhalten, daß beide Gebiete — von den Zionisten 1967 besetzt — zum Territorium Palästinas gehören. Daß Sadat also nicht das geringste Recht hat, über diesen Boden, der einem anderen Volk gehört, zu verhandeln. Vor einigen Jahren noch hat der ägyptische Staatschef eine Erklärung unterschrieben, nach der allein die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) das Recht hat, im Namen des palästinensischen Volkes zu sprechen und seine Angelegenheiten wahrzunehmen.

In dem Camp-David-Abkommen, mit dem sich die Herren Carter, Begin und Sadat anmaßen, über die Zukunft Palästinas zu bestimmen, ist jedoch weder die PLO erwähnt, noch das Recht des palästinensischen Volkes auf seine Heimat. Und so soll die Zukunft der erwähnten Gebiete aussehen: in einer Übergangszeit von fünf Jahren sollen dort sogenannte „Selbstverwaltungsbehörden" errichtet werden. An den Verhandlungen über die Aufstellung solcher Behörden sollen teilnehmen: Vertreter der in Camp David repräsentierten Staaten USA, Israel und Ägypten sowie Vertreter Jordaniens und „einvernehmlich bestimmte Palästinenser". Auf deutsch: die israelischen Besatzer suchen sich die Palästinenser selbst aus, die sie für würdig halten, den besetzten Gebieten einen Anschein von „Selbstverwaltung" zu geben.

Und wie steht es mit dem Abzug der Besatzertruppen? Auch daraus wird nichts. Denn ausdrücklich spricht das Abkommen von „festen Sicherheitspositionen" der Zionisten in diesen Gebieten und von „dort verbleibenden israelischen Truppen". Es bleibt also alles beim alten. Man wird mit einigen palästinensischen Verrätern eine „Selbstverwaltungsbehörde" errichten, die an die Stelle der jetzigen Militärverwaltung tritt. Die Besatzer aber bleiben, nur, daß sie künftig — laut Abkommen — ihre Militärstreifen gemeinsam mit der jordanischen Armee unternehmen wollen.

Bei all dem haben Carter und seine Lakaien die Rechnung ohne das palästinensische Volk aufgemacht. Dieses Volk verfügt über eine lange Kampftradition. Der Generalstreik im Westjordanland und die bewaffneten Aktionen der vergangenen Woche waren nur die erste Antwort auf das Camp-David-Abkommen.



Herbstmanöver '78

Kampf dem Manöverterror!

Drei Tage lang hielten sich zwei Rotgardisten aus Hamburg im Gebiet des Manövers „Bold Guard" auf. Ihre Beobachtungen schildern sie im folgenden Bericht.

Drei Tage im Manövergebiet

„Wir fuhren von Hamburg in Richtung Segeberg. Schon kurz hinter Hamburg, in Kayhude, trafen wir auf die ersten Militärfahrzeuge. Rechts und links in Hofeinfahrten, an Feldbegrenzungen usw. standen die Panzer. Von da ab war der Weg der Truppen nicht schwer zu verfolgen. Zertrümmerte Bordsteine, umgepflügte Seitenstreifen markierten die Richtung der Truppenbewegungen. Einige



So wie hier in der Sundchaussee donnerten die US-Schwimmpanzer durch die Innenstadt von Burg auf Fehmarn.

Kilometer weiter in dem Ort Nahe bogen wir von der Hauptstraße ab und gingen zu Fuß weiter. Wir sahen den ersten umgepflügten Leitungsmast. Ein Stück entfernt beobachteten wir den „heldenhaften Einsatz" eines Panzers gegen eine „Rindviehfestung". Die Soldaten waren „mutig" quer über einen Acker geradewegs in den Weidezaun hineingefahren. Anschließend verließen sie den sicheren Panzer, um „mannhaft" einen „Ausfall" der Rindviecher zu verhindern. Es gelang nicht, also liefen die Kühe kreuz und quer über die umliegenden Felder.

500 m entfernt stand ein großes Schild: „Landschaftsschutzgebiet". Gleich daneben führten breite Panzerspuren direkt in das Gebiet hinein. Wahrscheinlich sollte die Landschaft mal so richtig „geschützt" werden.

Wir fuhren weiter in Richtung Wakendorf II. Wir sahen ruinierte Straßengräben und einen umgekippten Panzer. Jetzt war so etwas noch was Besonderes für uns, bald gehörte es aber zum normalen Bild. Die Menschen, mit denen wir über die Schäden sprachen, sagten uns, sie seien daran schon von anderen Manövern gewöhnt. „Das ist noch gar nichts" und „Morgen fangen die erst richtig an!" waren häufig die Antworten.

Am nächsten Tag fuhren wir etwas weiter nach Norden. Ein Bauer in der Nähe von Öringen wies uns auf ein verwüstetes Rapsfeld hin. Dort standen bereits die kleinen Pflanzen der Wintersaat. Die Panzer waren nicht nur einmal gerade hindurch gefahren, sondern immer fleißig hin und her. Eine Ausnahme? Keineswegs. Auf unserem Weg sahen wir sehr viele so zugerichtete Felder.

Ein Bauer, dessen zertrümmertes Weidetor wir fotographieren wollten, fragte erstaunt, ob sich das denn lohne. Ein paar Kilometer weiter sei alles viel schlimmer. Und so war es auch. Auf einer Strecke von 5 km waren zum Teil 500 m lang die Straßengräben verschüttet, der Seitenstreifen zerfurcht und zerdrückt.

Auch am dritten Tag das gleiche Bild. Ausgefahrene Straßengräben, umgerissene Bäume, total verdreckte Straßen. Im Gebiet von Bimöhlen und Heidmühlen wurde geschossen. Hier, in Bimöhlen, passierte es auch, daß ein Bundeswehrlastwagen einen Strommast umlegte und der Ort von Mitternacht an überhaupt keinen Strom mehr hatte. In einem Lokal in Großenaspe waren die Fensterscheiben durch die Erschütterung der vorbeifahrenden Panzer zersprungen. Aus dem Garten nebenan hatten die Soldaten in der Nacht die Zweige von jungen Birken zu Tarnzwecken abgerissen und dabei den Gartenzaun zertrümmert.

Unzählige Verwüstungen und Zerstörungen haben wir in diesen drei Tagen gesehen, obwohl wir nur in einem sehr kleinen Gebiet waren und längst nicht alles mitbekommen haben. Aber wir können uns jetzt vorstellen, wie auf Befehl der NATO-Generäle bei den sieben Herbstmanövern in diesem Jahr die Felder der Bauern, die Straßen der Dörfer und Kleinstädte usw. „verteidigt" und „geschützt" wurden. Von den Toten und Verletzten ganz zu schweigen.

Schluß mit dem Manöverterror!
Sofortige Entschädigung der Manöverschäden!
Besatzertruppen raus aus ganz Deutschland!



Flugblätter gegen den Manöverterror von der Revolutionären Landvolk-Bewegung und der Roten Garde.



Ein umgefahrener Telegraphenmast



Ein von Panzern zerfurchter Hof

Streiflichter

5 Jahre „Vietnam-Erfahrung"

„Ein Bild von einem General", „ein Kommandeur, wie Hollywood ihn sich nicht besser hätte ausdenken können" — so schwärmte das „Hamburger Abendblatt" von diesem Mann. Es ist General Gray, Chef der US-Marines, der berüchtigten US-Ledernacken, die unter seinem Kommando am Manöver „Bold Guard" in Schleswig-Holstein teilnehmen.



General Gray hat seine militärischen Erfahrungen keineswegs nur bei Manövern gesammelt. Fünf Jahre lang kommandierte er in Vietnam den Völkermordkrieg der Wallstreet-Bosse gegen das vietnamesische Volk! Er war der letzte amerikanische Befehlshaber, der Saigon verließ! Und es braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, was die Ledernacken unter seinem Kommando in Deutschland treiben werden, wenn es einmal ernst werden sollte...

Amis raus aus Westdeutschland!

Ausländische Truppen raus aus ganz Deutschland!

„Nebenprodukt Todesopfer unvermeidlich"

Am 19.9.78, einen Tag nach Manöverbeginn, im NDR II, „Kurier am Morgen": Es hatte bereits die ersten Todesopfer gegeben. Moderator Jo Wichmann interviewt den Pressesprecher des Bonner Kriegsministeriums. Als er nach den Todesopfern fragt, ob sie nicht vermieden werden könnten, ob es nicht zu viele seien, lautet die Antwort: Bei derartigen Manövern sei „das Nebenprodukt Todesopfer unvermeidlich"! Und als der Moderator noch einmal fragt, ob das ganze nicht etwas zu viel sei für die Bevölkerung, ist die Antwort kurz und knapp: Manöver, einschließlich der Belästigung der Bevölkerung, Schäden und Todesopfer, „halten wir für die Bevölkerung für zumutbar"!

Vielleicht war der Herr Pressesprecher noch nicht ganz fit so früh am Morgen. Denn selten hört man so offen und unverhüllt diesen blanken Zynismus und diese Menschenverachtung!

Auch sie fehlten nicht



Auch sie fehlten nicht bei den diesjährigen Herbstmanövern der NATO, die Pekinger Revisionisten. Gemeinsam mit Offizieren aus anderen Ländern nahmen sie als Beobachter am Manöver „Blaue Donau" teil.

Wenn die Sirenen heulen...

Über 200.000 Soldaten proben in diesen Wochen auf dem Boden der Bundesrepublik den Krieg, pardon, die Verteidigung. *Unsere* Verteidigung, wie die Herren Generäle und Politiker immer wieder beteuern. Fragt sich nur, warum sie dann nichts dafür tun, daß wir, die Werktätigen, diese „Verteidigung" auch überleben werden!

Denn für ihr eigenes Überleben sorgen sie schon. Neben den alljährlichen Kriegsübungen der NATO gibt es alle zwei Jahre auch ein Manöver, bei dem etwa die Bonner Prominenz ihr Überleben in einem atomsicheren Bunker in der Eifel probt. Wie aber sehen die Übungen für unser Überleben aus? Man läßt, wie in der letzten Woche, die Sirenen heulen! Warnung, Angriff, Entwarnung — in wenigen Minuten ist alles vorbei.

Übungen wie etwa in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, wo mehrere Male im Jahr der Zivilschutz geprobt wird — die Stadt wird verdunkelt, und jeder Einwohner einer Stadt geht in den für ihn vorgesehenen Bunker —, gibt es bei uns nicht. Das kann es auch im Moment gar nicht geben, weil nämlich die notwendigen Bunker nicht vorhanden sind.

Nehmen wir Nürnberg, eine Stadt, wo in diesem September fünf Tage lang im Rahmen des Manövers „Cardinal Sword" der Krieg geprobt wurde. Würde dort der Ernstfall eintreten, für den die Soldaten ins Manöver ziehen, dann gäbe es dort heute nur für ein Prozent (!) der Nürnberger Bevölkerung einen Platz in einem Bunker! Und Nürnberg ist keineswegs ein Ausnahmefall. Insgesamt gab es am 31.12.77 für die rund 62 Millionen Einwohner der Bundesrepublik und Westberlins ganze 1.853.930 Bunkerplätze. Und davon waren genau 64.750 Schutzplätze in Wohngegenden. Also dort, wo die Werktätigen sie brauchen. Die anderen lagen in öffentlichen Gebäuden, wo sie meist für die Stadtprominenz gedacht sind oder in Gebäuden der Bundeswehr oder des Bundesgrenzschutzes. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß die meisten dieser Bunkerplätze nicht in der Zeit seit dem Ende des zweiten Weltkrieges gebaut wurden. In Nürnberg beispielsweise ist von 28 Bunkern ein einziger (!) seit der Gründung der Bundesrepublik errichtet worden!

Und wer glaubt, daß die Regierung, die doch so viel von der Verteidigung der Bürger redet, das ändern werde, hat sich getäuscht. 1977 wurde ein Vorschlag, in zehn Jahren ca. 200 Millionen Schutzplätze zu bauen — und damit wenigstens einem Drittel der Bevölkerung der Bundesrepublik eine echte Chance zum Überleben zu sichern — abgelehnt, weil die dazu notwendigen 500 bis 600 Millionen im Jahr nicht bezahlt werden könnten. Und das bei einem „Verteidigungshaushalt" von 36 Milliarden DM, folgt man den offiziellen Angaben der Bundesregierung, und von 54 Milliarden, rechnet man auch die versteckten Militärausgaben dazu!

Ja, es ist sogar so, daß die Bundesregierung im Verhältnis zu ihren Militärausgaben immer weniger für den Zivilschutz ausgibt. War das Verhältnis von Militärausgaben zu Zivilschutzausgaben 1962 noch 19:1, so hatte es sich 1974 schon auf 44:1 verschlechtert und beträgt heute 56:1. Oder andersherum: Wurden 1976 noch 29,5 Millionen für die Instandhaltung und den Bau von Bunkern ausgegeben, so waren es 1977 nur 24 Millionen; für 1978 sind 22,4 Millionen vorgesehen, für 1979 25,4 Millionen und für 1980 nur noch 20,5 Millionen. Diese Zahlen beweisen: Je mehr sich die westdeutschen Imperialisten auf den Krieg vorbereiten, desto weniger tun sie für den Schutz der Bevölkerung im Kriegsfall, desto kaltblütiger kalkulieren sie ein, daß zahllose Frauen, Kinder, alte Menschen und andere Werktätige in einem solchen Krieg schutzlos den Bombenangriffen ausgeliefert sind, sterben müssen. Warum das so ist? Weil es den Herren in der Bonner Hardthöhe eben nicht um **unsere** Verteidigung geht, sondern um die Verteidigung ihrer eigenen Interessen und die ihrer Auftraggeber — der Herren der Banken und Monopole.

Treffen der AP-Trupps in Hamburg

Das war erst der Anfang!

Am vorletzten Wochenende trafen sich in Hamburg 50 Vertreter von Agitproptrupps aus dem ganzen Bundesgebiet und Westberlin zu einer ersten großen Besprechung. Dabei ging es um die Verbesserung der Arbeit der AP-Trupps unter den werktätigen Massen. Wie schaffen wir es, unser Wirkungsfeld zu vergrößern? Wie können wir noch mehr Menschen ansprechen und in die Arbeit einbeziehen? Wie können wir mit dem Mittel der revolutionären Arbeitertheatergruppen die Werktätigen für die Revolution gewinnen? — Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Tagung.

Auftakt der Besprechung bildete eine Veranstaltung des Hamburger „Roten Sprachrohrs" am Samstagabend im „Curio-Haus". Die Veranstaltung fand zur Unterstützung der neun in Hamburg angeklagten Antifaschisten statt (siehe auch Seite 7). Das „Rote Sprachrohr" trug dabei das Programm seiner Gastspielreise durch Albanien vor. Es bestand aus Liedern, Pantomimen, Lied-Sketchen, einem albanischen Volkstanz und einem antifaschistischen Stück „...und Meier hält sich doch nicht raus" als Hauptteil. Insbesondere dieses Stück traf den Nagel auf den Kopf. Ein Ehepaar erklärte: „Sollten die Nazis wieder eine Provokation starten, sagt uns Bescheid. Wenn es gilt, sie zu verjagen, dann sind wir dabei." Die Veranstaltung war ein voller Erfolg. Für die Angeklagten wurden 1.250 DM gesammelt. Drei der Anwesenden wollten in Zukunft im Agitproptrupp „Rotes Sprachrohr" mitarbeiten. Die Klasse eines Pantomimekurses will die „KOB-Pantomime" (KOB = Kontaktbereichsbeamter) einstudieren, ebenso eine Lehrerin mit ihrer Klasse. Das „Rote Sprachrohr" erhielt Einladungen zu Gastspielen und Angebote zur Vermittlung von Auftritten vor einem größeren Publikum. — Demnächst wird das „Rote Sprachrohr" auch zu einer Rundreise starten und in mehreren großen Städten der Bundesrepublik zu sehen sein.

Am Sonntagmorgen begann dann die eigentliche „Arbeit". Die Mitglieder der AP-Trupps trafen sich bei Kaffee und Kuchen im Gasthof „Jarrestadt", um über ihre Erfahrungen und über die künftige Arbeit auf dem Gebiet des Arbeitertheaters zu sprechen. Ein Referat eröffnete die Diskussion. Es wurde klargestellt, daß wir Arbeitertheatergruppen brauchen, die mit den Mitteln des Agitproptheaters eine selbständige Massenarbeit betreiben und mit ihren künstlerischen Mitteln die Kämpfe der Werktätigen gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen, gegen Reaktion und Faschismus, gegen Militarismus und Kriegsgefahr, gegen den offiziellen Kulturrummel unterstützen. Dabei müssen sie am Bewußtsein der Massen anknüpfen. Sie müssen offen für jeden Interessierten sein, müssen aber gleichzeitig hart daran arbeiten, ihr künstlerisches Niveau ständig zu steigern. Sie müssen alle die künstlerischen Formen von der Satire bis zum Kampflied beherrschen und benutzen lernen. Sie müssen systematischer arbeiten, sowohl was die Auftritte und die Ausnutzung aller Möglichkeiten für Auftritte als auch was die Probenarbeit betrifft. Sie müssen Verbindung zu fortschrittlichen Künstlern und Theatergruppen herstellen, die bereit sind, uns zu unterstützen, auch wenn sie nicht — oder noch nicht — auf revolutionären Positionen stehen.

Die Diskussion um die angesprochenen Fragen wurde nicht nur theoretisch geführt. Die Mitglieder des „Roten Sprachrohrs" erzählten von ihrer Probenarbeit und führten dabei ihr zerlegbares Bühnengerüst und ihre Requisiten vor. Die Genossen vom „Roten Pfeffer" aus Westberlin brachten eine Einlage von vier Liedern und Sketchen. Dazu berichteten sie über Auftritte auf der Straße und in Parks und ergänzten ihren Bericht mit Fotos, die einen lebendigen Eindruck von der Arbeit gaben. Die Teilnehmer der Besprechung trennten sich mit dem Gefühl: das AP-Trupp-Treffen war eine großartige Sache, aber leider noch viel zu kurz. Vieles konnte nicht ausdiskutiert werden und bleibt damit späteren Treffs vorbehalten, die auf jeden Fall stattfinden müssen.

TERMINE

Das „Rote Sprachrohr" tritt mit seiner Revue „...und Meyer hält sich doch nicht raus!" am kommenden Wochenende in NRW auf.

Essen: 1. Oktober, 11 Uhr, Bürgerhaus Isinger Feld, Essen-Steele, Meistersängerstr. 50
Münster: 1. Oktober, 18 Uhr, Ägidihof, Ägidistraße.

Und noch ein weiterer Termin für die Freunde des Amateurtheaters.
Zum Abschluß des Amateurtheater-Festivals in Oberhausen findet am Sonnabend, den 30. September, ein Spielfest statt.
Ort: Altmarkt in Oberhausen. Zeit: 15 bis 18 Uhr. Es treten unter anderem die Gruppen Zeitzünder, Elbspeelers, Slürdanz, Stechmücke und Pfeffermühle auf.



Einige Stimmen von Tagungsteilnehmern

„Das Wochenende in Hamburg war für uns ein großartiges Erlebnis. Durch das ausgezeichnete Programm des ‚Roten Sprachrohrs' Hamburg in Verbindung mit einem grundlegenden Vortrag und lebhafter Diskussion über den Aufbau und Charakter der Agitproptrupps erhielten wir wertvolle Anregungen. Diese Form des Erfahrungsaustausches muß unbedingt fortgeführt werden."

„Die Hamburger und auch die Westberliner Genossen haben in vielfältigen praktischen Beispielen gezeigt, wie man die Politik der Partei lebendig umsetzen kann, anstatt nur immer wieder die Kernsätze des Programms in Reime zu fassen. Was heißt denn konsequente Hinwendung zu den Massen? Die Probleme der Arbeiter und der anderen Werktätigen aufgreifen und einfache Antworten auf einfache Fragen geben, das zeigte sehr gut das Stück ‚...und Meyer hält sich doch nicht raus'. Hierin können sich die Leute wiedererkennen."

„Agitproptrupp-Arbeit darf auch Spaß machen. Wenn man es versteht, sich mit Leuten auch außerhalb der Partei und ihrer Anhänger, mit Menschen zusammenzutun, die Lust und Talent zu dieser Art von Arbeitertheater haben, dann genügt schon ein einziger Genosse oder zwei, um den Grundstock für einen gut arbeitenden Agitproptrupp zu legen. Insbesondere für kleine Ortsgruppen ist das der richtige Weg, wie die Tagung gezeigt hat."

„Spaß, Anregung, Ausrichtung im Zusammenhang mit vielen und guten praktischen Beispielen, dazu Vertreter aus vielen Agitproptrupps — das zusammen war sehr beeindruckend, ein schönes und ermutigendes Erlebnis."



...und Meyer hält sich doch nicht raus!



Auszug aus dem Stück des „Roten Sprachrohrs"

Meyer ist ein etwa 35jähriger Arbeiter, der zwar eine antifaschistische Einstellung hat, sich aber im großen und ganzen aus der Politik heraushält. Unversehens jedoch gerät er auf eine Faschistenkundgebung. Er sieht den brutalen Polizeieinsatz gegen Antifaschisten und empört sich. Ein Polizist will ihn verhaften. Da bewahrt ihn sein Nachbar Schmidt, ein Finanzdirektor a. D., vor der Verhaftung und rät ihm, sich künftig „rauszuhalten". Warum es für Meyer unmöglich ist, sich weiter „rauszuhalten", zeigt das Stück. Und Meyer hält sich auch nicht mehr heraus. Als sein Betrieb dichtgemacht werden soll, verteilt er Flugblätter. Ein Polizist will ihn verhaften. Meyer wendet sich hilfesuchend an Schmidt, der auch zugegen ist.
(Auszug)

Meyer: Herr Schmidt, Sie haben's doch gesehen.

Schmidt: Wenn Sie nichts verbrochen haben, wird Ihnen auch nichts passieren — Ihre Worte! Im übrigen hätten Sie auch damit rechnen müssen... Ach, ich halt mich da raus.

Meyer: Typisch!

Bulle: Los, kommen Sie jetzt mit!"

Arbeiterin und Kollege kommen und gehen gleich auf Meyer und den Bullen zu. Im folgenden kommen immer mehr Arbeiter dazu.

Arbeiterin: Was ist denn hier los?

Kollege: Thomas, was will denn der von dir?

Meyer: Ich soll verhaftet werden!

Kollege: Ich glaub', mein Schwein pfeift! Stimmt das? Sie wollen unseren Kollegen verhaften?

Die drohende Haltung der Kollegen wird immer stärker, aber zunächst ist der Bulle noch forsch.

Bulle: Halten Sie sich da raus, es geht um eine routinemäßige Feststellung der Personalien.

Schmidt: Mischen Sie sich da nicht ein! Sie stören eine Amtshandlung des Herrn Polizisten!

Arbeiterin: Halt du dich da raus, sonst kommen wir mal rüber!

Kollege: Das ist eine Angelegenheit zwischen uns und dem Herrn Polizisten!

Die Arbeiter sprechen drohend zu Schmidt hinüber. Der verduftet. Die Kollegen packen Meyer und drängen sich zwischen Meyer und den Bullen.

Kollege: Feststellung der Personalien muß doch nicht sein, oder?

Bulle: Nein ... äh ... wär ja sowieso nur ... äh ... Routine ... muß nicht...

Er verdrückt sich.

Meyer: Mensch, vielen Dank.

Kollege: Wofür das denn?

Meyer: Ist schon toll, wenn man weiß, daß man sich auf seine Kollegen verlassen kann.

Arbeiterin: Laß man, Meyer, wenn's anders rum kommt, verlassen wir uns auf dich.

Meyer: Das könnt ihr!

Meyer tritt vor, die Arbeiter bilden etwas hinter ihm einen Halbkreis. Ein paar singen:

Lied: Mich geht das nichts an,
ich bin ja nicht dran
die Augen zu und...

Meyer: Nein! Damit ist Schluß!

Während Meyer jetzt seinen Monolog hält, summt der Chor „Ihr habt es gelitten...". Langsam holt der Chor Meyer ein, bis er ganz eingereiht ist.

Meyer: Zuerst dachte ich, als ich sah, wie die Wahrheit verfolgt wird: Halt dich da raus, das geht dich doch nichts an! — Die Wahrheit wird verfolgt, weil sie dem Arbeiter nützt und den Herrschenden schadet. Deshalb, Arbeiter, kümmere dich darum, wenn die Wahrheit verfolgt wird!

Ich sah, wie die alten Nazis aus ihren Rattenlöchern krochen, und daß deutsche Polizisten die Faschisten schützen! Und die Antifaschisten verprügeln, verhaften, anklagen! — Halt dich da raus, du hast Familie! — Falsch! Eben, weil du Familie hast! Soll es noch einmal so weit kommen? Die Nazis trauen sich bloß heraus, weil sie wissen: Bonn rüstet fleißig für ein neues Dreiunddreißig! Das geht dich und deine Familie an! Arbeiter, misch dich ein!

Was soll mich das kümmern, wenn die Polizei Handgranaten und Maschinengewehre bekommt? Wenn die Bundeswehr Fabrikbesetzungen übt, wenn mit immer neuen, angeblichen „Antiterror-Gesetzen" die Freiheit eingemauert wird?

Geht mich, geht uns das wirklich nichts an?

Wir werden uns wehren müssen!

Wenn wir nicht wollen, daß sie uns den Lohn immer weiter kürzen.

Wenn wir nicht wollen, daß wir arbeitslos werden.

Spätestens dann werden wir es mit dieser Polizei und diesen angeblichen „Antiterror-Gesetzen" zu tun bekommen.

Arbeiter! Kümmert euch um das, was in diesem Staate bereits wieder gang und gäbe ist! Verhindert ein neues Dreiunddreißig! Kämpft mit uns in der Front gegen Reaktion und Faschismus!

Lied: Doch einst kommt die Stunde, da wir uns befrei'n,
Dann zittern die Herren und ihre Lakai'n,
Dann flattern die Fahnen, dann ballt sich die Faust.
Wir jagen und schlagen die Herren hinaus!

P.O.Chotjewitz: 'Die Herren des Morgengrauens'

Buchbesprechung

In einigen Wochen wird der Roman „Die Herren des Morgengrauens" von Peter O. Chotjewitz erscheinen. Gegenstand des Romans ist die zunehmende politische Unterdrückung in Westdeutschland. Aber auch schon die Vorgeschichte dieses Romans zeigt, wie weit die politische Unterdrückung fortgeschritten ist, in welchem Maße hierzulande bereits unerwünschte literarische Produktionen gemaßregelt und zensiert werden.

Chotjewitz' Roman sollte zunächst im Verlag „Autoren Edition", der dem Bertelsmann-Konzern gehört, erscheinen. Im Frühjahr war er noch als Spitzentitel angekündigt worden; im August aber wurde er überraschend aus dem Verlagsprogramm gestrichen — wegen „juristischer Bedenken", wie es hieß. Daraufhin protestierten öffentlich die Herausgeber der „Autoren Edition", die Schriftsteller Fuchs, Kipphardt, Timm und Engelmann. Diesen Protest aber nahm Bertelsmann zum Anlaß, den lästigen Verlag „Autoren Edition", in dem die vier Schriftsteller bei der Aufstellung des Verlagsprogramms mitbestimmten, überhaupt zu liquidieren. „Die Herren des Morgengrauens" erscheint jetzt im Rotbuch-Verlag.



Warum hatte der Chotjewitz-Roman zu solchen Reaktionen geführt? — Nachträglich wurde von den Verantwortlichen die politische Brisanz des Buches heruntergespielt. Nicht mehr die Paragraphen 129 und 129a — Werbung für kriminelle und terroristische Vereinigungen — sollten jetzt der Hauptanlaß gewesen sein, sondern „künstlerische Kriterien". Der noch im Frühjahr hochgelobte Roman — sagte der Verlagsleiter Beckmann zynisch — sei ein literarisch so schwaches Produkt, daß es „den Einsatz nicht lohne", sich seinetwillen über eventuelle juristische Bedenken hinwegzusetzen. Auch einige Rezensionen suchten den politischen Hintergrund des Buches zu verharmlosen: es sei „schwer zu begreifen", schrieb zum Beispiel der „Spiegel", daß dieser Roman überhaupt zu „juristischen Bedenken" Anlaß gegeben hätte.

Wer jedoch den Roman liest, begreift sehr wohl die Reaktion von Bertelsmann und Co. Denn der Roman prangert mutig die zunehmende Faschisierung in der Bundesrepublik, die Bespitzelung und Überwachung unliebsamer Menschen, den Justizterror und die Zustände und Vorfälle in den westdeutschen Haftanstalten an.

Die Hauptfigur des Buches ist der Schriftsteller und Rechtsanwalt Fritz Buchonia, der wegen seiner Solidarität mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen ein Ermittlungsverfahren an den Hals bekommt. Er gerät in die Klauen der Überwachungsorgane und der Justiz, in die Fänge der „Herren des Morgengrauens". Und so erfährt er das ganze Ausmaß an Verfolgung, Schikane und Unterdrückung, das einen oppositionellen Intellektuellen in der angeblich „freiheitlich-demokratischen" Ordnung dieses Staates treffen kann: er wird überwacht, sein Telefon wird abgehört; Vorträge und Lesungen, zu denen er eingeladen war, werden abgesagt, er muß sich mit dem Ermittlungsverfahren befassen, muß zu Vernehmungen gehen, Gerüchte werden gegen ihn ausgestreut, in den Massenmedien läuft eine Hetzkampagne; es wird versucht, seine sozialen Kontakte zu zerstören und ihn in die Isolation und den Wahnsinn zu treiben.

Was Chotjewitz da beschreibt, hat er zum großen Teil selbst erlebt: auch er hatte eine Hungerstreikerklärung der politischen Gefangenen verschickt, auch er hatte daraufhin ein Ermittlungsverfahren wegen „öffentlicher Aufforderung zu Straftaten" angehängt bekommen mit all den im Roman beschriebenen Konsequenzen (siehe auch RM Nr. 6/78: Interview mit Peter O. Chotjewitz).

Im Roman nun bestimmt Fritz Buchonias Situation als politisch Verfolgter immer stärker sein Erleben und Denken, erzeugt Träume und Wahnvorstellungen. In diesen Träumen und Wahnvorstellungen aber spiegelt sich sehr real die Situation in der Bundesrepublik wider. Sie handeln von der Überwachung und Behinderung der Rechtsanwälte bei Gefangenenbesuchen; sie haben die Lage der politischen Gefangenen selbst zum Inhalt, die ausgeklügelten Haftbedingungen, die Quälereien unter dem Deckmantel der Wissenschaft, die Isolationshaft und ihre Auswirkungen, die Zwangsernährung während eines Hungerstreiks, den lebensgefährlichen Wasserentzug und schließlich die „Selbstmorde". Unter dem Einfluß des Ermittlungsverfahrens beginnt Fritz Buchonia — wie Chotjewitz — einen Roman zu schreiben, dessen Hauptfigur „alles das denken, sagen und erleben soll, wovor er sich fürchtet und womit er nicht identifiziert werden will". Die Einführung dieser Figur in den Roman mutet an wie eine juristische Absicherung, denn die Figur führt im Grunde genommen nur die Erlebnisse Buchonias weiter. Sie beschäftigt sich mit dem Massaker in Stammheim, stellt es dar als ein von langer Hand geplantes Mordunternehmen seitens der Justiz; sie sucht die Verwandten der Opfer auf, erlebt, wie sie auf gemeinste Weise von der Justiz schikaniert werden; sie fährt mit ihnen nachts zum Ort, wo die Toten obduziert werden; sie nimmt teil an dem Begräbnis in Stuttgart und erlebt den Einsatz der Polizei gegen die Trauernden. Gerade diese Stellen des Romans zeigen den westdeutschen Staatsapparat in seiner ganzen Erbärmlichkeit. Es wundert nicht, daß Verlagsleiter Beckmann sich gerade über diese Passage — natürlich unter **streng literarischen** Gesichtspunkten — mokiert.

Peter O. Chotjewitz' Buch zeigt keinen Helden im Sinne des sozialistischen Realismus. Chotjewitz' Held führt vielmehr einen mehr oder minder individuellen Kampf gegen die „schlimmen Zustände" und entzieht sich am Ende dem Ermittlungsverfahren durch Flucht. Doch „Die Herren des Morgengrauens" ist deshalb noch kein resignatives Buch. Dazu ist es zu aufrüttelnd. Zu beißend ist seine Kritik an den Verhältnissen, zu scharf die Anklage, die es gegen die Reaktion erhebt.

Auch die Haltung der im Roman beschriebenen einfachen Bevölkerung — Bauern und Nebenerwerbsbauern eines hessischen Dorfes — gibt eher Grund zu Optimismus als zur Resignation: zwar machen die Vorgänge um Buchonia die Dorfbewohner mißtrauisch und vorsichtig, aber sie stellen sich insgesamt nicht auf die Seite der Staatsgewalten. Dazu haben sie schon zuviele schlechte Erfahrungen mit der Polizei gemacht. Und so schauen sie bei dem verfolgten Buchonia vorbei, erkundigen sich nach ihm; sie warnen ihn vor seinen Überwachern, denen sie einmal sogar — unter Lebensgefahr — ein Schnippchen schlagen. Sie zeigen Solidarität: „Mach uns bloß keinen Kummer, Fritz", sagt einer. „Mit einem Mal wirst du noch eingebuchtet, und wir müssen für deine Familie aufkommen." — Daß es Chotjewitz mit seinem neuen Roman nicht darum ging, die Ohnmacht des einzelnen gegenüber der vordringenden Reaktion zu beschwören, zeigt auch eine Stelle, die von der literarischen Produktion Fritz Buchonias handelt: „Er wünschte sich einen kämpferischen Romanhelden, der die Menschen aufrüttelte, zum Mitkämpfen zwang und eine klare Linie hatte; der die schlimmen Zustände nicht nur erlebt, sondern auch ihre vermeidbaren Ursachen erkennt und die schlimmen Zustände bekämpft." — Es bleibt abzuwarten, welche weitere Entwicklung der Autor Chotjewitz nimmt, ob er nicht eines Tages einen solchen Romanhelden erschafft.

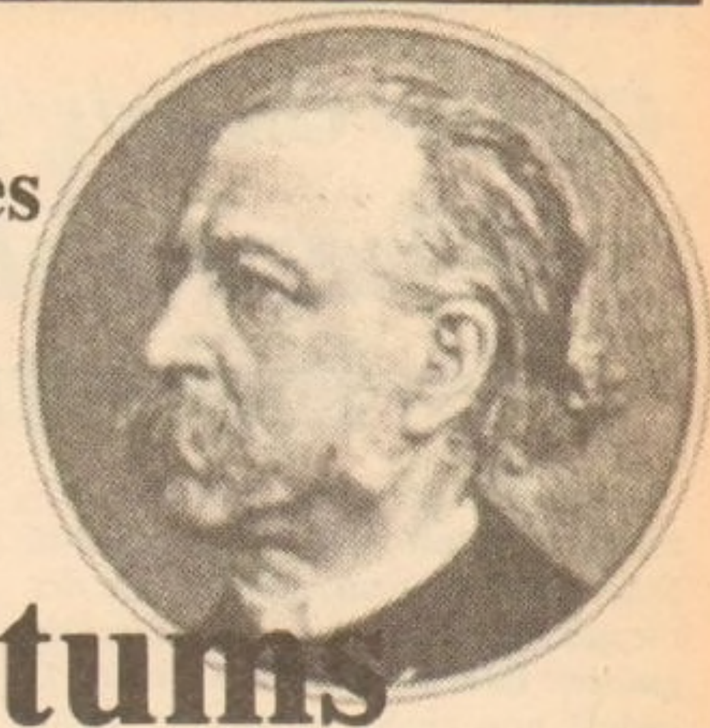
Es gäbe noch einiges zu dem Roman zu bemerken; zum Beispiel über die Reise Fritz Buchonias in die DDR. Es erscheint uns aber notwendiger, abschließend noch einiges über Form und Anlage des Romans zu sagen.

Chotjewitz wendet im Roman die Technik an, wirkliches Erleben und Träume des Helden zu vermischen. Dem Leser fällt es schwer, die verschiedenen Erzählebenen auseinanderzuhalten; oft ist es ihm unmöglich. Dieser Effekt ist vom Autor sicher gewollt: der Leser soll die durch das Ermittlungsverfahren verursachten Ängste und Vorstellungen nachvollziehen (außerdem soll, wie schon bemerkt, der Roman juristisch unangreifbarer gemacht werden). Aber diese Technik erschwert das Verständnis des Buches, erschwert dem Leser den Zugang zu ihm. — Und warum mußte die Justizszene in surrealistischer Manier — oft in der Art Kafkas — geschildert werden? Ist nicht schon in der Wirklichkeit die bundesdeutsche Justiz genug beklemmend und grotesk? —

Es hätte dem Buch gut getan, wenn Chotjewitz mehr die Menschen im Auge gehabt hätte, die es lesen müssen: die einfachen, die werktätigen Menschen. Denn sie sind es, die aufgerüttelt werden müssen. Sie allein sind fähig, der fortschreitenden Faschisierung Paroli zu bieten — nicht irgendwelche literarischen Feinschmecker. Doch die antifaschistisch eingestellten Werktätigen wissen es zu schätzen, wenn ein fortschrittlicher Autor gegen die vordringende Reaktion mutig Stellung bezieht. Sie werden sich durch gewisse formale Schwierigkeiten nicht beirren lassen und dem Buch die Aufmerksamkeit schenken, die es wohl verdient.

80. Todestag Theodor Fontanes

Kritiker des Preußentums



Am 20. September jährt sich zum achzigsten Male der Todestag Theodor Fontanes, in dessen Schaffen der kritische bürgerliche Realismus im Deutschland des 19. Jahrhunderts seinen Höhepunkt fand. Fontane, 1819 geboren, hatten den Beruf seines Vaters — den des Apothekers — erlernt, einen Beruf, den er 13 Jahre lang in verschiedenen Städten Deutschlands ausübte. Obwohl aktiver Teilnehmer an den revolutionären Stürmen von 1948, waren seine politischen Ansichten über eine lange Zeit hinweg konservativ. Erst im hohen Alter näherte er sich wieder demokratischen Positionen an.

Aber für Fontane gilt, was Friedrich Engels einmal über den großen französischen Realisten Balzac gesagt hat: „Daß Balzac so gezwungen wurde, gegen seine eigenen Klassensympathien und politischen Vorurteile zu handeln, daß er die Notwendigkeit des Untergangs seiner geliebten Adligen sah und sie als Menschen schilderte, die kein besseres Schicksal verdienen, und daß er die wirklichen Menschen der Zukunft dort sah, wo sie in der damaligen Zeit allein zu finden waren, — das betrachte ich als einen der größten Triumphe des Realismus und als einen der großartigsten Züge des alten Balzac."

So schilderte auch Fontane realistisch die Gesellschaft Preußen-Deutschlands in den siebziger und achtziger Jahren, den Jahren nach der von Bismarck auf reaktionärem Weg vollzogenen Gründung eines einheitlichen Deutschen Reiches. Er zeigt den unaufhaltsamen Verfall des preußischen Adels, entwirft ein schonungsloses Bild des emporgekommenen Bürgertums und wächst so in der tiefen dichterischen Gestaltung der gesellschaftlichen Strukturen über seine rückschrittlichen politischen Ansichten hinaus. Fontane war schon sechzig Jahre alt, hatte eine Reihe von Balladen, Reisebeschreibungen usw. veröffentlicht, als er mit der Niederschrift seiner Romane und Erzählungen begann, die seinen eigentlichen Rang in der deutschen Nationalliteratur ausmachen.

Der bekannteste dieser Romane ist wohl „Effi Briest", die Geschichte der Ehe Effis, einer jungen Frau aus dem märkischen Adel, mit dem Baron Innstetten, der in der Bismarckschen Regierung Karriere macht. In einer Schlüsselszene dieses Romans findet Instetten ein Päckchen von Briefen im Schrank seiner Frau, die auf ein sechs Jahre zurückliegendes Liebesabenteuer Effis schließen lassen. Er fordert den Liebhaber zum Duell und tötet ihn. Aber nicht Haß, Eifersucht oder moralische Empörung ist es, die den Baron dabei treibt. Er gehorcht nur den Regeln und Konventionen der damaligen Gesellschaft.

Fontane läßt Instetten quälende Erwägungen über die „Verjährung" eines solchen Ehebruchs anstellen und ihn dann sagen: „So aber war alles eine Vorstellung, einem Begriff zuliebe, war eine gemachte Geschichte, halbe Komödie. Und diese Komödie muß ich nur fortsetzen und muß Effi wegschicken und sie ruinieren und mich mit." In meisterhaften und eindringlichen Bildern beschreibt Fontane, wie sich mit unerbittlicher Logik die Vernichtung und Selbstvernichtung der Personen des Romans vollzieht. Instetten verstößt Effi, obwohl er sie auf seine Art noch liebt. Das Kind wird ihr entfremdet, indem es auf die gleichen toten und menschenfeindlichen Konventionen gedrillt wird. Und auch Effis Eltern verschließen der Tochter das Haus und öffnen es ihr erst als sie, körperlich verfallen, dem Tod entgegensieht.

Effi ist bei Fontane als eine Frauengestalt gezeichnet, die einerseits nicht über den Horizont der „Moral" ihrer Klasse hinausblickt, nicht zu einer wirklichen Auflehnung fähig ist, die aber andererseits eine junge Frau voll schlichter Vitalität und lebendiger Gefühle ist. Wie in „Effi Briest", so zeigt Fontane auch in seinen anderen Romanen, wie echte menschliche Neigungen an den Schranken der Klassenexistenz scheitern, wie das soziale und moralische System des Preußentums die Menschen innerlich verstümmelt oder vernichtet. So entlarvt Fontane mit großem moralischen Feingefühl und einer tiefen und genauen Kenntnis des wirklichen Lebens den menschenfeindlichen Charakter des Preußentums.

Und noch etwas ist bezeichnend für das Spätwerk Fontanes: immer wieder stellt er die moralische Überlegenheit der Menschen aus dem Volk dar. Am besten ist ihm das in der Person der Plätterin Lene Nimptsch in „Irrungen Wirrungen" gelungen. Wieder geht es, wie in den meisten Romanen Fontanes, um eine „private" Geschichte — hier um das Verhältnis Lenes mit dem Baron Botho von Rienäcker. Als „Irrungen Wirrungen" 1887 erschien, löste er in den preußischen Adelskreisen Skandål und Empörung aus. Man nannte den Roman eine „gräßliche Hurengeschichte". Aber es war nicht der Gegenstand der Erzählung, der Fontane die Feindschaft dieser Kreise zuzog. Es war die realistische Darstellung zweier Welten, die Welt Bothos und der Lene Nimptsch', die hier aufeinanderprallten. Und in der Gestalt Lenes, die in ihrer ernsthaften, ehrlichen und völlig illusionslosen Weise sich moralisch weit über die anderen Figuren des Romans erhebt, gestaltet Fontane den moralischen Triumpf des Volkes über die am Untergang stehende, verfaulende Welt des Preußentums.

Wohlgemerkt, Fontane war nicht in der Lage, in solchen Gestalten wie Lene die Träger des Kampfes für eine wahrhaft menschenwürdige Zukunft zu sehen. Das Industrieproletariat als die Klasse, die berufen ist, der alten von ihm mit so unbestechlicher Genauigkeit beschriebenen Gesellschaft den Todesstoß zu versetzen, hat er nicht erkannt. Daß er aber dennoch solche in der deutschen Nationalliteratur unvergänglichen Gestalten wie Lene Nimptsch schaffen konnte, lag nicht nur daran, daß — trotz seiner oft rückschrittlichen politischen Ansichten — diesen Menschen seine ganze Liebe gehörte. Es lag auch daran, daß er in den letzten Jahren seines Schaffens die Größe der Arbeiterklasse zumindest ahnte. So schrieb er 1896, zwei Jahre vor seinem Tod, an seinen englischen Freund James Morris: „Alles Interesse ruht beim vierten Stand. Der Bourgeois ist furchtbar, und Adel und Klerus sind altbacken, immer dasselbe. Die neue, bessere Welt fängt erst beim vierten Stand an. Man würde das sagen, auch wenn es sich erst um Bestrebungen, um Anläufe handelte. So liegt es aber nicht. Das, was die Arbeiter denken, sprechen, schreiben, hat das Denken, Sprechen und Schreiben der altregierenden Klassen tatsächlich überholt. Alles ist viel echter, wahrer, lebensvoller. Sie, die Arbeiter, packen alles neu an, haben nicht bloß neue Ziele, sondern auch neue Wege."

Die Werke Fontanes sind in vielen Ausgaben erhältlich. Zu empfehlen sind die Taschenbücher aus dem Ullstein-Verlag. Sie sind nicht nur am billigsten (2,80 DM und 3,80 DM pro Roman). Sie haben auch einen umfangreichen Katalog von Anmerkungen, der das Lesen sehr erleichtert.

Glosse: Onassis/Kennedy

Eheprobleme per Parlament geregelt

Der Satz aus dem Kommunistischen Manifest, daß „die moderne Staatsgewalt nur ein Ausschuß ist, der die **gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisklasse** verwaltet", bedarf nun einer Ergänzung. Denn vor kurzem hat eine „moderne Staatsgewalt" — die griechische nämlich — auch die **Ehe- und Erbschaftsprobleme eines einzelnen Kapitalisten** diensteifrig gelöst. Die Enthüllung dieses Falls verdanken wir einem sonst weniger interessanten Schriftsteller namens Stephan Birmingham.

Die zur Rede stehende Ehe war von Anfang an nichts weiter als ein „gemeinschaftliches Geschäft": Im Jahre 1968 schloß Jacqueline Kennedy, die in Finanznöte geratene Witwe eines US-Präsidenten, mit dem griechischen Milliardär Aristoteles Onassis einen „Heiratskontrakt". Dieser Vertrag sicherte ihr unter anderem ein Viertel der Onassis-Erbschaft in Höhe von 125 bis 250 Millionen Dollar zu. Jacqueline Kennedy aber wartete den Tod ihres frischgebackenen, jedoch schon reichlich gealterten Ehemannes nicht ab. Einmal eingeheiratet, bediente sie sich des Vermögens des Milliardärs, um ihren ohnehin aufwendigen Lebensstil noch um ein weiteres zu steigern. Allein mit Prozessen gegen einen ihr unliebsamen Boulevardfotographen verschleuderte sie 200.000 Dollar.

Onassis mußte rasch einsehen, daß er sich verkalkuliert hatte. Die Frau war kostspieliger, als er angenommen hatte. Ihr Treiben ging ihm zusehends an die Substanz: an sein zusammengerafftes Geld. Er fürchtete um sein Vermögen, das er zu drei Vierteln ja noch weiteren Erben zu überlassen gedachte. Doch der Kontrakt war geschlossen; er saß in der Klemme.

In dieser Situation nun bot sich ein Ausweg. Hinter dem Rücken der „teuren" Gattin wies er seine Anwälte an, eine Gesetzesänderung anzustrengen, die ihn nicht mehr an seine finanziellen Absprachen im Heiratskontrakt binden würde. Und die „moderne Staatsgewalt" rettete ihn. 1974, ein Jahr vor seinem Tode, verabschiedete das griechische Parlament ein Gesetz mit dem Titel „Über die Regelung von Erbschaftsangelegenheiten griechischer Bürger, die im Ausland leben". Darin heißt es, daß ein Ehevertrag zwischen einem griechischen Staatsangehörigen mit einem Ausländer automatisch ungültig wird, wenn der griechische Ehepartner stirbt.

Onassis starb, und die nunmehr zweifache Witwe hatte das Nachsehen: sie muß sich nun mit einer jährlichen Pension von 200.000 Dollar (nicht gerechnet die jährlichen 50.000 Dollar, die sie für ihre beiden Kinder erhält) begnügen. Die Ärmste! Wie sie nun ihren gewohnten Lebenswandel finanzieren will, ist uns unbekannt. — Bei den Sozialämtern jedenfalls ist sie bis heute noch nicht vorstellig geworden.

Nürnberg-Großreuth

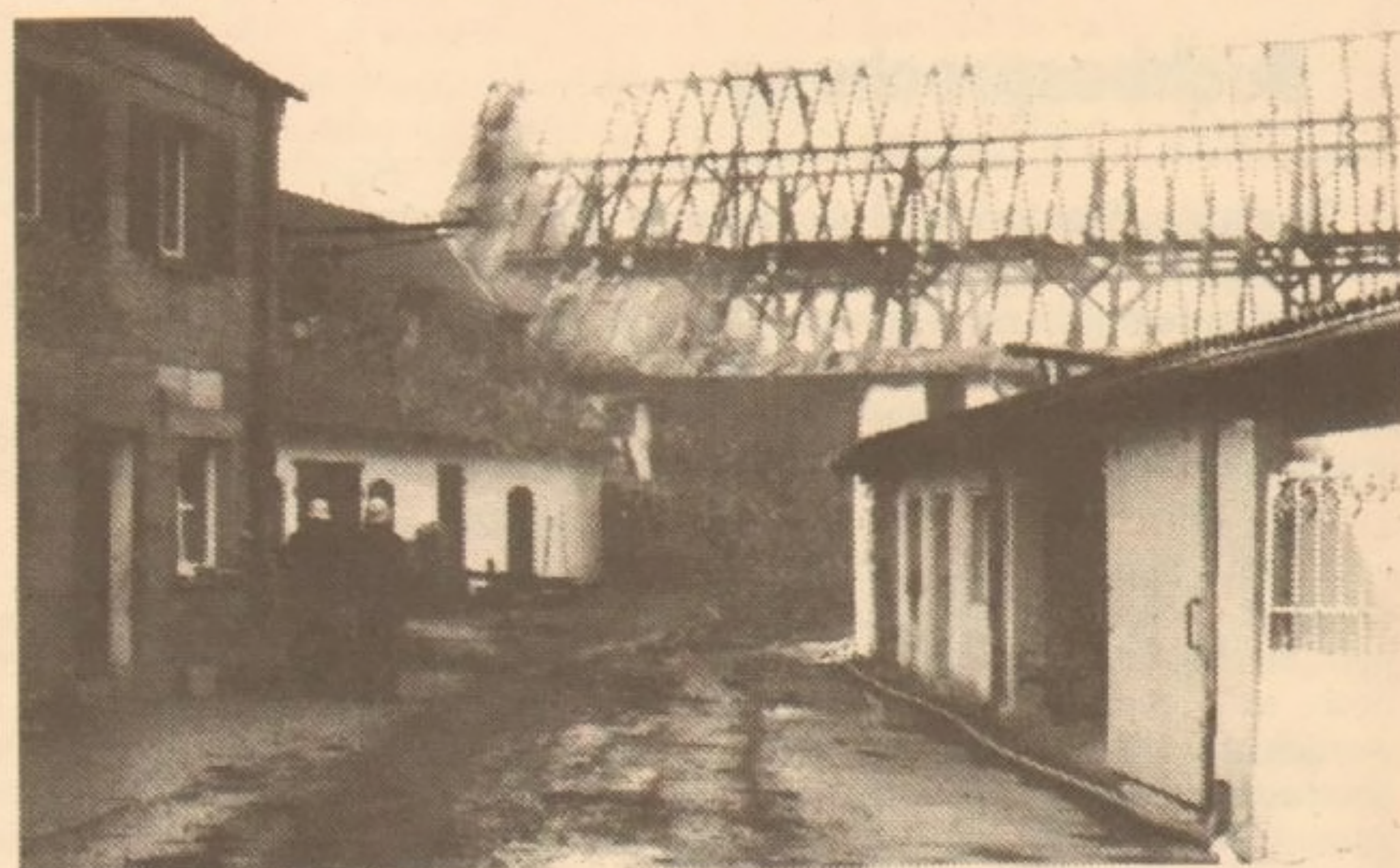
Giftgefahr durch Scheunenbrand

Wieder ein gefährlicher Scheunenbrand in Bayern. Gefährlich deshalb, weil auch hier Säcke mit dem Düngemittel Nitrophoska vom Feuer erfaßt wurden. Dieses Düngemittel entwikkelt beim Verbrennen hochgiftige Dämpfe. Erst Ende August mußten bei einem ähnlichen Brand in der Gegend von Regensburg zahlreiche Menschen mit Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Über den Brand im Nürnberger Stadtteil Großreuth berichtet uns ein Volkskorrespondent:

„Glücklicherweise ging die Sache hier glimpflicher aus. In der Scheune waren 40 Zentner Nitrophoska gelagert, die aber nur zum Teil verbrannten. Es ist eine unglaubliche Unverschämtheit, daß die Herstellerfirma die Bauern überhaupt nicht auf die Gefährlichkeit dieses Düngemittels aufmerksam macht. Es gibt auch keine Vorschriften über eine gefahrlose Lagerung.

Wir waren nach Großreuth gefahren, um uns mit dem Bauern zu unterhalten. Wir erfuhren dort, daß der Brand bei Dachdeckerarbeiten ausgelöst wurde, die von der großen Nürnberger Firma Hohlbaum ausgeführt wurden. Der Bauer hatte zum Glück Telefon, so daß er sofort die Feuerwehr alarmieren konnte. Auch ein Strahlenschutztrupp vom Roten Kreuz rückte nach einiger Zeit an, und die Leute aus der Umgebung wurden wegen des Nitrophoskas für zwei Stunden evakuiert. Wenn auch — nach dem, was wir hörten — bei niemandem akute Vergiftungserscheinungen auftraten, so war für den Bauern selbst der Brand doch ein schwerer Schlag.

Wie er uns berichtete, war die Scheune voll mit Getreide, Viehfutter, Heu und Strohballen. Das alles wurde durch das Feuer vernichtet. Ersatz für das Winterfutter zu bekommen, ist um diese Jahreszeit schwer und außerdem teuer. Der Schadenswert beträgt im ganzen 400.000 Mark. Davon wird die Versicherung aber nur einen Teil tragen, ganz abgesehen davon, daß es lange dauern wird, bis überhaupt Geld kommt.



Mit dieser Scheune verbrannten Düngemittel, die Giftgas entwickelten.

Dortmund

Erfolgreicher Schulstreik

Die Schulbehörde hatte sich das alles ganz einfach gedacht. An der Hangeney-Schule im Dortmunder Stadtteil Marten gab es einen Lehrer namens Siebrecht. Und der war unbequem geworden. Hatte er sich doch für seine Schüler tatkräftig eingesetzt und beispielsweise auch eine Anzeige von Eltern gegen drei Prügel-Lehrerinnen der Schule unterstützt. So etwas konnten die Herren in der Behörde natürlich nicht dulden. Also weg mit Lehrer Siebrecht. Er wurde strafversetzt.

Aber da gingen Eltern und Schüler gemeinsam auf die Barrikaden. Ein Schulstreik wurde organisiert (der RM berichtete in Nr. 34 darüber). Diese Aktion muß den Herren aus der Schulbehörde ganz schön in die Knochen gefahren sein. Eine Volkskorrespondentin aus Dortmund berichtet uns: „Inzwischen mußte die Schulbehörde aufgrund des Kampfes der Eltern, der so kompromißlos geführt wurde, den Lehrer wieder zurückholen, und er unterrichtet zur Zeit wieder die alte Klasse, so wie es die Eltern gefordert hatten.

Und soeben ist bekannt geworden, daß Lehrer Siebrecht auch offiziell wieder an die Hangenay-Schule zurückversetzt worden ist. Wirklich ein schöner Erfolg! Und noch etwas möchte ich euch zu diesem Fall berichten. Kürzlich traf ich eine Freundin meiner Tochter, die auch bis zur fünften Klasse in die Hangenay-Schule gegangen ist. Als ich sie nach ihren Erfahrungen fragte, sagte sie: ‚Natürlich stimmt es, daß die Lehrerinnen, so wie es die Eltern sagen, die Kinder geschlagen haben. Ich habe das am eigenen Leib gespürt und bin von einer dieser Lehrerinnen auch ganz schön vermöbelt worden. Nur schade, daß wir damals nicht so viel Initiative hatten, wie die Eltern dort heute. Endlich wird denen mal das Handwerk gelegt, hoffentlich klappt es!'"

Wie Hasan seine Eltern in Deutschland besuchen wollte und im Gefängnis landete

Hasan Suicmez, von dem hier die Rede ist, lebt in einem kleinen Ort an der türkischen Schwarzmeerküste. Der 18jährige Schüler teilt das Schicksal vieler seiner Altersgenossen. Die Eltern mußten, um die Familie ernähren zu können, das Land verlassen. Vor Jahren schon hatten sie sich anwerben lassen für eine Arbeit in Deutschland. Gewiß, ein Einkommen haben sie nun, aber ein alljährlicher Besuch in der Türkei war da nicht drin.

So kam es, daß Hasan seine Eltern schon mehrere Jahre nicht mehr gesehen hatte. In diesem Sommer jedoch sollte es endlich wieder soweit sein. Am 20. Juni landete Hasan mit einer Maschine aus Istanbul auf dem Münchener Flughafen Riem, um seine Eltern in Bobingen bei Augsburg zu besuchen.

Drei Tage nach Hasans Ankunft stellte ein Arzt bei ihm eine offene Tbc fest und wies ihn in eine Klinik in Zusmarshausen ein. Von diesem Vorfall bekam das Landratsamt Augsburg Wind. In ungewöhnlicher Eile setzten sich die Herren hin und beantragten gegen Hasan „mit sofortiger Wirkung Vorbeugehaft zur Abschiebung". Und ebenso schnell gaben die Herren vom Amtsgericht diesem Antrag statt. Das Landratsamt erfand eine „illegale Einreise", und das Amtsgericht beeilte sich zu entscheiden: „Der Betroffene ist mittellos und ohne festen Wohnsitz, und es besteht die Gefahr des Untertauchens."

Natürlich war das alles blanker Hohn. Denn erstens hat Hasan — jedenfalls nach dem Gesetz — das Recht, drei Monate ohne Aufenthaltserlaubnis in der Deutschen Bundesrepublik zu wohnen. Zweitens hatte er einen Wohnsitz, nämlich bei seinen Eltern. Und drittens ist er — wie gesagt — ein Schüler und muß zu Ferienende wieder in seinem Heimatort sein. Nun ist es nicht so, daß die Herren Räte und Richter das alles nicht gewußt hätten. Steht es doch schwarz auf weiß in den Akten, die ihnen vorlagen.

Aber Hasan ist eben nur ein Türkenjunge und dazu noch krank. Und außerdem sind die Zeiten nicht mehr so wie damals, als die Eltern Suiemez mit goldenen Versprechungen für die Knochenmühle in Westdeutschland angeworben wurden. Heute haben es die Bosse nicht mehr nötig, sich um die billigen Arbeiter aus Anatolien zu reißen. Für sie und für ihren Staat gibt es heute zwei Sorten von Türken. Diejenigen, die noch am Hochofen oder am Band für sie schuften, und die anderen, die draußen stehen. Die wegrationalisiert wurden oder die krank geworden sind. Und die sind einfach nur lästig, die müssen weg.

Und zu diesen „Lästigen" gehört eben auch Hasan. Daß er hier nur zu Besuch war, konnte für die Herren in den Amtsstuben und im Gericht keine Rolle spielen. Denn sie fragen ja nur: **wirft er etwas ab, bringt er etwas ein?** Und wenn nicht — dann ab in die Vorbeugehaft. So hat Hasan Suicmez diese Ferien, auf die er sich so lange gefreut hat, im Gefängnis verbracht.

Hasans Fall ist in die Presse gekommen, hat Aufsehen erregt und bei den Werktätigen, die täglich mit solchen wie Hasans Eltern an der Werkbank stehen, Empörung hervorgerufen. Inzwischen hat auch die SPD ihr Mitleid geheuchelt, und sogar der bayrische Innenminister hat sich eingeschaltet. Doch am vergangenen Donnerstag schrieb die „Süddeutsche Zeitung", daß der türkische Schüler „immer noch sitzt". Und das waren dann immerhin drei Monate Gefängnis. Drei Monate für einen Jungen, der nichts weiter wollte, als seine Eltern besuchen, und der das Pech hatte zu erkranken. Und auch wenn sie ihn jetzt freilassen: nicht jeder in Hasans Lage hat das Glück, daß die „Süddeutsche" über seinen Fall berichtet.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag Roter Morgen Postfach 300526

4600 Dortmund 30

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....
○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00** ○ vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 433691 und 433692.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/177404, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9.00-12.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/511537, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691 u. 433692, geöffnet: Mo-Fr 9.00-12.00 u. 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestraße 49, Tel.: 0203/550623, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr

4300 **ESSEN** (Altendorf), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Politische Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/624299, geöffnet: Do 16.00-18.30 und Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Buchladen „Paul Hoffmann", Burgstr. 5, geöffnet: Mi 16.00-18.30, Sa 10.00-12.00 Uhr. Tel.: 0461/29601

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/437595, geöffnet: Mo, Mi, Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/445162, geöffnet: Di-Fr 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/16507, geöffnet: Di-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-12.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/854124, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/76939, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/65205, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11.00-14.00 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Kieler Str. 21, Tel.: 04321/46424, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, geöffnet: Mo—Fr 14.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr. 089/2607554

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 WESTBERLIN 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.